

AUFTRAG



1989

- 200 Jahre französische Revolution
- 50. Jahrestag: Einmarsch in die Tschechoslowakei
- 40. Jahrestag: Erlass des Grundgesetz
- 40 Jahre UNO-Truppe
— Friedensnobelpreis —
- Jahresthema:
„Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis
des Soldaten“

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

178/179

Februar 1989

● AUFTRAG

Februar 1989

Heft 178/179 — 29. Jahrgang

3	Joachim Kardinal Meissner	<i>Helmut Fettweis</i>
5	Roma locuta, causa finita	<i>P. Lothar Groppe SJ</i>
7	163 Professoren	<i>H. F.</i>
10	Vor 200 Jahren	<i>Wolfgang Altendorf</i>
14	Vor 50 Jahren	
	Einmarsch in die Tschechoslowakei	<i>Helmut Fettweis</i>
23	Gedanken zum 50. Jahrestag des Kriegeausbruchs	<i>Helmut Jermer</i>
25	Geschichte und Wahrheit	<i>Karl-Wilhelm Becker</i>
36	Vor 40 Jahren	
	Soldaten für den Frieden	<i>H. F.</i>
42	Friedens-Nobelpreis an die UN-Friedenstruppen	<i>Michael Haubl</i>
43	Das Grundgesetz — 40 Jahre	<i>H. F.</i>
44	Weltfriedenstag 1989 — Köln	
	Internationaler Soldatengottesdienst	<i>H. F.</i>
47	Predigt	<i>Hubert Luthe</i>
50	Begrüßung zum Empfang	<i>Hermann-Josef Kusen</i>
52	Dank der Geladenen	<i>Dieter Clauß</i>
53	Antwort des Diözesanadministrators	
55	<i>Weltfriedenstag 1989 — Bonn</i>	
57	Begrüßung	<i>Walter Szelag</i>
60	Festrede	<i>Rainer Barzel</i>
63	Erinnerungen — mein Kriegskamerad — ein Franzose	<i>Norbert M. Schütz</i>
66	Friede ist Gottes Werk	<i>P. Allain Bouillon</i>
73	Der Militärbischof mahnt . . .	<i>Elmar M. Kredel</i>
74	Zwei Veranstaltungen für den Frieden	<i>H. F.</i>
76	Welttag des Friedens in Münster	<i>Emil Kladiwa</i>
77	Jahresthema 1989/1990	
	Vorwort	<i>Helmut Jermer</i>
	Vom Menschenbild des Grundgesetzes	
	zum Selbstverständnis des Soldaten	
78	<i>Das Menschenbild unserer Verfassung</i>	<i>Paul Schulz</i>
88	<i>Prinzipien</i>	<i>Helmut Jermer</i>
95	Zum Bild des Offiziers	<i>Dieter Wellershof</i>
99	Seminar der GKS und der ZV	
	Zeugen und Zeugnisse	<i>Wilhelm Lehmkämpfer</i>
105	Aus der nahen und fernen Welt	
	Die mit Rom unierten Ostchristen	<i>Joachim G. Görlich</i>
106	Santiago/Chile	<i>P. Eduardo Cano</i>
108	Sam Nujoma ante portas	<i>Karl Breyer</i>
111	Polen: Wer die Jugend hat . . .	<i>Joachim G. Görlich</i>
113	Kirche und Medien	<i>Helmut Fettweis</i>
117	Gedanken zu „Die Welle“ von Morton Rhue	<i>Wilhelm Trost</i>
120	Aus GKS und PGR	
	Regensburg	<i>Harald Schäfer</i>
121	Poing	<i>Arthur Schopf</i>
122	Flensburg	<i>Heinz Lorek</i>
	Regensburg	<i>Harald Schäfer</i>
124	Münster	<i>Hans Stilbach</i>
	Flensburg	<i>Thomas Thye</i>
126	Wehrbereich V	<i>Georg Strobl</i>
128	Unna/Iserlohn	<i>Karl-Heinz Denzin</i>

Joachim Kardinal Meisner

Erzbischof von Köln

Vorgeschichte:

Helmut Fettweis

Das Domkapitel zu Köln hat sich vor einigen Jahren ein Wahlstatut gegeben, das in einem Punkt von dem im kanonischen Recht festgelegten kirchlichen Wahlrecht abweicht: Es wurde für alle Wahlgänge die $\frac{2}{3}$ -Mehrheit vorgeschrieben. Damit wird bei einer Zahl von 16 Domherren immer die Möglichkeit des „Patt“ bestehen. So geschah es dann, daß von der päpstlichen Liste mit drei Namen keiner diese $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erhielt. Nun ist das im Prinzip kein Unglück, unangenehm war nur, daß die Medien über diese Frage die seltsamsten Vermutungen anstellten. Es wurden Namen genannt, und dadurch wurde auch Schaden für Personen und vor allen Dingen für das Amt heraufgeredet. In dieser Schwierigkeit wurde Dispens von den Bestimmungen des Wahlrechts des Domkapitels in Köln gemäß dem kirchlichen Gesetzbuch (Codes Iuris Canonici von 1983) erteilt.

Somit galt für das Domkapitel in Köln das gleiche Wahlrecht wie in der Gesamtkirche. Nach diesem Recht wurde gewählt, und Kardinal Meisner erhielt die Mehrheit der Stimmen.

Vakanz ein Übel?

Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß eine Vakanz von einem Bischofsstuhl, insbesondere wenn er durch einen so guten Administrator, wie Weihbischof Dr. Luthe es war, verwaltet wird, kein besonders großes Übel ist. Es ist übrigens erstaunlich, daß etliche Leute, die sonst mit der Kirche wenig zu tun haben wollen, in einer Weise Eifer entwickelten, der anderen Tätigkeiten wohlangestanden hätte. (Ob da Gebete nicht mehr geholfen hätten?)

Nach der Wahl

Nach Bekanntwerden der Wahl wurde zunächst Kardinal Meisner von einigen wenigen als konservativ und überheblich bezeichnet. Als sich das aber nach den inzwischen bekanntgewordenen Veröffentlichungen und vor allen Dingen aufgrund der großen Betroffenheit der Berliner Diözese nicht halten ließ, wurden dem Heiligen Vater Ahnungslosigkeit, Starrsinn und anderes vorgeworfen. Auch diese Vorwürfe sind nicht zu halten. Nach verschiedenen einwandfreien Rechtsgutachten (u. a. Prof. May, Mainz und Prof. Kriele aus Köln) — um nur zwei honorige Vertreter zu benennen — hat sich der Papst streng an die gesetzlichen Richtlinien gehalten. Auch die Behauptung, daß die Kirche von Köln im Ungehorsam gegenüber dem Papst sei, ist reine Erfindung gewisser Medien. Die Summe der Geschmacklosigkeit hat sich allerdings die ARD am 23. Dezember in einer Sendung geleistet. Man wollte die „Macht aus Rom“ attackieren, und man wetterte über „römische Zentralisierung“ und ließ einige müde „Basissänger“ auf der Kölner Domplatte zu Wort kommen. Auch die herangezogenen alten Filmschnitte aus den Niederlanden usw. konn-

ten hier die Fragen, die zur Diskussion standen, nicht erhellen. Die respektlose Form der Fragen an den neuen Bischof durch Dr. Werner Hamerski zeigte dann, was man vorhatte: Man wollte Kardinal Meisner als reaktionär, autoritär und frauenfeindlich abstempeln. Leider ergibt sich immer wieder, daß solche klischeehaften Vorurteile auch von örtlichen Vertretern übernommen werden.

Was ist an den Vorurteilen?

Vorurteile sind immer schlecht, und nun zeigt sich, daß die ganze Aufregung letztlich umsonst war. Man muß beachten: Unsere Kirche ist die Stiftung Jesu Christi und auf das Amt des Petrus ausgerichtet. Wenn auch der Papst nicht unfehlbar in Personalentscheidungen ist, so muß ihm aber doch, wenn eine Weltkirche weltumspannende Arbeiten und Verantwortung tragen soll, das Recht zugebilligt werden, einen Verwalter eines Bistums zu benennen, der in der Lage ist, über örtliche Kirchtürme hinauszusehen. So schön es vielleicht im Mittelalter noch war, daß ein Diözesanhirte die Dialekte seiner Diözese sprechen konnte oder, wie Zuckmayer es beschreibt, in der Weinrunde mithalten konnte, so sehr sind heute die Anforderungen an einen Bischof andere geworden.

Ein bedeutsames Bistum

Das Bistum Köln ist in der Weltkirche eines der stärksten, sowohl hinsichtlich der Zahl der Gläubigen als auch des Einflusses in seelsorgerischer Ausstrahlung und letztlich auch in finanzieller Potenz. Viele Initiativen zum Segen der Weltkirche sind nicht erst seit Kardinal Höffner besonders von Köln ausgegangen. Die Patenschaft mit Tokio, die Versöhnung mit Polen und letztlich die großen Beiträge von Kardinal Frings auf dem 2. Vatikanum sind Zeugnisse eines lebendigen Mitarbeitens der Ortskirche im Rahmen der Weltkirche. Wenn nun der Heilige Vater einen Bischof berufen hat, der die Kölner Gaben in die Weltkirche einbringen kann, dann ist das für die Diözese und für die Kirche ein Gewinn.

Wer ist Kardinal Meisner?

Kardinal Dr. Joachim Meisner ist 1933 in Breslau-Lissa geboren. Sein Vater ist im Krieg gefallen, und die Familie lebte seit 1945 in Thüringen.

Nach dem Studium der Theologie und Philosophie wurde Meisner 1962 in Erfurt zum Priester geweiht.

Er war dann Kaplan in Heiligenstadt im Eichsfeld und in Erfurt.

Nach einer Zeit als Rektor im Caritasverband promovierte er an der Gregoriana in Rom, wurde am 17. Mai 1975 zum Bischof in Erfurt geweiht. Am 17. Mai 1980 wurde er als Bischof von Berlin eingeführt, 1982 zum Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz gewählt und am 5. Januar 1983 zum Kardinal ernannt. Am 2.2.83 erhob ihn der Papst zum Kardinal im Konsistorium in Rom. Er wird von Gläubigen, die ihn in Berlin und als Priester kennengelernt haben, hochgeschätzt wegen seiner Art, auf die Menschen zuzugehen.

Er strahlt eine glaubhafte Frömmigkeit aus und hält etwas von katholischer Glaubensüberzeugungen wie Wallfahrten, Marienverehrung usw. Er steht zu seinem Wort: „Jesus will nicht den Mitläufer. Das Mitlaufen ist keine Weise der Nachfolge.“ Er sucht die Gläubigen anzuspornen, sich als Gläubige auch auszuweisen.

Da er Kenntnis von der Bedrohung von Frieden und Freiheit hat, dürfen wir diesen Bischof auch von unserer Seite mit frohem Herzen begrüßen.

Ziehen wir nun nach allen Irrungen und Verwirrungen ein Fazit, dann muß man feststellen:

- Obwohl einiges einfacher und geräuschloser hätte laufen können, hat
- der Heilige Vater eine gute Entscheidung getroffen und
- der Erzdiozese Köln einen Erzbischof gegeben, auf den die Gläubigen bauen können, der ihnen den Glauben vermitteln und ihn als Oberhirte auch vorleben wird.

Roma locuta, causa finita

Lothar Groppe SJ

Mit der Ernennung des Berliner Bischofs Kardinal Meisner zum neuen Erzbischof von Köln ist die Zeit unerquicklicher Gerüchte, Spekulationen und Kontroversen um die Nachfolge Kardinal Höffners glücklicherweise beendet. Roma locuta, causa finita: Rom, d. h. der Papst, hat gesprochen, die Entscheidung ist getroffen. Unbegreiflicherweise hatten sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und sein ehemaliger rheinland-pfälzischer Kollege zu unverhüllten Drohungen wegen der Nachfolge verstiegen. Ihre Äußerungen waren nicht nur geschmacklos, sondern auch verfassungsrechtlich unerträglich. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrmals in einstimmigen Entscheidungen das alleinige Recht der Kirche betont, ihre Angelegenheiten ohne staatliche Einmischung zu ordnen. Der evangelische Staatsrechtler Martin Kriele schreibt hierzu: „Die Annahme, das Domkapitel könne vom Papst die Vorlage immer neuer Dreier-Listen verlangen . . ., ist selbst nach den weitherzigsten Regeln juristischer Interpretation unhaltbar.“ Wenn der DLF in seinem Kommentar vom 16. 12. 88 betont, man wisse, „was katholisch heißt — das Gegenteil von demokratisch“, so ist dies eine bei Medienleuten heutzutage gern praktizierte Brunnenvergiftung, wenn es gegen die ungeliebte Kirche geht. Darüber hinaus verkennt er ebenso wie die Stimmen, die eine „demokratische Wahl“ fordern, daß der Begriff Demokratie in einer Institution göttlichen Rechts wie der Kirche, nur zu Mißverständnissen führt. Vor 2 Jahren betonte Kardinal Höffner, wer „unter Berufung auf das demokratische Prinzip sagen würde, der Papst habe nur die Aufgabe, nachträglich dem zuzustimmen, was andere meinen, der irrt. Der Papst ist kein demokratisch gewählter Hauptgeschäftsführer der Kirche. Es gilt zu unterscheiden zwischen dem Lärm der vielen Stimmen und dieser einzigen Stimme, die ihresgleichen nicht hat.“

Politiker und Medienleute insinuierten wiederholt, der Kölner Erzbischof müsse aus der Kandidatenliste des Domkapitels gewählt werden. Ob es sich hier um Unkenntnis oder gezielte Desinformation handelt ist belanglos. Tatsache ist, daß neben dem Domkapitel 10 weitere Gremien Listen geeigneter Kandidaten nach Rom schickten. Auch die „absolute Mehrheit“ ist ebensowenig erforderlich wie etwa bei der Wahl des Bundeskanzlers. Die *Wahl des Kölner Erzbischofs erfolgte staats- und kirchenrechtlich einwandfrei. Es ist* menschlich verständlich, wenn die Kölner gern einen der Ihren als neuen Erzbischof sehen wollten. Daß sie allzu hartnäckig hierauf bestanden, zeugt nicht gerade von kirchlichem Weitblick. Sehr häufig werden Priester aus „fremden“ Diözesen zum Bischof bestellt. So hatte seinerzeit Breslau seine Kardinäle Kopp und Bertram aus dem Westen „importiert“. Warum sollte es im Gegenzug nicht auch einmal seinen Kardinal nach Köln „exportieren“? Übrigens gab es unter den bisher 7 Berliner Bischöfen nur ein einziges Mal einen Berliner Diözesanpriester. Befremdet hat, daß der Präses der evangelischen Kirche des Rheinlands erklärte, mit dem lang andauernden Verfahren um die Kölner Nachfolge sei für die Katholiken „die Schmerzgrenze erreicht, wenn nicht überschritten“. Die evangelischen Christen würden sich zu Recht gegen die Einmischung katholischer Bischöfe in die Wahl ihrer Landesbischöfe verwahren. — Ungeteilte Freude über die Berufung von Kardinal Meisner dürfte außer bei kirchentreuen Katholiken bei den Machthabern Ost-Berlins herrschen; zählte doch der Kardinal zu den entschiedensten Kritikern der atheistisch-marxistischen Staatsdoktrin, der mehrfach der bedrängten evangelischen Kirche demonstrativ zur Seite stand.

Für den Kardinal wird es ein schwerer Abschied werden. Mehrmals bat er den Papst darum, ihn in Berlin zu lassen. Aber für einen Mann der Kirche, der noch den selten gewordenen Mut besitzt, von seinen Priestern Gehorsam und Loyalität zu fordern, ist es nur konsequent, sich dem Wunsch des Papstes um des Wohles der Kirche willen zu fügen.

Für Köln ist der neue Erzbischof ein ausgesprochener Glücksfall. Wer den Kardinal bei Gottesdiensten, beim Besuch von Kranken und im Kreis „kleiner Leute“ erlebt hat, wird keinen Augenblick daran zweifeln, daß dieser Bischof, der kein „Kirchenfürst“, sondern Seelsorger ist, über Humor und Schlagfertigkeit verfügt und ungemein kontaktfreudig ist, sich binnen kurzem die Herzen seiner neuen Diözesanen erobern dürfte. Der Lebenslauf des am 25. Dezember 1933 in Lissa bei Breslau geborenen Kardinals hat ihn geradezu zu Aufgaben im Bereich der Weltkirche prädestiniert, die über den Rahmen einer Diözese hinausgehen. Nach mehreren Kaplansjahren und einer Dissertation über „Nachreformatische Frömmigkeit“ wurde Joachim Meisner Caritas-Direktor in Erfurt und Spiritual. 1975 wurde er zum Weihbischof in Erfurt bestellt, bekleidete das Amt eines Bischofsvikars und schloß das erste Abkommen mit dem SED-Staat über die Ordnung kirchlicher Angelegenheiten. Anschließend leitete er „das schwerste Bistum der Welt“ durch 8 Jahre. Seine erste Bewährungsprobe bestand er glänzend bei dem noch im Jahr seiner Bischofsernennung stattfindenden 86. Deutschen Katholikentag in Berlin. Hier beeindruckte er durch ungekünstelte, brüderliche Mitmenschlichkeit. Er gab klare Orientierungshilfen zu heute besonders drängenden Grundfragen christlichen Lebens wie Gemeinschaft, Über-

windung der Vereinzelung und Abkehr vom Egoismus. Als Mitglied der Deutschen und Vorsitzender der Ostberliner Bischofskonferenz bildete er eine Brücke zwischen den beiden geteilten deutschen Staaten. Er verbindet mit den Erfahrungen eines Diasporabischofs im kommunistischen Machtbereich gründliche Kenntnis der Verhältnisse im freien Teil der Welt. Die Christen beider großen Konfessionen dürfen vom neuen Kölner Erzbischof auch ernstes ökumenisches Bemühen auf der Grundlage der Offenbarung erhoffen.

163 Professoren

Mit einer sogenannten „Kölner Erklärung“ haben 163 Professoren aus der Bundesrepublik, aus Österreich, der Schweiz und den deutschsprachigen Teilen in Luxemburg, Belgien und Holland gegen die Personalentscheidungen des Papstes, die dieser in der letzten Zeit getroffen hat, protestiert. Sie befürchten eine Zentralisierung der Kirche auf Kosten der Ostkirchen.

Am 26. 1. hat das ZdF zusätzlich einen Kommentar von Michaela Pilters gebracht, in dem von Vertrauenskrise gegenüber dem Papst die Rede war. Von der Antwort unserer Bischöfe (S. 8) sprach sie als „Pflichtübung“.

Zunächst einmal, es ist ein gutes Zeichen, wenn Gläubige in der Kirche Kritik an dem üben, was weltlich an ihr ist. Und Personalentscheidungen sind eine relativ weltliche Sache.

Dennoch muß aber gefragt werden, wer gibt Professoren und Fernsehkommentatoren das Recht, ihre subjektive Meinung über den Äther zu senden und die Gläubigen zu verunsichern?

Aufgrund welcher Befähigung oder welcher Berufung sind sie legitimiert, ihre Meinung als die besonders fundierte zu proklamieren? Das Studium einer Wissenschaft und auch der Theologie befähigt — wie der Alltag zeigt — noch lange nicht dazu, besonders gute Personalentscheidungen zu treffen. Und berufen hat Christus keine Professoren oder Moderatoren (solche Berufe gab es damals ja auch schon), sondern Pastoren, Hirten, Apostel und Jünger.

Man muß diesen selbsternannten Glaubenshütern auch einmal deutlich machen, daß sie, wenn sie Einwände haben, diese mit ihren Hirten und Bischöfen besprechen sollten, bevor sie auf den öffentlichen Markt gehen.

Und gleiches gilt auch für alle Journalisten. Ein Moderator oder auch ein Kommentator sollte das Urteil nicht einfach apodiktisch verkünden, sondern die Entscheidungsprozesse verdeutlichen; sollte sagen, was die Recherchen auf beiden Seiten ergeben hatten. (Wurde der Text von M. P. vielleicht nur deshalb so schnell verlesen, damit man sich die Einzelheiten nicht merken sollte?) Es kommt einem unwillkürlich Mat 16, 12 in den Sinn.

Die Stellungnahmen von Bischof Lehmann war in dieser Hinsicht ~~abgegeben. Deshalb~~ wurde sie ~~außer~~ nur auszugsweise gebracht. Und die Antwort von Kardinal Meisner war eindeutig — das neue Testament kennt keine Macht, sondern nur Vollmacht.

So muß man feststellen: Unser Papst hat eine gute Entscheidung getroffen und ich glaube, das Erzbistum Köln kann sich auf diesen Hirten freuen. Er macht seine Position aus dem Glauben deutlich. Er lebt diesen Glauben sichtbar und damit beispielhaft. Das müßte ansteckend sein.

Und noch ein anderes, dieser Bischof ist zupackend und herzhaft. Geben wir ihm Raum für sein Wirken.

H.F.

Im Auftrag des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz erklärt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Bischof Karl Lehmann zu der „Kölner Erklärung“ der Theologieprofessorinnen und Theologieprofessoren:

Die am 25. Januar 1989 bekanntgewordene „Kölner Erklärung katholischer Theologieprofessorinnen und Theologieprofessoren vom Dreikönigsfest „Wider die Entmündigung — für eine offene Katholizität“, greift eine Diskussion der letzten Monate auf, die in der Öffentlichkeit viel Aufsehen und bei vielen Katholiken auch zu einer tiefen Verunsicherung beigetragen hat. Kritik an der Kirche und an ihren Erscheinungsformen hat es zu allen Zeiten gegeben; dies wird auch künftig so sein. Es kommt darauf an, in welchem Geist und mit welchen Mitteln Widerspruch angemeldet wird.

Die „Erklärung“ greift viele schwierige Themen auf, wird jedoch der Sachlage durch die pauschale Darstellung nicht gerecht. So werden z.B. im Blick auf Bischofsernennungen in sehr allgemeiner Form Mitwirkungsrechte der Ortskirchen vorausgesetzt, die es in dieser Form entweder überhaupt nicht oder längst nicht überall gibt. Im Blick auf die Wahl des Erzbischofs von Köln werden Behauptungen aufgestellt, die einer sorgfältigen Überprüfung nicht standhalten. Vor diesem Hintergrund werden Papst Johannes Paul II. zahlreiche willkürliche Verhaltensweisen unterstellt, die sich in der „Erklärung“ steigern, z.B. „schleichende Strukturveränderung“, „fortschreitende Entmündigung der Teilkirchen“, „Verweigerung der theologischen Argumentation“, „Zurücksetzung der Laien in der Kirche“ usw.

Es ist immer problematisch, ausgehend von einzelnen Vorgängen, eine verallgemeinernde Lagebeschreibung vorzunehmen. Dies wird noch fragwürdiger, wenn ungenaue Aussagen und entsprechende sprachliche Mittel, Schlagworte und vorschnelle Wertungen verwendet werden. Theologen, die sich in derselben „Erklärung“ so oft auf wissenschaftliche Kriterien und Normen berufen, sollten dazu beitragen, schwierige Sachverhalte einer größeren Öffentlichkeit sorgfältig zu erklären, anstatt Pauschalurteile zu fördern. Die deutschen Bischöfe weisen die zahlreichen Unterstellungen gegen Papst Johannes Paul II. entschieden zurück.

Die „Erklärung“ belastet das Gespräch über die behandelten Themen, wenn sie das verantwortliche kirchliche Amt weitgehend mit den Kategorien von Herrschaftsausübung, Gebrauch und Mißbrauch von Macht, Instrument zur Disziplinierung usw. beschreibt. Entsprechend ist die der „Erklärung“ zugrunde liegende Verhältnisbestimmung von Theologie und kirchlichem Amt bereits im Ansatz unzureichend, weil sie eine Form von Eigenständigkeit der Theologie nahelegt, die eine ausgewogene und wirklich dienende Zuordnung zur Kirche und ihrem Amt nicht mehr klar erkennen läßt. So kommt es im Ganzen der „Erklärung“ auch immer wieder zu ausschließlich erscheinenden Gegensätzen wie Amt und Freiheit, Gehorsam und Verantwortung.

Es ist legitim, auch in der Kirche schwierige und strittige Fragen offen anzusprechen. Es ist jedoch nicht hilfreich, wenn dies in einseitig anklagender, Schuld zuweisender, Sachfragen verkürzender und plakativer Art einer öffentlichen „Erklärung“ geschieht. Die deutschen Bischöfe bitten alle Lehrer der Theologie, die eingetretenen Beunruhigungen und alle Streitfragen in einem sorgfältigen, nach allen Seiten fairen und differenzierenden Dialog klären zu helfen.

(PRDD 89 P–03)

Vor 200 Jahren

Die Erstürmung der Bastille

Beginn der Französischen Revolution

Gravierend auch: wirtschaftliche Ursachen

Wolfgang Altendorf

Die Gründe, die am 14. Juli 1789 zur Erstürmung der Bastille, „des verhaßten Symbols von Willkür und Unterdrückung“, führten, sind vordergründig vielfältig. Tatsächlich jedoch beseitigte die Französische Revolution ein anachronistisches, hinter der Entwicklung der Zeit und der Technik zurückgebliebenes System. Schließlich: durch die Aufklärung, die breite Schichten der Bevölkerung in Wort und Schrift über ihr eigenes Dasein informierte, wurde das menschenunwürdige absolutistische System entlarvt. Der Mensch fand zu sich selbst; er wurde sich seiner Individualität bewußt. Die absolutistischen Machthaber in Paris vermochten diese revolutionäre Entwicklung nicht zu deuten. Eigensucht und Habgier der Besitzenden, die sich ihre Privilegien nicht nehmen lassen wollten, erwiesen sich als Auslöser, nicht aber als die eigentliche, weit tiefer gehende Ursache der Erstürmung der Bastille, des Beginns der ersten Französischen Revolution. Die Freiheit, deren wir uns heute in Europa erfreuen, hat ihre Wurzeln in jenen dramatischen Ereignis am Ende des 18. Jahrhunderts.

Steuern für Adelige

Ludwig XV. starb am 10. Mai 1774. Er hinterließ seinem Enkel Ludwig XVI. ein in seinen Fundamenten auch wirtschaftlich zerrüttetes Staatsgebilde. Die Wirtschaft erschöpfte sich im wesentlichen in der Herstellung von Nahrung, Architektur, Kleidung, Schmuck und den Produkten der Wagnerie. Die Mittel zu allem kamen hauptsächlich von der Landwirtschaft her, der Arbeit der Bauern, die man tüchtig schröpfte. Technik und Industrie galten schon gesellschaftlich als suspekt und erregten höchstens kurioses Interesse bei jenen, die sie eigentlich hätten fördern müssen. Schon Jahre vor der Erstürmung der Bastille kursierten Flugblätter, die zur Revolution aufriefen und die Verurteilung des Königs verlangten. Ludwig XV. erboste sich darüber so sehr, „daß er sich weigerte, Paris überhaupt wieder aufzusuchen“, wie Zeitgenossen berichten. Sein Enkel, der neue König, wollte ein guter, menschenfreundlicher Monarch sein. Er stellte das Parlament wieder her, das sein Großvater aufgelöst hatte, ernannte Turgot zum Finanzminister, der die verhaßten Staatsfronen und die nicht weniger angegriffenen Zünfte aufhob, kürzte Pensionen und Gnadengehalte und belegte auch die Privilegierten von Adel und Kirche mit jener Steuer, die bis dahin nur von Nichtadeligen verlangt worden war. Erschreckt jedoch über die Reaktion der dadurch Betroffenen, entließ er Turgot wieder und berief Clugny zum Finanzminister, der alle Anordnungen seines Vorgängers sofort wieder rückgängig machte.

Der 14. Juli ist der Nationalfeiertag der Franzosen

Freiheit für Amerika

Gleichzeitig beteiligte sich Frankreich am Krieg der nordamerikanischen Kolonien gegen England und trug damit wesentlich zu ihrer Befreiung bei. Dieser Krieg kostete die damals ungeheure Summe von fast 2 Milliarden Livres. Gravierender jedoch war, daß es in diesem Krieg um die persönliche Freiheit von Menschen ging, wenn auch in einem anderen Erdteil. Was den Amerikanern recht sei, so die Auffassung der Gebildeten in Paris und in Frankreich, müsse den Franzosen billig sein. Nach Clugny versuchte Necker die zerrütteten Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Er nun scheiterte an der Königin, Marie Antoinette, die sich gegen jede Verminderung der Ausgaben, die ihr als ein nicht verzichtbares Machtinstrument galten, stemmte. Sie war ohnehin verhaßt und galt als „die schwarze Seele der reaktionären Hofpartei“. Necker trat zurück.

Wahl der Generalstände

Sein Nachfolger brachte die Staatsfinanzen derart in Unordnung, daß der Bankrott drohte, es sei denn, der Adel und die Geistlichkeit gaben angesichts dieser Misere nun doch ihre Steuerprivilegien auf. Im Verlauf der „Notablenversammlung“, die Ludwig XVI. im Januar 1787 berief, widersetzten sie sich jedoch erneut, und auch das Parlament verweigerte eine notwendige Anleihe, verlangte vielmehr die gesetzliche Berufung der Generalstände. Um dieser Forderung zu folgen, ernannte Ludwig wiederum Necker zum ersten Minister. Den Generalständen gehörten ebensoviel Bürgerliche wie Geistliche und Adelige an (jeweils 600 Vertreter). Die Wahlen hierzu fanden unter hoher Beteiligung statt. Aber auch die Generalstände vermochten die wirtschaftliche Krise nicht zu wenden. Beim ersten Zusammentreten am 5. Mai 1789 kam es weder zur Verabschiedung der dringenden Steuerreform noch zum Entwurf einer Verfassung. Da Adel und Geistlichkeit zudem auf der Abstimmung nach Ständen — nicht (wie es die Bürgerlichen verlangten) „nach Köpfen“ — beharrten, kam es zur Spaltung: der „Dritte Stand“ (die Bürgerlichen) konstituierte sich ohne Adel als Nationalversammlung. Das revolutionäre Instrument war geschmiedet.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Diese Nationalversammlung sah ihre vordringliche Aufgabe in der Beratung einer Verfassung. Necker und der König verboten die Versammlung und suchten sie aufzulösen. Im „Ballhaus“ schwuren die Mitglieder, solange zu tagen, bis die neue Verfassung beschlossen sei. Nun traten mehr und mehr einsichtige Geistliche und Mitglieder des Adels dieser Versammlung bei. Auch Necker sprach sich schließlich für sie aus. Daraufhin wurde er von der reaktionären Hofpartei unter Einfluß der Königin erneut entlassen und zu allem Überfluß „verbannt“. Truppen sollten die Nationalversammlung auflösen. Die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 offenbarte jedoch die völlige Unzuverlässigkeit der königlichen Garde und die Ohnmacht der Behörden von Paris. Der Fall der Festung wurde zum Fanal nicht nur für die Hauptstadt, vielmehr für ganz Frankreich: auch Bauern erhoben sich gegen den Adel, und überall übernahmen „Erwählte des Volkes“ die Regierungsgewalt. Die Adelige der Nationalversammlung verzichteten auf ihre Vorrechte und Pri-

vilegien. Es kam zur Erklärung der Menschenrechte durch allgemeine Gleichheit, persönliche Freiheit und durch die Volkssouveränität, was sich später in „Liberté, égalité, fraternité“ in „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ griffig umwandelte.

Der Mensch als Eigenwesen

Die revolutionären Ereignisse in Frankreich, der Sturz des Königs, seine schließliche Hinrichtung zusammen mit Marie Antoinette, die Dezimierung des Adels mit Hilfe der Guillotine auf dem Grèveplatz in Paris, das alles strahlte, schon wegen seiner Dramatik, entscheidend auch auf die übrige „zivilisierte“ Welt aus. Der Mensch als Eigenwesen gewann entscheidend an Bedeutung, woran selbst die wiederholten Rückfälle bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein nichts zu ändern vermochten. Die Verfassungen jüngerer westlicher Demokratien und ihre Umsetzung in die Realität des Alltags reichen in ihren Wurzeln bis zurück auf diese erste Französische Revolution vor 200 Jahren.

Die Bastille

Die Bastille, eine Festung, erbaut am Tor St. Antoine, ungefähr auf dem heutigen „Place de la Bastille“ in Paris, wurde während des „Hundertjährigen Krieges“ 1369 begonnen und 1383 (unter Karl V.) beendet. Ursprünglich als Bollwerk gegen die Engländer gedacht, nutzte man sie schon ab 1397 gelegentlich als Staatsgefängnis, häufig für unbotmäßige Adelige. Hiervon leitet sich die sogenannte nicht ehrenrührige „Festungshaft“ her, in Europa bis in unsere Gegenwart üblich. Der Name „Bastille“ führt sich auf die festen mit Türmen und Bastionen versehenen französischen Schlösser, meist aus dem 12. Jahrhundert, zurück, ebenfalls „Bastille“ genannt. Die Bastille in Paris wurde im 16. und 17. Jahrhundert wesentlich erweitert. Das Hauptgebäude bildete ein fast regelmäßiges Parallelogramm von 34 Toisen Länge und 18 Toisen Breite (Toise = knapp 2 Meter). An jeder der Längsseiten standen vier, fünf Stockwerk hohe halbrunde Türme (je 23 Meter), die durch eine Terrasse verbunden waren, auf der Kanonen installiert wurden. Die mehr als drei Meter dicken Mauern umgaben Gefängnisse, die als „leicht“ galten, während die sechs Meter unter dem Hofraum der Festung befindlichen Kerker feuchte, grabähnliche „cachots“ (Höhlen) waren, die zusätzlich eiserne Käfige enthielten, in denen Gefangene „wie wilde Tiere, nur nicht so gnädig“ gehalten wurden, viele von ihnen zusätzlich angekettet. Dennoch vermochten sich die adeligen Gefangenen, besonders in den letzten Jahren der Festung, mit genügend Luxus zu umgeben. In die Bastille konnte man ebenso durch einen Irrtum, durch falsche Anschuldigung wie durch Konkurrenzneid, aber auch völlig ohne Grund „nur aus einer Laune irgendeines Mächtigen heraus“ gelangen. Völlig Unschuldige saßen (besonders unter Ludwig XIV.) nicht selten ihr ganzes Leben lang in der Bastille, ohne je zu erfahren, wem — und aus welchem Grund — sie ein derart grausames Schicksal verdankten. 1741 z.B. wurden 71 Gefangene in der Bastille gezählt. Ludwig der XVI. erwies sich nach seiner Thronübernahme als besonders milde. Während seiner Regierungszeit saßen höchstens 16 Gefangene, meist unter durchaus menschenwürdigen Umständen, in der Festung. Bei der Erstürmung der Bastille fand man 7 Gefängnisinsassen vor, 4 da-

von waren Wechselfälscher, einer galt als wahnsinnig, drei hatten sich auf andere Weise unbeliebt gemacht. Verteidigt wurde die Festung durch 80 Invalide und 40 Schweizer Söldner unter Gouverneur de Launay. Nach mehreren Stunden kapitulierte de Launay unter der Bedingung des freien Abzuges. Dennoch wurde er von der aufgebrachten Menge zusammen mit mehreren seiner Chargen ermordet. Schon am nächsten Tag begannen die Revolutionäre mit der Zerstörung dieses „Symbols des Despotismus“. 50 Arbeiter schleiften sie — auch mit Hilfe von Kanonen — in kürzester Zeit. Die Namen der 654 Erstürmer der Bastille schmückt eine Seite der Julisäule, die 1840 auf dem Bastilleplatz errichtet wurde.

Diabolos am Werk

Der große „Durcheinanderwerfer“ hat diesmal ein besonderes teuflisches Spiel sich ausgedacht.

Im Heft 176 Seite 35 ist der Aufsatz von Johannes Cofalka: „Das ständige Wagnis, vorge-setzt zu sein“ abgedruckt.

In der dritten Zeile gleich trieb dann Diabolos sein Werk. In der Druckfahne einwandfrei, ging der Bogen wegen eines anderen Wortes in die Korrektur.

Und da hat jemand den Computer heimlich betastet und heraus kam „pxpv“ (oder war es ein Staubkorn?).

Es muß heißen:

„Vorgesetzte, das liegt im Wort. . .“

Setzen Sie nun, liebe Leser, auf diesen Schelmenstreich einen anderthalben, und lesen Sie genüßlich den Artikel noch einmal mit dem richtigen Anfang!

Nicht nur der Autor — auch die Redaktion — würden sich freuen.

H.F.

Vor 50 Jahren

Einmarsch in die Tschechoslowakei

Helmut Fettweis

Vorbemerkung

Wenn man die Zeit des Nationalsozialismus heute beurteilen will, dann muß man sich an einige Tatsachen immer wieder erinnern.

1) Obwohl noch nicht alle Archive geöffnet sind, weiß man über die NS-Zeit heute mehr als die Zeitgenossen damals.

2) Man muß unterscheiden zwischen dem, was offiziell verlautbart wurde — Presse, Rundfunk, Film —, und dem, was geglaubt wurde.

3) Es muß berücksichtigt werden, daß der Informationsstand völlig unterschiedlich war. Diplomaten und hohe Beamte in verschiedenen Ministerien konnten erheblich mehr wissen als evtl. hohe Militärs. Aber auch der umgekehrte Informationsstand ist möglich; es kommt darauf an, „wo der Betreffende seinen Dienst ausübte“. Der Botschafter z. B. in Brasilien wußte vermutlich weniger als ein weit niedrigerer Beamter im besetzten Polen. Oft konnten auch ganz niedrige Chargen über einen Wissensstand — z. B. Wächter im KZ — verfügen, der erheblich über dem des kommandierenden Generals in der gleichen Gegend lag.

4) Die Geheimhaltung war teilweise so grotesk übertrieben, daß tatsächlich Wissen auf kleinste Kreise beschränkt war. Andererseits gab es dadurch Freiräume, die an Köpenick erinnern (z. B. mit Einführung der Versorgungskompanien bei den Panzerdivisionen lag die amtliche Abkürzung noch nicht vor. So wurde abgekürzt V₁ oder V₂ usw. Mit diesem Kürzel konnten mehr als einmal Vorfahrtsrechte und mehr erreicht werden.).

5) Ebenfalls muß daran gedacht werden, daß der Mensch dazu neigt, schlechte Erlebnisse oder Eindrücke zu verdrängen, und zwar derart, daß man selbst nachher daran glaubt, man wäre nicht Zeuge dieser oder jener NS-Untat gewesen. Befragen Sie einmal zwei Zeugen über einen Autounfall. Nach dem Kriege erlebte man daher, daß es eigentlich in Deutschland nie Nazis gegeben hat. Erst das Vorlesen der Parteinummern half ein wenig die Gedächtnislücken zu füllen. Aber damit war fast nur der Mitläuferstatus erreicht. Der Autor erinnert sich noch deutlich, von wem er nach 1945 um „Persilszeugnisse“ angegangen wurde.

Bedenkt man all diese Punkte — es gibt noch einige mehr —, dann versteht man auch, daß und warum die Rede des ehemaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger nicht verstanden wurde oder verstanden werden wollte (abgesehen davon, daß der Vortrag der Rede zu Mißverständnissen Anlaß geben konnte — eine Rede ist keine Schreibe).

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit (mit welchen Mitteln auch immer) brachte im Innern eine Art Aufbruchstimmung. Außenpolitisch fiel Hitler in den Schoß, was die Regierungen vorher bewirkt hatten, ein Schuldenmoratorium, das die finanzielle Last Deutschlands spürbar verringerte. Hinzu kam der Erfolg der Rückgliederung des Saarlandes (Januar 1935) mit einem Entscheid von 91% der Wähler für den Anschluß. Im März 1935 wurde als Antwort auf eine Verlängerung der Wehrpflicht in Frankreich und der Erneuerung des Militärbündnisses mit Belgien, die „allgemeine Wehrpflicht“ verordnet. Im Ausland: außer Protesten keine Reaktion. In einer „Friedensrede“ am 21. Mai vor dem Reichstag stellte Hitler 13 Punkte auf und betonte das Recht, zweiseitige Verträge abzuschließen. Der Flottenvertrag mit England (35:100) erkannte indirekt die deutsche Aufrüstung an. Im gleichen Jahr begann Mussolini, der sich zunächst von Hitler distanziert hatte, den Krieg in Abessinien. England und Frankreich ließen dem „Duce“ dabei weitgehend freie Hand, Deutschland aber unterstützte Italien. Der Völkerbund verhängte Sanktionen, die bei dieser Konstellation natürlich unwirksam waren, aber eine Annäherung Mussolini — Hitler brachten. Bei dieser „Erfolgskurve“ im Ausland ging innenpolitisch unter, daß mit den Nürnberger Rassengesetzen (Sept. 35) ein erster Schritt getan wurde, deutsche Menschen — Juden — auszugrenzen. Die Reaktion war im Volke schwach, weil nur relativ wenige betroffen waren. 1936 wurde wiederum unter Vorwand ein Schritt getan, der damals „sympathisch“ war: Das Rheinland wurde besetzt. Erneut gelang es Hitler, die Deutschen zu täuschen und in der Welt Nachdenklichkeit zu verursachen. Er propagierte ein westeuropäisches Sicherheitssystem, dem auch außereuropäische Staaten beitreten könnten, und den Wiedereintritt in den Völkerbund, wenn alle diskriminierenden Artikel des Versailler Diktates — auch im Hinblick auf die Kolonien — aufgehoben würden. Trotz einer Beschwörung der „Heiligkeit der Verträge“ war das Ausland zurückhaltend und beurteilte die Zusagen als Propaganda. Doch im Sommer brach der Bürgerkrieg in Spanien aus. Und in Deutschland begannen am 1. August die „Olympischen Spiele“ mit einer Organisation und Großzügigkeit, wie man sie bisher nicht gekannt hatte. Auch das Ausland war begeistert. Dennoch, im gleichen Jahr wurde das Eingreifen deutscher und italienischer Verbände in Spanien offenbar und führte zur „Achse Berlin—Rom“. Die verschiedenen Rochaden auf dem Schachbrett internationaler Politik mußten nun einzeln behandelt werden. Im Laufe des Jahres 1937 brachten Kontakte mit England das Angebot der englischen Regierung, von der deutsch-englischen Verständigung zur deutsch-englischen Zusammenarbeit zu kommen. „Die Verdienste des Führers um den Wiederaufbau Deutschlands“ wurden voll anerkannt. Die Abwehr der kommunistischen Gefahr für Europa sei ein besonderes Verdienst Hitlers. Dennoch sei man in England nicht voll informiert und es seien kritische Stimmen laut geworden. Nun wolle man zusammenarbeiten. Nach dem Krieg ist eine Niederschrift („Hoßbach-Niederschrift“) bekannt geworden, in der Hitler den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile und dem Außenminister klar erklärt hat, daß Raumnot die Lebensgrundlage des deutschen Volkes bedrohe. Daher wolle er die Flankenbedrohung im Westen (England und Frankreich) diplomatisch ausschalten und die

Tschechei und Österreich „bereinigen“. Die Erweiterung des deutschen Lebensraumes solle im Osten erfolgen.

Mit der Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes brachte Hitler einen Trumpf ins Spiel, der ihm eine stille Duldung durch England für die nächsten Unternehmungen einbrachte. Die beträchtlichen deutschen Minderheiten in Litauen, Polen und Tschechoslowakei waren eine besondere Schwachstelle der Friedensregelungen nach 1918. Hier hatte man, um die Gebiete zu arrondieren, gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung verstoßen. Die schlechte Behandlung durch die neuen Machthaber diente nun auch nicht der Befriedung. Daher war man in England bereit, hier Korrekturen zuzulassen. Hitler war sich jedoch nicht darüber klar, daß diese „Stimmung“ nur für die Gebiete galt, die wirklich von deutscher Bevölkerung bewohnt waren.

Damit begannen die Fehlleistungen des „großen Politikers“, als den sich Hitler dauernd feiern ließ, bereits 1937. Im Innern tat sich auch einiges. Einige führende Stellen der Wehrmacht wurden unter „eigenartigen“ Umständen umbesetzt. Dr. Schacht als Wirtschaftsminister trat zurück — wie man heute weiß, weil er die Geldwirtschaft nicht mehr glauben zu können. Außenminister von Neurath wurde durch den Parteimann von Ribbentrop abgelöst. Damit begann ein weiterer Fehler des „weisen Führers“. Statt ungeschminkter Berichte bekam er nur noch gefärbte Informationen, sozusagen die Dinge, die er hören wollte.

Februar 1938 wurde der österreichische Bundeskanzler von Schuschnigg auf den Obersalzberg bei Berchtesgaden „bestellt“. Ihm wurde das „Berchtesgadener Abkommen“ aufgenötigt (12.2.38), das außenpolitisch und militärisch Österreich eng an das Reich band. Zwei Komponenten waren hier von Bedeutung. Seit der Zerschlagung der Donaumonarchie 1918 gab es in Österreich eine starke Grundstimmung, die vielfach aus wirtschaftlichen, aber auch aus volksmäßigen Gründen zu einem Anschluß an Deutschland neigte. Bisher hatte Mussolini seine Hand über die Unabhängigkeit Österreichs gehalten. Die Hilfe Deutschlands im Abessinienfeldzug und der Verzicht Hitlers auf Südtirol hatten den Diktator von Rom umgestimmt. So war Österreich ungeschützt. Mit einer Volksabstimmung „für ein freies, deutsches, *unabhängiges* und soziales, christliches und einiges Österreich“ versuchte Schuschnigg vor aller Welt, die Freiheit seiner Heimat zu retten.

Hitler fürchtete nun um seinen Schachzug von Berchtesgaden. Er stellte ein Ultimatum. Schuschnigg „trat“ zurück. Doch in der Nacht vom 11. zum 12. März überschritten deutsche Truppen die Grenze und wurden zur Verblüffung der Welt und vieler Deutschen mit Jubel begrüßt. Der anschließenden Volksabstimmung stimmten die Deutschen Österreichs mit 99,72% einem Anschluß zu.

Das Ausland protestierte. Mussolini fühlte sich „unwohl“ und schloß mit England ein Mittelmeerabkommen. Darauf reiste Hitler mit großem Gefolge nach Italien, um die Festigkeit der Achse zu demonstrieren. Dennoch blieb auch hier ein Riß zwischen beiden Diktatoren, der noch etliche Fehlhandlungen verursachen sollte.

Nunmehr begann die Auseinandersetzung um die Tschechoslowakei. Es drohte, als die tschechische Regierung am 20. Mai 1938 die Mobilmachung anordnete, Kriegsgefahr. Krieg aber mußte von Europa abgewendet werden. Führende deutsche Generale wollten putschen, wenn es zum Krieg kommen sollte.

Die Sudetendeutschen erlitten viel Unbill und drängten auf eine Entscheidung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts. So mußte England eingreifen, um einen Krieg zu verhindern. Dabei hielt die sprichwörtliche Fairneß der Engländer Hitler zugute, daß bei den Friedensverträgen 1918—1920 eben nicht nach den Regeln des Selbstbestimmungsrechtes verfahren worden war. In einer dramatischen Folge von französisch-englischen Vorverhandlungen kam es dann zum Besuch des englischen Premierministers Chamberlain in Godesberg, wo er Hitler traf. Als Hitler dann die Abtretung des Sudetenlandes als letzte Revisionsforderung des Versailler Diktates bezeichnete (26. Sept. Sportpalast Berlin), kam durch Mussolinis Vermittlung ein großes Treffen (Chamberlain, Daladier, Mussolini, Hitler) in München zustande. Im „Münchener Abkommen“ wurden die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens innerhalb der Frist vom 1.—10. Oktober an das deutsche Reich abgetreten. Polnische und ungarische Ansprüche sollten später befriedigt werden. Die verkleinerte Tschechoslowakei erhielt eine Garantie der Großmächte gegen nicht herausgeforderte Angriffe. Eine Nichtangriffserklärung von Deutschland und England löste eine Welle des Aufatmens, ja eine Friedensbegeisterung in Europa aus.

Durch diesen Schachzug mit einem Ausreizen der Möglichkeiten bis kurz vor einem Krieg hatte Hitler 3 Punkte erreicht:

- Im Innern wurde jeder Opposition — insbesondere der Besorgnis der Heerführer — der Wind aus den Segeln genommen.
- Vor dem Volk stand Hitler als der Mann da, der die Schmach von Versailles Stück für Stück getilgt hatte.
- Im Ausland war man erleichtert und glaubte nunmehr an eine Friedenszeit.

Was man nicht wußte und nicht erkannte, waren zwei andere Punkte:

- Hitler hatte Zeit, die Schwächen, die die deutsche Wehrmacht beim Einmarsch in Österreich gezeigt hatte (technische Pannen an den Fahrzeugen, noch nicht ausgereifte Erfahrung in der Bewegung großer motorisierter Verbände u. a.), auszumerzen.
- Durch die Linienführung der Abtretung in der Tschechoslowakei wurden die Befestigungsanlagen der Prager Regierung größtenteils wertlos.

Außen-, aber auch teilweise innenpolitisch negativ wirkte sich die Reichspogromnacht am 9. November aus. Eine deutsch-französische Nichtangriffserklärung vom 6. Dezember 1938 schloß dann ein für die NS-Regierung erfolgreiches Jahr ab.

Dennoch, in dieser Situation wäre, wenn Hitler sich an die Verträge gehalten hätte, für Europa eine lange Friedenszeit möglich gewesen. Daß England weniger vor den Drohungen Hitlers zurückgewichen war als vielmehr versucht hatte, das Unrecht von Versailles

zu korrigieren, erkannte der „große Staatsmann“ nicht. Aus dieser falschen Einschätzung der Lage, vielleicht auch zusätzlich durch die „gefilterten“ Berichte des nunmehr auf nationalsozialistische Ideologie ausgerichteten Auswärtigen Amtes, trat jene Entwicklung ein, die beinahe zwangsläufig zum Krieg führen mußte. In Deutschland erkannte man das jedoch nicht.

Hitler begann nach dem Prinzip der Einschüchterung mit der Rest-Tschechoslowakei zu verfahren. Am 13. März 1939 löste sich die Slowakei aus dem Staatsverband, natürlich unter Beihilfe Deutschlands. Am 15. März wurde dann der tschechische Staatspräsident Hacha unter massivem Druck zu einem Vertrag über das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ geprüßt. Die deutschen Divisionen rückten in für damalige Zeiten unwahrscheinlich schneller und präziser Form in Böhmen und Mähren ein und entwaffneten die relativ gut gerüstete tschechische Armee. Widerstand wurde nirgends geleistet. Das Reichsprotektorat erhielt einen Reichsprotektor, zunächst den diplomatischen und milden Freiherrn von Neurath, dann aber den SS-Obergruppenführer Heydrich, der als engster Mitarbeiter Himmlers mit entsprechenden Methoden in übler Weise in Prag herrschte. Die Slowakei stellte sich unter deutschen Schutz, und die Karpato-Ukraine wurde von ungarischen Truppen besetzt. Ein kleines Gebiet (um Teschen) wurde zudem an Polen abgegeben.

Am 25. März wurde schließlich das deutsch besiedelte Memelgebiet, das einstmals an Litauen kam, wieder dem Reich angegliedert.

Aus dem Blickwinkel des Normalbürgers wurde staunend zur Kenntnis genommen, daß dem „großen Führer“ wieder einmal eine Reihe großer außenpolitischer Taten gelungen sei. Die einheitlich gesteuerte Presse, gut unterstützt von den ebenfalls gelenkten Medien Funk und Film, ließ überhaupt keine andere Meinung aufkommen. Man pries „die göttliche Hilfe für den genialen Führer“. Die Hybris ergriff die NS-Führung. So beachtete man die kleinen Anzeichen einer sich wandelnden Weltauffassung nicht. Als dann Polen auch unter Druck gesetzt wurde, um einer Rückgabe Danzigs sowie dem Bau einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnlinie zuzustimmen, gab am 31. März Chamberlain eine freiwillige englische Bürgschaft für die Unverletzlichkeit Polens. Das hätte aufhorchen lassen müssen.

Nach so vielen deutschen „Erfolgen“ konnte ein anderer Diktator nicht mehr ruhig schlafen. Vom 7.—12. April unterwarf Mussolini gewaltsam Albanien. England dehnte seine Bürgschaft der Unverletzlichkeit — ein neuerliches Mahnzeichen — auf Rumänien und Griechenland aus. Der US-Präsident Roosevelt richtete Mitte April eine Botschaft an Hitler, sich für die Sicherheit von 30 namentlich genannten Staaten zu verbürgen. Wiederum ein Warnzeichen! Doch Hitler wies in seiner Reichstagsrede am 28. April dieses Ansinnen brüsk zurück. Und unter Anwendung seiner bisherigen Methode und in völliger Verken- nung der Welt-Stimmung kündigte er zudem das deutsch-englische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt. Als dann vierzehn Tage später England und die Türkei eine Beistandserklärung abgaben, der sich auch Frankreich anschloß, wurde das nicht als Warnung angesehen, sondern löste 10 Tage später das deutsch-italienische

Militärbündnis zwischen Hitler und Mussolini aus. (Der sogenannte „Stahlpakt“, der sich bald schon als „Blechpakt“ auswies.) Nunmehr begann in allen Staaten um Deutschland eine schnelle Aufrüstung. Und Deutschland konnte auf ein großes Rüstungspotential zurückgreifen.

Immerhin waren um diese Zeit unter deutscher Planung:

- das Ruhrgebiet
- das Saargebiet
- die Salzgitterwerke
- das oberschlesische Industriegebiet
- die österreichischen Industriezentren um Linz und in der Steiermark
- die tschechischen Industrien mit eigenen Erz- und Kohlevorkommen und einer hochentwickelten Maschinenbauindustrie.

So sah Hitler Deutschland als das potenteste Industriegebiet. Dahinter stand nach seiner Auffassung das geeinte Volk mit seiner hohen technischen Intelligenz und seinem organisatorischen Talent. Darüber aber herrschte er mit dem „einheitlichen Willen des unbeugsamen Nationalsozialisten“!

Bei dieser Berechnung aller Ressourcen und technischen Potenzen vergaß Hitler wiederum jede Größenordnung. Er konnte und wollte sich von seinem Bild, daß alle anderen Völker mehr oder minder dekadent oder primitiv seien, nicht lösen.

Umgeben von willfährigen „Gesellen“, wurde er auch immer wieder in seinen „genialen“ Auffassungen bestärkt. Eine satanisch zu nennende Macht entwickelte Goebbels mit seiner Beeinflussung des Volkes durch die Medien.

Es ist heute unbegreiflich, daß in der damaligen Zeit *alle* Tageszeitungen mit vorgefertigten Schlagzeilen versehen wurden. Außerdem wurde die Tendenz — und zuweilen sogar die Plazierung auf bestimmten Seiten — vorgegeben. Am nächsten Morgen brachten also alle deutschen Zeitungen die gleichen Informationen im örtlichen Stil an den Leser.

Begleitet wurde diese „Meinungsdusche“ von abgewogenen Sendungen des Rundfunkes. Zu der Thematik der Sendungen wurde ebenfalls die Musik abgestimmt. Und das Kino, das damals etwa den Platz des Fernsehens einnahm, brachte in den Wochenschauen die Meinungen im Bild. Dabei war auch hier die Abstimmung so, daß durchweg die Nachrichten fast 100% stimmten. Das Perfidie lag in der Auswahl der einzelnen Meldungen, oder besser im Auslassen bestimmter Nachrichten. So wurde z.B. über deutsche Ernteerfolge — einschließlich örtlicher Rückschläge — berichtet mit dem Ansporn zu mehr Leistung. Daß aber in Amerika eine Rekordernte in Weizen in die Scheunen gefahren werden konnte, wurde nicht gesagt. Wenn aber dennoch berichtet werden mußte, denn schließlich wollten die Bürger damals ja auch etwas aus der zweiten Welt wissen, dann wurden Stimmen aus diesen Ländern zitiert, die vor Raubbau, Ausbeutung des Bodens oder von Transportschwierigkeiten und dadurch bedingte Ernteverluste berichteten. So kam gar nicht der Gedanke auf, daß man an anderen Orten vielleicht tüchtiger sein konnte.

Verhängnisvoll war bei dieser Medienpolitik, daß alle Großen und Kleineren des Reiches dieselben Informationen bekamen. So entstand ein falsches Bild bei der gesamten Führungsmannschaft. Man glaubte seinem eigenen Unsinn.

Die entscheidenden Monate

Die Engländer überwandene ihre Abneigung gegenüber den Sowjets und begannen Sommer 1939 lange und zähe Verhandlungen mit Stalin. Man wollte Rußland dafür gewinnen, gewisse von Hitler bedrohte Länder zu schützen. Dafür sollten die Baltischen Staaten (Litauen, Estland und Lettland) an Rußland gelangen.

Stalin aber sah eine Chance, bei diesem Poker noch mehr gewinnen zu können. Als daher im Juli die deutsche Diplomatie eine Veränderung der Haltung gegenüber der Sowjetunion anklingen ließ, wurde das Interesse Stalins sofort geweckt. Und vor einer verblüfften Welt flog Ribbentrop am 23. August nach Moskau und unterzeichnete einen Vertrag mit Zusatzabkommen, dessen Tragweite damals noch niemand einschätzen konnte. Deutsch-russische Wirtschaftsabkommen führten zu einem für beide Seiten lukrativen Geschäft: Nahrungsmittel gegen Industrieerzeugnisse. Ein deutsch-russischer Nichtangriffspakt folgte. Schließlich wurden auch Interessensphären abgesteckt: Estland, Lettland, Finnland, Bessarabien (mit Ölquellen) und Polen — östlich einer Linie entlang der Pissa, Narew, Weichsel und San — sollten Rußland zufallen. Damit erhielt Hitler freie Hand gegenüber Polen. England schloß zur Warnung mit Polen am 25. August einen Beistandspakt ab.

Um diese Zeit bezogen die deutschen Truppen entlang der Grenze zu Polen ihre Aufmarschräume. Diese Bewegung war zwar als Herbstmanöver getarnt. Dennoch waren mehr Reservisten eingezogen worden als üblich, und neben der Übungsmunition wurde in verplombten Behältern — um die Möglichkeit der Beladung, so die offizielle Version, zu erproben — scharfe Munition in voller Ausstattung mitgeführt.

Unruhen in Polen

Seit Mai 39 hatte es in Polen, vorwiegend um Bromberg und in Oberschlesien, immer wieder Verfolgungen von Deutschen gegeben. Ein Teil dieser Ereignisse stimmte. Denn die Polen waren über die aggressive Sprache Hitlers — und damals waren die Deutschen eben Nazis — verletzt. So entlud sich örtlich mancher Zorn gegenüber dem gerade vorhandenen Deutschen, der eigentlich dem Hitlerregime galt.

In Deutschland wurde wiederum jede Wirtshausprügelei in Polen sofort als politische Verfolgung eingestuft, und so entstand in Deutschland ein großes Mitgefühl für die verfolgten Landsleute und ein geschürter Haß auf die Polen.

Nun war auch die polnische Regierung nicht gerade glücklich in ihrem Handeln. Hier fehlte ebenfalls der Blick für die Realitäten. 1918 hatte man, um das polnische Gebiet günstig abzurunden, in einer beträchtlichen Zahl deutsche Bürger in den polnischen Staatsbereich einbezogen. Da die Behandlung dieser Minderheiten auch nicht immer sehr „zart-

fühlend“ war, entstand zwangsläufig eine Anzahl von „Unruhezentren“. Weil man bei den Staatsmännern in Versailles oftmals auch für gewachsene Wirtschaftsstrukturen keinen Sinn hatte, traten zu den völkischen auch noch wirtschaftliche Probleme.

Als dann Hitler 1938 mit seinen Forderungen — Rückkehr Danzigs, Auto- und Eisenbahnkorridor nach Ostpreußen — vor die Weltöffentlichkeit trat, bestand Neigung, diesen Forderungen nachzugeben. Man sah ein, daß die Wirtschaftsverbindung Ostpreußens zum Reich irgendwie auch auf dem Landwege geordnet werden mußte.

Durch seine Handlungen aber verspielte Hitler sein Ansehen. Man befürchtete, daß er die gleichen Praktiken wie bei der Tschechoslowakei anwenden würde.

Diesen Umschwung in der Weltstimmung bewertete man in Polen zu stark. Die Garantien Englands und Frankreichs (erneuert am 25. August 39) wiegten die Polen in einer Sicherheit, die bei realistischer Einschätzung nicht vorhanden war. Denn weder in England noch in Frankreich war man damals überhaupt in der Lage, Polen zu helfen.

Hitler unterließ erneut eine Fehleinschätzung der Lage. Er glaubte, durch seine Garantie der Unversehrtheit Englands und der Zusicherung des Bestandes der deutschen Westgrenze, Polen gegenüber freie Hand zu bekommen. Das geschah aber nicht, im Gegenteil, England blieb fest. Zu allem Überfluß meldete Mussolini, daß er nicht kriegsbereit sei.

Erfahrene Militärs wußten das. Aber Hitler hatte die Fakten, verdeckt durch das Impongehabe des Duce, nicht zur Kenntnis genommen.

Italien war durch seinen Abessinienfeldzug (1935/36) militärisch stärker mitgenommen, als es den Anschein hatte. Außerdem war das Abenteuer in Albanien (April 39) noch nicht „verdaut“. Auch hier waren die Verluste an Menschen und Material höher als erwartet.

So steigert sich die Dramatik mit jedem Tag. Am 28. August erklärte sich England bereit, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Trotz aller schlechten Erfahrungen mit Hitler wollte man um des Friedens willen noch einmal versuchen, den Krieg zu vermeiden. Natürlich wußte man in England auch, daß die eigene wie auch die französische Rüstung in den vergangenen Jahren unter Einfluß pazifistischer Strömungen weitgehend vernachlässigt worden war. Man wollte sich aber nicht sorglos in das Abenteuer einer Aufrüstung begeben.

Am 29. August ging Hitler auf den Vorschlag Englands, Polen an den Tisch zu bitten, ein. Der englische Botschafter in Berlin sollte veranlassen, daß ein hochrangiger polnischer Delegierter am 30. August in Berlin eintreffen möge.

Als um Mitternacht des 30./31. August niemand von polnischer Seite erschienen war, las Ribbentrop dem britischen Botschafter die sehr maßvollen deutschen Vorschläge vor. Er verweigerte aber die Aushändigung, da durch das Nichterscheinen der polnischen Seite zur festgesetzten Frist diese Vorschläge gegenstandslos seien.

Am 31. August signalisierte die polnische Regierung, daß man Verhandlungen *erwäge*.

Einen Bevollmächtigten aber schickte man nicht.

So begann am 1. September auf Hitlers Befehl der Krieg gegen Polen.

Der Krieg

Die Stimmung in Deutschland war bedrückt.

So sehr man auch erregt war über die an deutschen Menschen verübten Greuel, glaubte man doch, daß der Preis eines Krieges zu hoch sei. Die Wehrmacht war zwar die stärkste Streitmacht in Europa und modernst ausgerüstet, sie war „marscherfahren“ und beherrschte das Zusammenspiel verbundener Waffen: Panzer, Artillerie, Infanterie, Luftwaffe. Sie hatte Erfahrungen in Spanien, bei den Einmärschen in Österreich und in der Tschechoslowakei, aber dennoch war man sich in der Generalität klar, daß auch etliche Schwachstellen vorhanden waren.

Schweres Gerät — Panzer, Artillerie, Flugzeuge — fehlte und war zum Teil noch nicht einmal in der Entwicklung. Die Bevorratung an Munition, Benzin und Nachschubgütern war zu gering. Die Kriegsmarine steckte mitten in Bauvorhaben und hatte in der wichtigsten Waffe, den U-Booten, nur 22 seetüchtige Boote (übrigens weniger als der Flottenvertrag erlaubte).

Der Ausbildungsstand, insbesondere für das Führen größerer Truppenmassen, war noch nicht ausreichend. Es fehlte noch eine Reihe ausgereifter Funkgeräte.

Mit dem Abschluß des Paktes Deutschland—Rußland ging ein Aufatmen durch die Bevölkerung, man glaubte sich dem Frieden näher. Man ahnte nicht, daß Hitler ganz andere Schlüsse ziehen würde.

Auch Goebbels schätzte die Bevölkerung als kriegsunlustig ein.

Die Parteiführung bekam den Ärger an der Basis zu spüren. Hitler galt zwar immer noch als fähiger Staatsmann. Seine Erfolge hatten ihm ein großes Ansehen gebracht. Es war eine sehr zwiespältige Situation. Auf der einen Seite verachtete — und fürchtete — man die Partei und vor allem ihre Funktionäre. Auf der anderen Seite hatte die Regierung mit Hitler einen hohen Achtungswert. Und das geflügelte Wort: „Wenn das der Führer wüßte“, bezeugte diese Grundstimmung.

Bei dieser Ausgangslage ist erstaunlich, daß die deutschen Truppen in wenigen Tagen, von keinen Krisen abgesehen, die doch recht beachtliche und tapfere polnische Armee schlagen konnten.

Als am 3. September die Westmächte England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, ging diese Meldung für das Volk in den Siegesmeldungen unter.

Hitler aber war zutiefst erschüttert. Seine Rechnung war erstmals nicht aufgegangen. Nach den geschichtlichen Berichten saß Hitler bei der Übersetzung des englischen Ultimatus (3. Sept., 9.00) „wie versteinert da und blickte vor sich hin“. „Nach einer Weile ... wandte er sich an Ribbentrop“ und fragte: „Was nun?“ Dabei sah er diesen mit einem

so wütenden Blick an, als wolle er „zum Ausdruck bringen, daß ihn Ribbentrop über die Reaktion der Engländer falsch informiert habe“.

Der Dolmetscher Paul Schmidt, von dem diese Schilderung stammt, berichtet, daß Ribbentrop dann gesagt habe, daß man nun auch mit einem Ultimatum Frankreichs rechnen müsse.

Nach der gleichen Quelle soll Göring gesagt haben: „Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!“ Goebbels habe wortlos in sich gekehrt in einer Ecke gestanden.

Nach diesem Augenblick der Besinnung trat aber wieder ein rascher Sinneswandel Hitlers ein, und er begab sich schon am nächsten Tag unter dem Eindruck der Siegesmeldungen an die Front.

Bald schon wieder wurde die wahre Natur Hitlers deutlich, er hielt die Polen für ein minderwertiges Volk. So stimmte er den durch die Schnelligkeit des deutschen Vormarsches überraschten Russen zu, Polen aufzuteilen. Ja er ging noch weiter. Gegen die Überlassung einiger Teile in Zentralpolen und Lublin sicherte er auch den Russen Einfluß in Litauen zu.

Mit dieser Lösung verging sich das „politische Genie“ gegen die geschichtlich gewordenen Traditionen des Baltikums. Entgegen Hitlers Erwartungen gaben die Westmächte nicht klein bei und somit entbrannte der *zweite Weltkrieg*. Außerhalb Europas blieb nur ein Staat neutral: Afghanistan. Innerhalb Europas bewahrten Irland, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien die Neutralität. In Europa gingen die Lichter aus.

Gedanken zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs

Ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung

Helmut Jermer

Der grenzenlose Schrecken

Mit dem Überfall auf Polen brach vor 50 Jahren der 2. Weltkrieg aus, der alle vorherigen Kriege an Vernichtung und Zerstörung übertraf. Das dunkelste Kapitel der Geschichte dieses Jahrhunderts wurde allerdings schon früher aufgeschlagen: Aus dem ersten Weltkrieg heraus war es manchen europäischen Staaten nicht gelungen, sich innenpolitisch so zu stabilisieren, daß der Geist der Freiheit in dauerhaften demokratischen Strukturen sichtbar geworden wäre, auf deren Grundlage eine europäische Friedensordnung hätte errichtet werden können. Statt dessen wurden verschiedene Nationalstaaten von faschistischen Strömungen erfaßt, welche in menschen- und völkerverachtende Diktaturen mündeten.

In Deutschland propagierte der Nationalsozialismus sein verbogenes Menschenbild, das durch eine verlogene Ideologie zum Größenwahn exaltierte und zum Rassenwahn perver-

tierte. Der auf diese Weise freigelassene Wahnsinn brachte — als Fluch der bösen Tat — den Holocaust, in seiner Abscheulichkeit einzigartig, hervor und initiierte mit dem Überfall auf Nachbarstaaten einen grenzenlosen Schrecken, der schließlich die Welt erfaßte. . .

Ein politischer Bußprozeß

Vor dem Unfaßbaren strauchelt der menschliche Geist; er will nicht wahrhaben, was er erkennt, zu welchen Untaten der Mensch fähig war, als er die Geister des Nationalsozialismus gerufen hatte und — gewähren ließ. Selbst heute noch — Fluch der bösen Tat — geraten Historiker beim Versuch, die schlimme Vergangenheit aufzuarbeiten, in Streit.

Wer Vergangenheit aufarbeiten will, der findet nur durch Trauer zur Gegenwart des Menschlichen zurück. Und die Trauer ist lediglich der Vorspann des eigentlichen politischen Bußprozesses: Reue und Vorsatz schaffen, so verstanden, erst die Voraussetzung für eine dem Frieden verpflichtete, aus dem Geist der Freiheit und Würde des Menschen geborene Politik, die ihrerseits als Heilmittel für eine menschenfreundliche Zukunft wirken möge. Diese Erkenntnis müßte jeden im christlichen Glauben verwurzelten Menschen tragen. Eine Umkehr in diesem Sinne wendet das Unmenschliche ins Menschliche, die Verstrickung in Befreiung, das Chaos zur Ordnung, den Krieg zum Frieden, die Angst in Mut zur Zukunft. . .

Reue und Vorsatz

Die nachgewachsenen Generationen fragen sich, wie es zur nationalsozialistischen Perversion kommen konnte, und noch heute wissen viele nicht, wie sie diese Erblast der Geschichte tragen sollen und ertragen können. Nur wer unvoreingenommen und mit einem konstruktiven Ansatz die richtigen Fragen an die Geschichte stellt, wird begreifen können, warum es zur politischen Katastrophe kam. Dabei gilt es die Hintergründe geschichtlicher Entwicklungen zu erschließen; die oberflächliche Betrachtung eines spektakulären Ereignisses lenkt von der eigentlichen Ur-Sache ab. So angesetzt, ist Ursachenforschung im Zuge eines politischen Bußprozesses die zuverlässigste Methode, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die wirkungsvollste Vorbeugung gegen Diktatur und Krieg. . .

Nie wieder Diktatur

Diese Erkenntnis offenbart, daß überall da, wo das Menschenrecht durch Terror vergewaltigt, wo menschlicher Geist durch Folter gebeugt und der Mensch in seiner Würde gedemütigt wird, die furchtbare Saat der Gewalt auf den fruchtbaren Boden der Diktatur fällt.

Politische „Rattenfänger“ wie Hitler waren der lebende Beweis dafür, daß sich das Böse auch im 20. Jahrhundert nicht geniert, Menschengestalt anzunehmen, um das Unmenschliche zu entfesseln. Mit der Anmaßung, im alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein, „verpiff“ der Ideologe Recht und Freiheit und vernebelte den menschlichen Geist, der das

Teuflische nicht früh genug zu erkennen in der Lage war. Nur so konnte der Tyrann zunächst die Menschen befangen machen, um schließlich ein ganzes Volk in seinen Bann zu ziehen. Der Ver-Führer trieb sein Volk in ein Meer von Blut und Tränen und riß andere Völker mit in den Strudel der Zerstörung und Vernichtung. . .

Nie wieder Krieg

Als „größter Feldherr aller Zeiten“ hat Hitler im negativen Sinne tatsächlich den verheerendsten aller Kriege begonnen. Verloren hat er — und mit ihm „sein“ Volk — diesen Krieg, weil er in seinem Größenwahn — einer Spezies des Wahnsinns — in dieser Welt ein tausendjähriges Reich errichten wollte.

Der Krieg als un-menschliche Errungenschaft hat sich nicht erst seit Stalingrad und Dresden, seit Hiroshima und Nagasaki als Verbrechen an der Menschlichkeit entlarvt. Der technische Fortschritt versetzt den Menschen heute in die Lage, seine Zivilisation zu atomisieren. Aus dieser Erkenntnis erwächst die Forderung, im Krieg nicht mehr länger die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu sehen. Zum Mittel des Krieges zu greifen bedeutete heute den Ausverkauf der politischen — und menschlichen — Vernunft. . .

Regeneration der Menschlichkeit

Daß das deutsche Volk auch konstruktive politische Kraft zu entfalten vermag, beweist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als deutlichstes Zeichen seiner geläuterten geistigen Verfassung.

Im Bewußtsein seiner historischen und politischen Verantwortung vor Gott und den Menschen will das deutsche Volk künftig dem Frieden in der Welt dienen. Dieser Gedanke mündet in die ersten Artikel seiner Verfassung ein, in der unveräußerliche Grundrechte die Menschenwürde schützen und den Staat sittlich binden. Dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend, hat das deutsche Volk eine freiheitlich verfaßte und demokratisch angelegte politische Ordnung angenommen und sich in der jüngeren europäischen Geschichte Achtung verschafft.

Das Grundgesetz als Mahnung und Verpflichtung

Das Wissen um diese Zusammenhänge sollte jeden verantwortungsbewußten Staatsbürger zur Wachsamkeit verpflichten, damit die Menschlichkeit unter dem Schutz unserer Verfassung, die zehn Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Kraft gesetzt wurde, gedeihen und blühen kann. Menschen- und Völkerrecht zu achten sind ein aus der „*Goldenen Regel*“ abgeleiteter *sittlicher Imperativ*, den es in jedem Staat und zwischen den Völkern politisch umzusetzen und zu pflegen gilt!

Geschichte und Wahrheit

Überlegungen zum Historikerstreit in der Bundesrepublik Deutschland

Karl-Wilhelm Becker

Geschichte ist objektiv der Zusammenhang des Geschehens, in dem die Menschheit als ganze oder ein Kulturkreis, ein Staat, ein Volk oder eine Stadt erwachsen ist und sich verändert hat. Subjektiv ist sie das Wissen um diesen Zusammenhang, seine Erklärung oder auch Darstellung. Der Zusammenklang beider Bedeutungen ist sinnvoll und unaufhebbar, weil das Vergangene zwar an sich objektive Wirklichkeit ist, aber Geschichte erst als Gegenstand eines historischen Bewußtseins Wirklichkeit wird. Dasein und Schicksal des Menschen sind durch seine Stellung in der Geschichte ebenso bestimmt wie durch seine Stellung in der Natur. Während aber der Mensch als Naturwesen den gleichbleibenden Naturgesetzen unterworfen ist, ist die Geschichte einmalig, unwiederholbar, unumkehrbar und nach der Zukunft hin offen. Alles Vergangene wirkt in der Gegenwart nach, einiges gestaltet sie entscheidend mit. Die jeweils lebende Generation ist für die Weiterführung des Geschichtsverlaufs innerhalb bestimmter Grenzen frei und verantwortlich. Sie kann das geschichtliche Erbe aufnehmen oder verwerfen, Richtung beibehalten oder auch abändern. Hier haben wir ein „Reich der Freiheit“. Die Geschichtsschreibung ist die auf der Geschichte als Wissenschaft aufbauende Darstellung der Vergangenheit. Sie beruht auf der objektiven Darstellung der jeweiligen Entwicklung der Vergangenheit, die den vorhandenen Akten, Urkunden und sonstigen Quellen entnommen ist. Die Geschichtsphilosophie ist der Teil der Philosophie, der es mit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und dem Sinn der Geschichte sowie mit der logischen Eigenart des geschichtswissenschaftlichen Denkens zu tun hat. Da die griechische Philosophie die Wirklichkeit als ruhendes Sein oder als gesetzmäßig geordnete Bewegung dachte, ist die Geschichtsphilosophie erst in der christlichen Theologie entstanden.

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 wurden Geschichtsschreibung und Geschichtsphilosophie einer kritischen Revision unterzogen und erhielten gleichzeitig einen neuen Stellenwert beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Hier hatte es die Zeitgeschichte ganz besonders schwer — ihre Probleme und Schwierigkeiten konnten auch nach 40 Jahren Bundesrepublik bis heute nicht abgebaut werden. Eine besondere Problematik besteht in der Einmaligkeit der Verbrechen der Nazis in den Jahren 1933 bis 1945, die uns auch heute noch immer wieder vorgehalten werden. Es ist unverzeihlich, was die damaligen Machthaber des Deutschen Reiches im Namen des deutschen Volkes an grausamen Verbrechen in Europa verübt haben. Man sollte jedoch auch nicht übersehen, was Stalin für Verbrechen im Namen seines Volkes begangen hat. Hierbei sollte man aber auch heute wissenschaftlich erhärtete Tatsachen — auch wenn sie irgendwelchen politischen Gruppierungen nicht gefallen — nicht übersehen oder in Frage stellen. Am 7. April 1935 hatte die Sowjetregierung in einem der „barbarischsten Gesetze“ des 20. Jahrhunderts Kindern von 12 Jahren an dieselbe Strafe wie Erwachsenen — einschließlich der Todesstrafe — angedroht. Es kam zu Selbstmordwellen unter den von aller

Welt verlassen Kindern der Erschossenen oder Verhafteten. Den Untersuchungen Conquests — Conquest, *The Great Terror*, S. 525 ff. — zufolge, der alle erreichbaren Daten sorgfältig analysierte, befanden sich zwischen 1936 und 1950 in den sowjetischen Konzentrationslagern im Jahresdurchschnitt 8 Millionen Menschen unter völlig unerträglichen Bedingungen, von denen jeweils 10%, das sind 800 000 Menschen jährlich — insgesamt rd. 12 Millionen Menschen — starben. Zu diesen 12 Millionen Opfern Stalins wurden zur Amtszeit Ezos als Volkskommissar des Inneren während der großen Säuberung — der Ezovscina — zusätzlich eine Million Menschen liquidiert. Zu diesen Opfern Stalins sind 3,5 Millionen Landbewohner hinzuzurechnen, die während der Zwangskollektivierung zugrunde gingen, sowie 3,5 Millionen sogenannter Kulaken, die in die russischen Konzentrationslager deportiert wurden und ebenfalls so gut wie alle ums Leben kamen. Conquest gelangt in seinen Untersuchungen zu dem Schluß, daß zwischen 1930 und 1950 mindestens 20 Millionen Menschen den Ausrottungsmaßnahmen in der Sowjetunion zum Opfer gefallen sind, darunter wahrscheinlich auch viele Juden. Diese Gesamtzahl ist jedoch — wie der Autor betont — eher zu niedrig als zu hoch gegriffen und kann wahrscheinlich um 10 Millionen weitere Opfer — also insgesamt 30 Millionen getöteter Menschen — erhöht werden. Diese Tatsachen der europäischen Geschichte werden jedoch bis zum heutigen Tag — bewußt oder unbewußt — völlig verdrängt. Nach meiner Meinung ist es einfach unverständlich, diese 30 Millionen Morde in der UdSSR im Westen aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verdrängen.

Der sogenannte Historikerstreit in der Bundesrepublik Deutschland begann mit der Veröffentlichung des bahnbrechenden Werkes „Der Faschismus in seiner Epoche“ von Ernst Nolte. Dieser hat damit den Weg für eine geschichtswissenschaftliche Verwendung des Terminus Faschismus freigegeben. Er begrenzt ihn epochal und definiert ihn komparativ (vergleichbar) im europäischen Kontext, d. h. im Zusammenhang. Er interpretiert Faschismus und Nationalsozialismus als Antwort auf eine andere totalitäre Ideologie, die des Bolschewismus und seiner Revolution von 1917. Der inflationären politischen Verwendung eines von konkretem historischem Epochegehalt entleerten Faschismus-Begriffes, der entweder dogmatisch im Sinne des Marxismus-Leninismus verengt oder zum wohlfeilen agitatorischen gegen beliebig viele unterschiedliche Gegner verkommen war, schob Nolte damit innerhalb der Wissenschaft einen Riegel vor. Leider macht die Politik von dieser einwandfreien wissenschaftlichen Aussage fast keinen Gebrauch. Es ist eine Frage der Ethik und Werte, wenn heute noch in Reden und Aufsätzen in der Bundesrepublik die Begriffe „Nationalsozialismus“ und „Faschismus“ völlig falsch verwendet werden. Erst 23 Jahre nach dieser Veröffentlichung entdeckte Habermas diese Noltesche Grundkonzeption und fühlte sich — wenn auch sehr verspätet — alarmiert. Es mußte sich seiner Meinung nach hier zweifellos um ein Signal einer vermeintlichen „Wende“ handeln. Auch Noltes Versuch, durch die Suche nach Analogien — Ähnlichkeiten — das ungeheuerliche Verbrechen der Judenmorde aus dem Selbstverständnis der NS-Führung zu erfassen ist ja keineswegs eine Entschuldigung, sondern ein Erklärungsversuch. Zu ihm gehört das unbestreitbare Faktum, daß die NS-Ideologie essentiell (wesentlich) antibolschewistisch war.

In ihr wurde das erklärte Ziel einer kommunistisch-bolschewistischen Weltrevolution mit der vermeintlichen Bedrohung durch eine angebliche „jüdische Weltverschwörung“ verquickt. Auch solche Verschwörungstheorien entschuldigen den brutalen Massenmord an unbescholtenen Menschen nicht. Auch die Erklärung von Chaim Weizmann, dem damaligen Chef der Jewish Agency — die niemals eine Kriegserklärung im völkerrechtlichen Sinne sein konnte — entschuldigen diese ungeheuren und schwere Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes erfolgten, nicht. Aber eine sachliche Analyse muß selbst auch den irrationalen Fanatismus mit rationalen Kategorien zu erklären versuchen, wenn sie wissenschaftlichen Kriterien standhalten soll. Hier liegt aber auch das ständige Ungenügen an solchen Interpretationen. Und ebenso enthält der Hinweis auf vorausgegangene politisch-ideologisch motivierte Massenmorde der stalinistischen Sowjetunion oder in anderen Staaten bis in die letzten Jahre hinein keine Verharmlosung des Nationalsozialismus, sondern stellt einen bisher im Westen zu wenig beachteten Faktor dar — eine Tatsache.

An dieser Stelle muß noch einmal festgehalten werden, daß die Aussagen von Professor Nolte keine Entschuldigung für die NS-Verbrechen sind. Im strengen Sinne sind die Verbrechen singulär (vereinzelt) — das ist eine Banalität. Trotzdem sind Vergleiche möglich. Aber gerade hier läßt Professor Habermas nach meiner Auffassung seine politischen Motive sehr deutlich erkennen und mißt Verbrechen mit zweierlei Maß. Gegen Nolte wendet er unter anderem ein, er vergleiche den Massenmord an Juden mit der — so wörtlich „Vertreibung der Kulaken durch Stalin“. Bei dieser vermeintlichen „Vertreibung“ handelte es sich tatsächlich nicht „nur“ um Deportationen, sondern — wie hier bereits ausgeführt — um einen durch die Staatspartei der Sowjetunion organisierten Massenmord, der besonderen Liquidierungskommandos übertragen wurde. Diese Ermordeten waren Bauern, die auf dem XV. Parteitag der KPdSU zu „Ausbeutern und Volksfeinden“ erklärt wurden. Jeder kritische Leser sieht, wer hier und was hier verharmlost wird. Der durch die kommunistische Ideologie motivierte Mord wird von Habermas als „Vertreibung“ dargestellt und sichert sich dadurch schon sprachlich die Unvereinbarkeit. Mit dieser Form der Geschichtsklitterung kann man sich allerdings jeglicher Analogie entziehen — auch wenn dies auf Kosten von Moral, Ethik und Geschichte geht. Wir alle müssen unsere geschichtliche Vergangenheit voll und ganz in sachlicher, wahrheitsgemäßer Form aufarbeiten und bewältigen — frei von jeder Ideologie. Dies darf jedoch nicht zu Lasten unserer abendländisch-christlichen und humanitären Wertvorstellungen geschehen. Auch nicht durch eine mehr als durchsichtige fehlerhafte und einseitige Interpretation unserer jüngsten Vergangenheit, die zur Zeit mit Nachdruck von den verschiedenen Kreisen im In- und Ausland betrieben wird.

In der DDR druckte in Heft 3/1988 — S. 543 bis 551 — die Zeitschrift „Sinn und Form“ erstmals einen Bericht über die Verbrechen Stalins ab, der uns alle aufhorchen lassen sollte. Leider sind die Veröffentlichungen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst noch sehr spärlich und lassen auch die Explosivität dieser Veröffentlichung nicht ahnen. Es handelt sich hierbei um ein unter Verschluss gehaltenes Manuskript des im Jahre 1959 verstorbenen Schriftstellers und ehemaligen DDR-Kultusministers Johannes Becher. Dieses Ma-

nuskript ist nach der Rede Chruschtschows vor dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1965 geschrieben worden. In einer einleitenden Bemerkung in „Sinn und Form“ zu diesem Aufsatz von Becher — er war Gründungsmitglied der Akademie der Künste und verfaßte den Text der Nationalhymne der DDR — wird darauf hingewiesen, daß Becher, nachdem er im Juni 1956 das Manuskript dem Ostberliner Aufbau-Verlag übergeben hatte, nachträglich aus den Fahnenkorrekturen sieben Absätze streichen ließ. Becher räumt in seinem Artikel ein, daß er seinerzeit Stalin wie keinen anderen Lebenden verehrt und diesen Mann „für ein Genie der Menschheit gehalten habe“. Doch möchte er auch nicht verschweigen, daß er in demselben Maße, wie er Stalin verehrte und liebte, auch von Grauen angesichts gewisser Vorgänge, die er in der Sowjetunion erlebt habe, ergriffen worden sei. Er könne sich auch nicht damit herausreden, daß er davon nichts gewußt habe. Er habe nicht nur gehäht, sondern gewußt, schreibt Becher. Sich selbst macht Becher zum Vorwurf, daß er keinen Finger gerührt habe. Er beichtet öffentlich: „Ich muß nicht mehr schweigen. Ich brauche nicht das Gefühl zu haben, weiterhin mitschuldig zu werden, dadurch, daß ich schweige. Es gilt nur die Sprache zu finden, um all das Ungeheuerliche beredt zu machen und wiedergutzumachen, was ich durch Schweigen mitverschuldet habe.“

Becher qualifiziert die Verbrechen der Stalinzeit als die Jahrhunderttragödie. Die moderne (sozialistische) Tragödie zeige sich darin, daß Menschen, die dasselbe wollten, in einen tödlichen Widerspruch verstrickt worden seien. Das Entsetzen über die Verbrechen Stalins habe gewissermaßen eine neutrale, abstrakte Gestalt angenommen, ein Jenseits von Gut und Böse. „Darüber spricht man nicht“, habe die unausgesprochene Regel gelautet, die man auch als „unsere gesellschaftliche Heuchelei“ bezeichnen könne, vermerkt Becher und weist in diesem Zusammenhang auf das marxistisch-leninistische Geschichtsdogma von der Zwangsläufigkeit des historischen Prozesses hin. Das Geschehen der Stalin-Zeit sei als eine geschichtlich unausweichliche Notwendigkeit, als etwas empfunden worden, das dem eigenen Willen entzogen sei.

In seinen Schlußbetrachtungen versucht Becher die Konsequenzen aus den Verbrechen Stalins für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu ziehen. Der Grundirrtum seines eigenen Lebens habe in der Annahme bestanden, daß der Sozialismus die menschliche Tragödie beende. In diesem Grundirrtum offenbare sich einerseits eine gleichsam kleinbürgerliche, spießerhafte idyllische Auffassung des Sozialismus und andererseits das nur allzu beflissene Bestreben, das sozialistische Experiment, wie es sich in seiner aktuellen Wirklichkeit darbiete, mit einer Apologetik zu umgeben. Das Gegenteil sei aber, wie sich gezeigt habe, der Fall. Man müsse daher diese ungeheuerliche Tatsache zur Kenntnis nehmen und bemüht sein, daraus die Folgerungen zu ziehen. Es sei so, als habe mit dem Sozialismus die menschliche Tragödie mit einer neuen Form ihren Anfang genommen, und zwar in einer bisher ungeahnten Weise. Im Sozialismus habe sich die menschliche Tragödie gleichsam selbst überstiegen. Es werde daher keineswegs eine „frohe Zukunft“ geben, wie es allgemein heiße, sondern es werde ein Zeitalter entstehen, dessen tragischer Gehalt mit keinem der vorhergehenden vergleichbar sei. Wer vom Sozialis-

mus als von einem Glück für alle träume, der werde furchtbar in dem Sinne belehrt, daß die sozialistische Ordnung Menschen hervorbringe, „die aufs Ganze gehen“. Der letzte Teil der Schlußbetrachtungen Bechers hat eine ausgesprochene Aktualitätsbezogenheit auf die derzeitige Situation in der DDR. Zum Grundirrtum gehöre auch — so Becher — die Ansicht, daß der Sozialismus oder auch der Kommunismus Veränderungen revolutionärer Art von vorneherein ausschlosse und Meinungsverschiedenheiten nur in „akademischer Form“ ausgetragen würde. Es könne sich jedoch „auch in unserem neuen Gesellschaftssystem“ die Möglichkeit einer Entartung und die Notwendigkeit ergeben, diese zu beseitigen, „gegebenenfalls unter Anwendung von Druckmitteln“. Diese Aussagen — vom Westen weitgehend unbeobachtet — sind in ihrer Sprengkraft heute noch nicht zu übersehen. Sie zwingen jedoch die bundesdeutsche Öffentlichkeit und die Historiker, ihre Ansichten über Stalin und den Stalinismus ernsthaft zu überprüfen und kritischer zu betrachten. Die Behandlungen dieser geschichtlichen Zusammenhänge sind in unserer Gesellschaft auch heute noch eine Problematik und voller Spannungen — bei der es auch um Geschichte und Wahrheit geht.

Als der führende Kölner Historiker Professor Andreas Hillgruber im Frühjahr 1986 die sachlich richtige Feststellung traf, daß 1944/45 der Versuch, die damalige Ostfront vor der anstürmenden Roten Armee zu halten, zwar den Krieg verlängerte, aber zugleich Millionen deutscher Zivilisten das Überleben und die Flucht ermöglicht habe, war das für alle, die damals an der Ostfront dabei gewesen waren, nichts Besonderes. Sie bekamen nach meiner Auffassung eine schon längst fällige subjektiv-ethische Berechtigung ihres damaligen Durchhaltens attestiert. Um so erstaunter mußte man — und das ging weit über den Kreis der Betroffenen hinaus — sein, als der Frankfurter Philosoph Professor Jürgen Habermas in einem Zeitungsaufsatz in der „Zeit“ vom 11. Juli 1986 nicht nur Professor Hillgruber, sondern mit ihm noch mindestens drei weitere Historiker — die Professoren Ernst Nolte, Klaus Hildebrandt und Michael Stürmer — bezichtigte, in der bundesdeutschen Zeitgeschichte eine „Wende“ herbeiführen zu wollen. Damit — so Habermas — sollten die Untaten des Dritten Reiches verteidigt werden, an denen auch — für Habermas selbstverständlich — die Wehrmacht beteiligt war. Der hieraus entstandene Streit muß als eine fundamentale Auseinandersetzung über wissenschaftliche, politische und ethische Grundwerte — also auch über Wahrheit und Geschichte — verstanden werden. Hierbei geht es aber auch um die Selbstachtung und das Selbstverständnis des deutschen Volkes und der deutschen Nation. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen die Aussagen von Becher betrachtet werden. Auch heute noch breitet sich dieser Streit auf dem Rücken der ehemaligen deutschen Wehrmacht weiter aus. In der „Zeit“ vom 1. Juli 1988 berichtet Rolf-Dieter Müller, ein Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg/Breisgau, daß es bei diesem Krieg gegen Rußland um die Vernichtung des östlichen Nachbarn und um die Auslöschung des russischen Volkes gegangen sei. Vieles — so Müller — deute darauf hin, daß dem russischen Volk ein ähnliches Schicksal zgedacht war wie dem jüdischen — der Holocaust. Müller sagt in diesem Zusammenhang, daß die wissenschaftlichen Fragen längst beantwortet seien und es jetzt um die politischen Schlußfolgerungen gehe.

Dadurch wird meines Erachtens die gesamte deutsche Wehrmacht in die eindeutige Nähe der KZ-Verbrecher gerückt mit einer Aussage, die nach meiner Auffassung den Historiker und nicht die Wehrmacht disqualifiziert. Hier scheint mir Müller die Wissenschaft zu verlassen und den Weg in die politische Deutung angetreten zu haben. In der „Zeit“ vom 8. Juli 1988 analysiert der Historiker Wolfram Wette die Ursachen und Hintergründe der sogenannten „Verteidigungslügen“ und stellt fest, daß die Mär vom deutschen Präventivkrieg gegen Rußland neu belebt werde. In diesem Zusammenhang spricht Wette von Äußerungen konservativer Historiker und von Exotenmeinungen und argumentiert — nach meiner Meinung völlig unsachlich und sehr tendenziös —, daß Günter Gillessen in einem Leitartikel der FAZ eine Art politischer Gleichsetzung beider Regime vornimmt, die er völlig ablehnt. Man darf gespannt darauf sein, wie Herr Wette auf die Ausführungen von Becher reagiert, der die Verbrechen von Stalin als die Jahrhunderttragödie qualifiziert. Will er wirklich diesem führenden Kommunisten, Wissenschaftler und ehemaligen Kulturminister der DDR widersprechen und seine Aussagen relativieren? Sie müssen auch von unseren bundesdeutschen Historikern ernst genommen werden. Herr Wette will die deutsche Geschichte von Friedrich dem Großen über Bismarck bis Hitler neu schreiben, ohne auf das Verhalten der anderen europäischen Staaten einzugehen. Wenn man seinen Artikel in der Zeit liest, bekommt man den Eindruck, daß wir schon seit Jahrhunderten immer den Krieg gewollt haben — alle anderen Staaten in Europa waren ja so friedliebend.

Herr Wette spricht in seinem Aufsatz viel von Propaganda zu Beginn des Rußlandfeldzuges, der von den Nazis propagandistisch vorbereitet wurde. Das stimmt — aber es stimmt auch, daß bereits im Jahre 1940 sich deutsche Generalstabsoffiziere — als in Polen Landwehreinheiten kaserniert waren — erhebliche Sorgen über den damals stattfindenden Aufmarsch der Roten Armee machten. Im August 1940 standen dort auf russischer Seite rund 70 kriegsstarke Divisionen und ca. 30 Panzer-Brigaden. Die Landwehr-Verbände waren durch Teile einer Kavallerie-Division verstärkt worden. Angriffspläne der Russen sind aber auch von unseren ehemaligen Gegnern — z.B. im Frühjahr 1983 in einem Artikel in „The Journal of Historical Review/USA“ — bestätigt worden. Danach hat Stalin Anfang Mai 1941 bei einem Bankett für Mitglieder des Polit-Büros und eine große Anzahl hochrangiger Offiziere sich damit gebrüstet, daß der Nichtangriffspakt, den er im August 1939 mit von Ribbentrop abgeschlossen hatte, lediglich ein Täuschungsakt gewesen sei — von unserer Seite ja wohl auch. Bis jetzt habe die Sowjetunion allein auf diplomatischem Wege, ohne einen Schuß abfeuern zu müssen, Karelien, Ruthenien, Bessarabien, die Nord-Bukowina, Estland, Lettland, Litauen und einen Teil Polens bekommen und andere Vorteile erreicht. Doch nun sei es an der Zeit, das russische Volk für einen Aggressionskrieg bereit zu machen. Nur mittels Krieg sei weiteres Territorium zu erobern. Die eigentliche Rüstungsproduktion sei so zufriedenstellend, daß ein Krieg gegen Deutschland jederzeit innerhalb der nächsten Monate beginnen könne.

Darüber hinaus werfen einige vor kurzem erschienene Werke, etwa die Biographie von Sergej Fröhlich über General Wlassow sowie ein Buch von Nikolai Tolstoy, ein deutlich anderes Licht auf die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion, als sie gemeinhin als Reak-

tion auf die politischen Spannungen mit Deutschland 1940/41 hingestellt werden. Der Aufbau einer Schwer- und Rüstungsindustrie in der Ukraine, an der Wolga — Stalingrad — und in Zentralrußland — Gorkiy, die bereits 1929/30 mit großzügiger Unterstützung amerikanischer Konzerne ins Leben gerufen wurde, beweist zwar nicht die Angriffsabsichten Stalins gegen Deutschland, bezogen auf ein konkretes Datum, läßt aber sehr wohl den Schluß zu, daß die sowjetische Führung bereits zu Beginn der 30er Jahre einen Streitkräfteumfang anstrebte, der weit über ein reines Verteidigungsinstrument hinausging. Ein sehr hoher Stellenwert kommt dem Aufmarsch der sowjetischen Streitkräfte im Jahre 1941 — vor Kriegsausbruch — zu. Die Zahlenangaben von 183 oder auch „nur“ 170 Divisionen unter Ausnutzung sowjetischer Lagekarten in den vier westlichen Militärbezirken zeigen zwar das Ausmaß der sowjetischen Kräfteentfaltung, lassen aber für sich allein genommen nicht den Nachweis zu, daß die sowjetische Führung im Juni 1941 Angriffsabsichten hegte. Viel aufschlußreicher ist hingegen die relativ grenznahe Dislozierung der zahlreichen mechanisierten Korps und der Kavalleriedivisionen. Allein von den sieben mechanisierten Korps des Westlichen Besonderen Militärbezirks lagen vier in Grenznähe — zwischen 20 und 60 Kilometer; von den acht mechanisierten Korps im Kiewer Besonderen Militärbezirk waren sogar fünf Korps mit der Masse in einer Entfernung von 30 bis 80 Kilometer von der Grenze stationiert. Ebenso bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß sich je drei mechanisierte Korps in deutlich exponierten Frontvorsprüngen — Frontbogen von Bialystok beziehungsweise Lemberg — befanden. Auch dem nicht in Fragen des operativen Generalstabsdienstes geschulten Militärhistoriker mußte hierbei auffallen, daß sich eine solch vorgeschobene Massierung von mechanisierten Kräften viel eher zum Angriff auf operativer Ebene als zur Verteidigung eignet. Insbesondere die in der westlichen Ukraine und in Bessarabien aufmarschierten Verbände boten sehr günstige Voraussetzungen für einen umfassenden Angriff auf Rumänien. Andererseits bot die Dislozierung der mechanisierten Kräfte — falls sie nur der Verteidigung dienen sollten — derartige große Nachteile, daß sie im Falle eines gegnerischen Präventivangriffs leicht Gefahr liefen, durch doppelseitige Umfassung eingekesselt zu werden. Daß es den deutschen Angriffstruppen tatsächlich rasch gelang, die Masse dieser mechanisierten Korps einzukesseln und aufzureiben, spricht nicht für den Defensivcharakter des sowjetischen Aufmarsches, sondern für die Unfähigkeit der sowjetischen operativen Führung in der Anfangsphase des Feldzuges. Auch bei den sowjetischen Fliegerverbänden, die mit ca. 5 400 Frontflugzeugen in den westlichen Militärbezirken der deutschen Luftwaffe an der Ostfront zahlenmäßig weit überlegen waren, bot die Dislozierung ein Bild, das über einen Defensivaufmarsch weit hinausgeht, insbesondere in der übermäßigen Belegung der grenznahen Flugplätze. Diese Umstände zusammengenommen widersprechen der Behauptung, daß die militärischen Vorbereitungsmaßnahmen der Sowjetunion nur der Verteidigung gedient hätten. Hiermit soll nicht der Nachweis für den unumstößlichen Entschluß Stalins zum Angriff auf das Deutsche Reich geführt werden, sondern deutlich gemacht werden, daß der sowjetische Aufmarsch in den westlichen Militärbezirken auch offensive Komponenten besaß.

Bekanntlich besteht die Schwierigkeit einer seriösen Geschichtsschreibung darin, die historische Wahrheit möglichst in allen erkennbaren Einzelheiten aufzuspüren und sie hierauf zu vereinfachen, daß sie einerseits dem Leser zum Nutzen dient, andererseits keiner unzulässigen Verkürzung unterworfen wird. Konzentriert sich der Historiker zu sehr auf die Anschaulichkeit, kann er zwar eine fesselnde „Geschichte“ liefern, läuft aber Gefahr, die Sorgfaltspflicht im Umgang mit Daten und Fakten zu vernachlässigen. Wählt er hingegen den Weg der puren „Wissenschaftlichkeit“, muß er der Gefahr entgehen, nur von seinen Kollegen gelesen zu werden. Man hat den Vertretern der Zeit- und Militärgeschichte vorgeworfen, mehrheitlich den zweitgenannten Weg gegangen zu sein und damit dem breiten Publikum wenig Hilfe bei der „Bewältigung der Vergangenheit“ gewährt zu haben. Es nimmt daher nicht wunder, wenn sich in der deutschsprachigen Fachwelt Kontroverse an Kontroverse reiht, die zwar die Vielzahl von fachlichen Stellungnahmen vermehrt, die breite Leserschicht jedoch mehr oder minder unberührt läßt. Wen wundert es da, wenn Publizisten und Journalisten diese Lücke ausnützen und dem Publikum dasjenige anbieten, das verstanden wird, das, kurzum, die Gnade der Vereinfachung besitzt? Hierbei stellt sich immer wieder die Frage, ob dies jedoch auch immer die Wahrheit ist. Der nach der historischen Wahrheit strebende Historiker muß sich zwei Grundsätzen verpflichtet fühlen: Erstens der Bereitschaft, bisherige Forschungsergebnisse einer Überprüfung zu unterziehen und im jeweiligen Fall durch stichhaltige Erkenntnisse zu ersetzen, und zweitens der Selbstdisziplin, keine moralischen oder ethischen Urteile zu fällen. Der Historiker soll weder Richter noch Mahnapostel sein, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt. Man könnte annehmen, daß diese These auch für Militärgeschichtsschreibung uneingeschränkt Geltung besitzt, gewissermaßen eine zeitlos gültige Aussage darstellt. Nun zeigen jedoch die Vorkommnisse anläßlich des hier beschriebenen „Historikerstreits“ und der Veröffentlichung der vier Bände des Freiburger Werkes „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, daß manche Historiker weder dem ersten noch dem zweiten vordringend postulierten Grundsatz nachkommen. Es sei eingeräumt, daß es selbst dann schwierig ist, die geforderte Objektivität und Fairness zu wahren, wenn sich der Historiker strikt jeder Werturteile enthält. Gerade in der Zeitgeschichte tritt zutage, daß selbst bei peinlicher Beschränkung auf Daten, Fakten und Dokumenten allein schon die Auswahl der zu interpretierenden Dokumente eine tendenziöse, aussagekräftige Sichtweise schaffen kann. Um so mehr müßte also der Grundsatz gelten, nach neuen, erhellenden Dokumenten zu forschen und mit den vorhandenen sorgfältig umzugehen. Gleichzeitig abzulehnen wäre allerdings die Einstellung, neue Dokumente und Beweisstücke entweder gering zu schätzen oder sie einfach zu ignorieren, wie dies zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland geschieht. Gerade dies ist jedoch eine zwingende Notwendigkeit für jeden Militärhistoriker, der eine sachbezogene Aussage machen will — ohne jede ideologische Verbrämung.

Eine Kampagne gegen die Wehrmacht ist in den letzten Monaten erneut in Gang gesetzt worden. In ihrem Verlauf hat man sich nicht geschaut, Soldaten als „potentielle Mörder“ hinzustellen und den Deserteur als „Leitfigur“ aufzubauen. Vielerorts ist die Forderung

aufgestellt worden, das Andenken der Deserteure des letzten Krieges durch Denkmäler zu ehren. Das unverkennbare Ziel dieser Angriffe ist, die Wehrmacht als Ganzes, aber auch ihre Institution vor der Öffentlichkeit zu diffamieren und herabzuwürdigen. Die Wehrmacht wird als eine Gemeinschaft hingestellt, die von Verbrechen zu Verbrechen geschritten sei und als „verbrecherische Organisation“ bezeichnet werden müsse. Da sie angesichts einer solchen Vergangenheit als Trägerin überlieferungswürdiger soldatischer Werte nicht in Betracht kommen könne, scheide sie für die Neubestimmung dessen, was als soldatische Tradition zu gelten habe, generell aus. Als peinliche Erscheinung müsse die Wehrmacht gewissermaßen aus der deutschen Geschichte getilgt werden. Innerhalb dieses Diffamierungsprozesses, der sich gegen alles richtet, was mit der Wehrmacht in Verbindung gebracht werden kann, ist neuerdings der Schwerpunkt dieser Kampagne auf die Justiz der Wehrmacht verlagert worden. Man scheut sich nicht zu sagen, daß ihre Rechtsprechung noch schrecklicher als die des Volksgerichtshofes gewesen sei. Hinter dieser — wenn auch unhaltbaren — Einordnung steht das offensichtliche Ziel, die Wehrmachtsjudikatur mit dem Ruch des Verbrecherischen zu versehen. Im Nürnberger Prozeß wurden der deutsche Generalstab und das damalige Oberkommando der deutschen Wehrmacht als verbrecherische Organisationen angeklagt. Im Jahr 1946 erfolgte in diesen Punkten ein eindeutiger Freispruch durch das internationale Tribunal in Nürnberg. Nunmehr sind bestimmte Kräfte am Werk, diese geschichtliche Tatsache auf ihre Weise zu korrigieren. Was die Anklagevertretung damals nicht durchsetzen konnte, wollen deutsche Historiker nach 42 Jahren hier und heute mit ihrem Vorgehen erreichen. Die deutsche Wehrmacht soll als „verbrecherische Organisation“ wenigstens nachträglich in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges eingefügt werden. Im Falle des Gelingens könnte man sie dann endgültig als Traditionsfaktor ausschalten. Es ist aber erschreckend und äußerst bedauerlich, daß ein Teil dieser Angriffe von einer Institution der Bundeswehr selbst kommt, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg. Auch an dieser Stelle ist der Primat der Politik gefordert. Man sollte auch in Freiburg die Regeln der Geschichtsschreibung einhalten und auf jede Ideologie und Polemik die dazu noch völlig unwissenschaftlich ist, verzichten. Pluralismus ist auch in der Geschichte gefragt, aber nicht auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit. Darauf haben wir alle — auch die Soldaten — ein Recht.

Quellen:

- Johannes R. Becher, Betrachtungen in der Zeitschrift „Sinn und Form“, Ost-Berlin, 3/1988, Seite 543 ff.
Karl-W. Becker, Werte in der demokratischen Gesellschaft, Überlegungen zur Wertediskussion in der Bundesrepublik Deutschland, „Auftrag“ 163/164, Seite 34 ff., Bonn 1987
Hermann Bösch, Dr. Karl Sack im Widerstreit, Eine historische Studie, München 1988
Robert Conquet, The Great Terror, Stalin's Purge in the Thirties, London, 1969
Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Herausgeber: Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg, Band 1 bis 4, Stuttgart 1979 bis 1983
Der Kleine Brockhaus, Erster Band, Wiesbaden 1952
Hans Filbinger, Die geschmähte Generation, München 1988
Sergej Fröhlich, General Wlassow, Russen und Deutsche zwischen Hitler und Stalin, Köln 1987
Erich Helmdach, Täuschungen und Versäumnisse, Berg am See 1979
Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang, Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986
„Historikerstreit“, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987
Erich Schwinge, Verfälschung und Wahrheit — Das Bild der Wehrmachtsgerichtsbarkeit, Tübingen 1988
N. Tolstoy, Stalins Secret War, London/Sydney 1982
Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemisches Essay zum „Historikerstreit“, München 1988
Wolfram Wette, Verteidigungslügen, „Die Zeit“, Nr. 28, Hamburg, 8. Juli 1988

Danke!

Den vielen Leserinnen und Lesern aus dem In- und Ausland, die zu den heiligen Tagen und zum neuen Jahr der Redaktion Glück und Gottes Segen gewünscht haben, sei auf diesem Wege gedankt, da es nicht möglich ist, alle Post zu beantworten. Wir erhoffen auch für Sie den Beistand der Liebe aus Seiner Hand.

Ihre Redaktion

Vor 40 Jahren

Soldaten für den Frieden!

Gedanken zur Wandlung eines Berufsbildes

Das Bild des Soldaten schwankt in der Geschichte. Zeiten einer Verherrlichung folgten solche, in denen der Soldat zu den Ausgestoßenen der Gesellschaft gehörte. Allenfalls noch sehr hohe Dienstgrade, Oberste, Generale, Feldmarschälle, galten etwas. Es gab aber auch Jahrhunderte, da wurde der unbekannte Soldat hoch geehrt und der Feldmarschall gehenkt. Auf Verteufelung folgten Lob und Ruhm.

Dem „Dulce et decorum est pro patria mori“ (Horaz) — „süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben“ — stand gegenüber „Hunde wollt ihr ewig leben?!“ (angeblich Ausspruch Friedrichs II. von Preußen).

Die Aufgaben für den Soldaten wandelten sich ebenfalls im Laufe der Zeiten.

In der Vorzeit

In den ersten Zeiten der Geschichte der Menschen, als sie noch Jäger waren und der Mann für den Fleischvorrat der Familie/Sippe, für die Jagd zuständig war, trug er Waffen. In späteren Zeitläufen waren die Männer als Hirten auch die Hüter der Herden und damit ebenfalls bewaffnet. Zur Völkerwanderung war der Mann der Kämpfer. Er mußte für den neuen Lebensraum sorgen.

Jagen, hüten, kämpfen waren Aufgaben, die dem Mann im Laufe der Geschichte zufielen.

Als die Menschen sesshaft wurden, war einstens jeder freie Mann zum Tragen der Waffen berechtigt und auch verpflichtet. Es war seine Aufgabe, Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen. Und von den alten Germanen behaupten Schriftsteller, daß auch ihre Frauen in der Not in den Kampf eingriffen.

Zur Staatengründung

Es folgte die Zeit, da sich die Menschen in Staaten organisierten. Staaten sind kein Selbstzweck. Sie sind entstanden aus einer Art Schutzgemeinschaft für ihre Bürger.

Man begab sich in den Schutz einer Gemeinschaft, zunächst der „Polis“, der Stadt, dann der Region. Und diese Gemeinschaft teilte dann die Arbeit in Sektionen — Stände — auf, in Bauern, Handwerker, Händler und Soldaten. Da die Soldaten ihr Produkt „Sicherheit“ nicht verkaufen konnten wie der Bauer die Früchte des Feldes oder der Handwerker den Schrank, der Händler sein Tuch usw., erhielt der Soldat einen „Sold“. Daraus prägte sich dann sein Name.

Je mehr die Organisation der Städte zu Staaten wuchs, um so mehr nahmen die Konfliktquellen zu. Eine Stadt wie Athen, die keine nennenswerte Landwirtschaft hatte, brauchte man nur vom Hinterland, von den Bauern, von den Handelswegen abschneiden, und schon war sie besiegt.

So warb man Heere an, die Schutz gegen Geld garantieren sollten. Aus den Stadtwächtern, aus den Stadtschützern wurden „Söldner“.

Diese Söldner, gut trainiert und meist auch ausreichend bezahlt, versuchten zuweilen, auch ein politisches „Eigenleben“ zu entwickeln. Dann aber sah es um den Staat schlecht aus. Meist aber gelang es, die Soldaten zu zügeln. Da sie relativ „teuer“ waren, wurden sie oft mehr als Abschreck- und Drohgebärde eingesetzt. So erklären sich oft jahrelange Kriege, in denen vielleicht einmal eine Schlacht — die zudem bei Dunkelheit abgebrochen wurde — stattfand. Die Soldaten mußten vor allem gut marschieren können, damit die Feldherren sie immer dort erscheinen lassen konnten, wo es dem Gegner unangenehm sein mußte.

Alexander der Große setzte erstmals im Abendland seine Militärmacht zur Eroberung eines großen Reiches gezielt ein.

Aber es zerfiel im gleichen Augenblick, da der politische Wille des Königs durch seinen Tod ausfiel.

Die Römer schließlich waren es, die ihre militärischen Kräfte zur politischen Durchsetzung ihrer weiträumigen Ziele über Jahrhunderte mit Erfolg einsetzten.

Roms Soldaten bauten in unwahrscheinlich kurzer Zeit (damals) ein Weltreich auf. Entscheidend aber war nicht, daß Soldaten, sondern wie diese eingesetzt wurden. Der politische Wille stand hinter der soldatischen Macht. Nicht zuletzt wird diese Situation deutlich um die Geburt Christi. Die Steuerschätzung ist die Aufgabe, deren Durchführung die Soldaten zu schützen und durchzusetzen hatten. Der politische Wille Roms, das „Gesetz Roms“, aber war die Kraft, die die Völker zusammenhielt, die Soldaten waren die Klammer, die die Politiker dazu benutzten.

Im Niedergang

Anders wurde es in jener Zeit, als die Soldatenkaiser das Tun bestimmten, als die politischen Kräfte vorwiegend ihre „Aufgabe“ darin sahen, dem Wahlvolk Wohlleben und Spiele zu garantieren. Der Vergleich mit mancher Militärdiktatur in heutiger Zeit drängt sich auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Soldaten sich vielfach nicht in den Staat drängten, sondern von Politikern als letztes Mittel gerufen wurden. Es ist daher nicht erstaunlich, daß auch hochbegabte militärische Führer oftmals den „politischen Instinkt“ nicht hatten oder ihn sogar verloren.

Vom Mittelalter zur Neuzeit

Der Zeit, da die Söldner für ihre Stadt oder ihren König, den Landesherren, das Leben einsetzten, wurde eines Tages abgelöst durch die demokratische Gestaltung der Staatswesen. Nun gelang es, die Massen zu mobilisieren. Ein Hauch der alten Schutzeigenschaften, die die Schützen ausgezeichnet hatte, wurde wieder lebendig. Die „Levée en masse“ der französischen Revolution ist die Keimzelle der Heere in den demokratischen Staaten.

„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“, konnte Theodor Körner singen. Ja, man glaubte, daß Gott dem Volk, das in gerechter Notwehr aufbrach, den Sieg verleihen würde. So wurde der Soldat der Freiheitsheld des 19. Jahrhunderts. Der Soldat war es, der unter Napoleon die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit den von Königen beherrschten Völkern brachte.

Und der „gerechte Zorn“ der Völker stürzte Napoleon, als dieser seine Maße überschritt. Geschickt politisch eingesetzt, brachte der Soldat dem relativ unbedeutenden Preußen dann eine übergroße Rolle. Und wieder verdarb das Augenmaß die Chance, die die politischen Gegebenheiten boten. Man verwechselte Politik und Macht. Politik, als Kunst des Möglichen umschrieben, wurde zurückgesetzt zugunsten der Macht zur Durchsetzung des Unmöglichen. Der Soldat war — vielleicht neben den Finanzleuten — der bevorzugte und umworbene Mann. Die Beschränkung und auch (weise) Selbstbeschränkung auf das Militärische verdarb den Blick für das Politische.

Und so wurde der Soldat Opfer der Unfähigkeit der Regierenden, Konflikte — auch damals schon — mit Diplomatie und Rechtsmitteln zu bereinigen.

Der wenig bravouröse Abgang der deutschen Fürstenhäuser nach dem ersten Weltkrieg gab dann den Soldaten noch einmal eine Rolle als Hüter der Ordnung, als stabilisierendes Element, als letzter Helfer in der Not.

Neueste Zeit

Und auch hier entstanden politische Freiräume, die durch Soldaten ausgefüllt werden mußten. Dabei zeigte sich der Grundfehler, wenn man Politik durch Einsatz von Macht ersetzt. Die junge Republik hatte noch jahrelang unter den Folgen soldatischer Freikorps-tätigkeit zu leiden. Ein Teil dieser militanten Strukturen setzte sich dann unter ziviler Tarnung in Gruppierungen wie SA und SS — aber auch unter deutschnationalen Vorzeichen — fort.

Es kann in dieser kurzen Darstellung nicht auf Schuld und Mitschuld eingegangen werden. Aber man muß doch berücksichtigen, daß Fehler von allen Seiten gemacht wurden. Eines der größten Übel war, daß man Formen, die im militärischen Bereich sinnvoll waren und auch noch sind, auf zivile Strukturen zu übertragen bemüht war. So entstand der vorwiegend deutsche Militarismus.

Da diese — auch gedankliche — Sünde viele Bereiche des Volkes durchzog, hatte es die Demokratie — zusätzlich zu ihrer Gründungsbelastung „Folge des verlorenen Krieges“ — sehr schwer. Gegen politische Kampfverbände mit ihrem pseudomilitärischen Gehabe kann ein demokratischer Staat nur mit Härte durchgreifen. Und dazu konnte man sich nur schwer und dann zu spät entschließen. Man hoffte zum Teil auf die Integrationskraft des „Soldaten“ Feldmarschall Hindenburg.

Doch auch er wurde von rechten und linken „Kampfverbänden“ ausgetrickst.

Das 100000-Mann-Heer der Reichswehr stand bewußt unpolitisch abseits. Auch hier wäre eine ausführliche Darstellung notwendig.

Insgesamt hatte die Reichswehr einen sehr guten Ruf als tüchtige, gut ausgebildete Truppe, und das Offizierkorps galt bis weit in die NS-Zeit hinein — zumindest in Teilen — als Zuflucht für Recht und Ordnung, für Anstand und Sitte. Dennoch, demokratisch in der Gesinnung war man hier nicht. Aber man war loyal. Ingeheim träumten viele von einer Art konstitutioneller Monarchie.

So wurde das Soldatentum auf der einen Seite mißbraucht, auf der anderen gebraucht und respektiert.

Nach dem Zusammenbruch

Nach dem fürchterlichen Zusammenbruch des sogenannten Dritten Reiches war der Soldat Opfer und verachteter Täter zugleich. Ihm wurde angelastet, was die Politik heraufbeschworen hatte. Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß der Soldat — insbesondere in Führungskreisen, zum Teil in falschverstandenen Gehorsam — an der Ausbreitung der Macht Hitlers Mitschuld getragen hat. Nur ist es die Frage, wer hatte damals schon Erfahrung im Umgang mit Diktatoren? Und wenn man die Reihe älterer Diktaturen betrachtet, dann war keine so grausam und menschenverachtend wie eben die des Nationalsozialismus.

Es ist die große Tragik, daß nur wenige Deutsche das „Spiel“ Hitlers und seiner Palladine durchschauten.

Man war sich einfach nicht darüber klar, wie eine Diktatur ausarten kann, wenn sie mit deutscher Perfektion ausgeübt wird.

Hinzukommt, daß mancher potentieller Widerstand gegen das NS-Regime durch die politischen und wirtschaftlichen Anfangserfolge — oft auch durch Mithilfe des Auslandes zustande gekommen — gar nicht erst aufkam.

Doch diese Betrachtungen sind nur ein völlig ungenügender Aufriß des Hintergrundes, vor dem das Bild des Soldaten ins Negative verwandelt wurde.

In den Ländern, die gegen uns im Krieg gestanden hatten, galt der Soldat als Held, der die Befreiung von einer „Pest politischer und moralischer Unkultur“ bewerkstelligt hatte.

Er wurde und wird geehrt, aber man verherrlicht ihn nicht. Eigenwillige Feldherren (Mac Arthur) berief man ab, wenn sie sich nicht an politische Richtlinien hielten. Und die übrigen Soldaten kehrten ins zivile Leben zurück.

In Truppenverbänden werden alte Traditionen wachgehalten, aber sie werden nicht zur Weltanschauung.

So war es für die junge Bundesrepublik Deutschland außerordentlich schwer, erneut Soldaten zur Verteidigung zu berufen.

Dabei gelang eine Neuorientierung des soldatischen Bewußtseins, das der Urkonzeption der „Verteidigung von Haus und Hof“ entsprach: der Bürger in Uniform.

Der soldatische Auftrag lag nunmehr nicht mehr darin, Kriege zu führen, sondern Verteidigung möglich zu machen und daher potentielle Angreifer abzuhalten. Somit wurden Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung so verändert, daß es einfach nicht mehr möglich sein wird, Panzerschlachten an der Weichsel oder Wolga zu schlagen. Aber es muß alles getan werden, um einen möglichen Gegner bereits an der Grenze zum Einhalten zu zwingen. 1974 bereits hatte Walter Loch in dem von ihm bearbeiteten Buch „Wenn Soldaten Frieden sagen“, das die Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) darstellt, auf seinen Aufsatz „Soldat — Krieger-Schutzmann“ verwiesen. Dieser wurde im April 1970 im Organ der GKS (damals) „Unser Auftrag“, Heft 39, Seite 33 ff., veröffentlicht. In dieser Abhandlung wies er darauf hin, daß „der Soldat von heute eher Schutzmann (Schützer des Friedens) als Krieger“ sei. Diese These wurde damals heftig diskutiert, und sie beeinflusste in der Folge die Arbeit der GKS für den Frieden wesentlich.

In der Welt erkannte man auch, daß die Idee des Friedensschutzes auch eine neue Auffassung von den Aufgaben des Soldaten zeigen müsse. 1949 wurden die ersten UNO-Soldaten, die „Blauhelme“, berufen.

Die Blauhelme

Sie haben nun den Friedensnobelpreis zum 40jährigen Bestehen erhalten. Damit wird auch vor aller Welt sichtbar, daß das Bild des Soldaten sich wandelt. Was haben diese Soldaten so anders gemacht? Zunächst einmal haben diese Blauhelme in ihren Heimatländern durchweg eine hervorragende Ausbildung erhalten. Dann kam der Ruf der UNO. Sie sollten streitende Parteien auseinanderhalten. Und sie haben das — leider in vielen Fällen mit eigenen Verlusten — durchweg geschafft, sie haben Frieden gestiftet.

Sie haben zwar meistens den Krieg *nur* verhindert, aber das ist auch schon eine große Leistung.

Sie sollen nicht schießen und sollen andere davon abhalten; sie sollen sich nicht tarnen — aber sie müssen wissen, wie man sich tarnt und was dahinter geschehen kann — sie sollen sichtbar sein; sie können und dürfen nicht schnell und hart durchgreifen, sondern sie müssen abwägen, verhandeln und überzeugen. Sie haben deutliche Signale gesetzt, und so hat heute die Truppe der Blauhelme einen guten Ruf.

Vielleicht ist ihre Entstehung nur mit der Einführung des „Roten Kreuzes“ zu vergleichen. Damals wurde die Kriegsführung zur Humanität gemahnt, heute ist der Friede aus Liebe zu den Menschen das Motiv für das Handeln dieser Männer unter der Flagge der UNO.

Der Redaktion liegen Berichte vor von Kameraden aus Österreich, die sich an vielen Orten der Welt um den Frieden bemüht haben. Es ist an der Zeit, ihre Erfahrungen auszuwerten. Dabei ist die Arbeit nicht leicht, denn einmal passen die neuen Erfahrungen einfach nicht in das alte Konzept eines Soldaten, der die Grundprinzipien Angriff, Verteidigung, hinhaltender Widerstand, aber auch Flucht und Niederlage kennt. Hier muß eine neue soldatische Formel gefunden werden. Der Schützer, der Helfer, der „Abatende“

vom Krieg, der Überzeugende (zum Frieden), der Einfühlsame und der Energische, das sind einige der Tugenden des Soldaten der Zukunft.

Nicht von der Hand zu weisen ist die Frage, ob das nicht eine Aufgabe für Diplomaten wäre.

Mitnichten, Diplomaten fehlt die Kenntnis der Kraft und der Stärke sowie die der Schwäche und Motivation.

Die Psyche kämpfender Soldaten, die nun auseinandergehalten werden müssen, ist ein besonders schwer zu verstehendes Spezialgebiet.

In Zukunft

Es wird sicherlich weiter Soldaten geben und geben müssen. „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges . . .“ (Js 2,4). Und dieser drohenden Gefahr muß der Soldat heute durch die Bewährung in zwei Aufgabenbereichen Herr zu werden versuchen. Er muß seinen Dienst als Dienst für die Sicherheit und Freiheit der Völker erkennen. (Vgl. Pastoral Konstitution Nr. 79). Er muß aktiv helfen, daß mehr Frieden wird. Dazu muß er sich informieren und orientieren. Letzte Orientierungshilfe aber gibt der Glaube. Und für die, die nicht glauben können und wollen, muß deutlich werden, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit (Liebe) keine Schlagworte sind, sondern Maximen, nach denen sich zu leben lohnt und die man auch mit gutem Gewissen verteidigen kann.

Wenn sich so der Soldat zum Beschützer des Lebens in allen Phasen wandelt, dann wird er eines Tages eine anerkannte Ordnungsfunktion in der Gesellschaft — in der Weltgesellschaft — haben.

Dank den Kameraden der UNO, die dieses Prinzip seit nunmehr 40 Jahren vorleben und mit ihrem Blut besiegelt haben.

H.F.

(Diese stark gekürzte Darlegung soll nur ein Anreiz zum Selbststudium sein.)

Verleihung des Friedens-Nobelpreises an die UN-Friedenstruppen

Michael Haubl

Am Samstag, dem 10. Oktober 1988 wurde in Oslo der diesjährige Friedens-Nobelpreis den im Rahmen friedenserhaltender Operationen der Vereinten Nationen eingesetzten Truppen verliehen. Das Nobelpreis-Komitee in Oslo meinte in seiner Begründung, die UN-Soldaten würden „unter extrem schwierigen Bedingungen zum Abbau der Spannungen überall dort beitragen, wo die Waffenruhe vereinbart, aber der Friede noch nicht erreicht worden sei“. In einer solchen Lage seien die Friedenstruppen „handgreiflicher Ausdruck für den Wunsch der Weltgemeinschaft nach Frieden durch Verhandlungen“.

Der Begriff „UN-Truppen“ wird zwar der Kürze wegen gerne gebraucht, ist aber eigentlich nicht ganz korrekt. Militärische Verbände, die durch die Vereinten Nationen zur Kontrolle von Konflikten bzw. zur Förderung einer friedlichen Lösung eingesetzt werden, sind ja nicht Truppen der Vereinten Nationen, sondern solche ihrer Mitgliedstaaten.

An den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen beteiligt sich Österreich, das bereits im Dezember des Jahres 1955 — dem Jahr des Staatsvertrages — den Vereinten Nationen beitrug, bereits seit 1960. Der Anschluß dazu ist damals von allen politischen Kräften getragen worden.

Von November 1960 bis zum Jahresende 1988 waren rund 26 000 österreichische Soldaten bei friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen eingesetzt, 24 Soldaten sind bei diesen Einsätzen gefallen.

Derzeit stellt Österreich das zweitgrößte Kontingent der UN-Truppen.

Die bisherigen Einsätze im Rahmen der folgenden friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen waren:

- Von November 1960 bis November 1963 Einsatz eines Feldlazaretts bei den United Nations Operations in the Congo (ONUC).
- Seit April 1964 im Rahmen der UN-Peacekeeping Force in Cyprus (UNIFCYP) — zunächst als Austrian Field Hospital (bis 1973), das dann als Medical Center noch bis April 1976 bestand.
- Von 1972 an bis heute erfolgt im Rahmen von UNIFCYP der Einsatz des Austrian Battalion an der „Green Line“, der Waffenstillstandslinie. (Von April 1964 bis Juli 1977 war auch die Austrian Civil Police, ein Kontingent der Bundespolizei, mit insgesamt 639 Polizisten in Zypern eingesetzt.)
- Seit Dezember 1967 sind österreichische Offiziere im Rahmen der UN-Truce Supervision Organization (UNTSO) im Nahen Osten im Einsatz.
- Von November 1973 bis Juni 1974 erfolgte der Einsatz österreichischer UN-Beobachter im Rahmen der United Nations Emergency Force (UNEF II) im Sinai.

- Seit Juni 1974 ist ein Austrian Battalion im Rahmen der United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) in Syrien stationiert, um das Gebiet zwischen dem Hermon und Quneitra zu überwachen.
- Von April 1988 bis heute sind österreichische Offiziere bei der United Nations Good Offices Mission in Afghanistan und Pakistan (UNGOMAP) tätig.
- Österreichische Offiziere werden auch zur Militärischen Beobachtergruppe der UN für Iran und Irak (UNIIMOG), die im August 1988 gebildet wurde, wie vorher zum UN Inspection Team (UNIT) herangezogen.

Österreichische Offiziere sind aber auch als Kommandanten und in Stabsfunktionen im Rahmen dieser Truppen tätig. So war etwa der heutige Armeekommandant General Johann Philipp von 1975 bis 1979 als Force Commander UNDOF, Generalmajor Dipl.-Ing. Günther Greindl ist noch bis Jahresende Force Commander UNIFCYP in Zypern, und Generalmajor Adolf Radauer ist der derzeitige Force Commander UNDOF in Syrien.

Wenn Österreich, gemessen an seiner Größe, einen relativ hohen Anteil an Personal für die friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen stellt, ist dafür auch die Erkenntnis maßgebend, daß Streitkräfte im Rahmen eines politischen Konzeptes wichtige Vorbedingungen für Friedensgespräche und in weiterer Folge für die Erhaltung bzw. Sicherung des Friedens schaffen können.

Seitens der AKS ist dankbar zu vermerken, daß es dem Militärordinariat bisher stets gelungen ist, die seelsorgliche Betreuung durch einen aktiven Militärpfarrer oder einen aus dem Stand der Miliz kommenden zivilen Geistlichen sicherzustellen. Die Betreuung der evangelischen Soldaten erfolgt von Wien aus. Zweimal im Jahr besteht die Möglichkeit, einen evangelischen Militärpfarrer für die Dauer eines Monats in den Nahen Osten zur seelsorglichen Betreuung zu entsenden. Es wird aber eine Verbesserung dahingehend angestrebt, Truppentransporte im Rahmen der Rotation dafür zu nutzen.

Grundgesetz 40 Jahre

Der parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des gleichen Jahres von demselben Gremium beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder mit einer Mehrheit von mehr als $\frac{2}{3}$ angenommen worden ist.

Damit und mit der Verkündung dieses Gesetzes trat für die Bundesrepublik ein neues demokratisches Gesetz in Kraft. Dieses Gesetz prägt wie kein anderes die junge Bundesrepublik Deutschland. Wenn auch seitdem viele kleine Änderungen durchgeführt wurden, so ist dennoch die Grundform des Gesetzes gewahrt geblieben.

Es hat sich in der Zeit der 40 Jahre des Bestehens der Bundesrepublik nicht nur als brauchbar sondern als hilfreich erwiesen. Deshalb wird dieses Gesetz und die sich daraus ergebenden Folgen im Jahresthema der GKS 1989/1990 behandelt (s. S. 77ff.).

Welfriedenstag 1989 — Köln

„Um Frieden zu schaffen, Minderheiten achten“

Mit diesem offiziellen Titel ist der Welfriedenstag 1989 vom Heiligen Vater überschrieben.

In seiner Botschaft zum 1. Januar hat unser Papst „die Frage der Minderheiten zur gemeinsamen Besinnung vorgelegt“.

In diesem Jahr ist es das 25. Jahr, daß, nach einer Initiative Papst Pauls VI., dieser Tag des Friedens in der Welt begangen wird.

Nun gibt es Zeitgenossen, denen dieser Tag nichts sagt. Ja es gibt — auch Wohlmeinende —, die behaupten, diese Feiern hätten sich totgelaufen. Erstens hätten wir ja Frieden, und das seit langer Zeit, und zum anderen gebe es zu diesem Thema nichts mehr zu sagen.

Bei der Rückfahrt von der Feier in Köln hielt mich ein Bauarbeiter an und fragte, was ich für einen Dienstgrad hätte und was denn heute los sei, es wären so viele Soldaten da. Ich erklärte ihm Dienstgrad und Anlaß. Sein neben ihm stehender etwas unrasierter Kumpel versuchte erst einige flapsige Bemerkungen — „ist Oberst, was Hohes“ —, lenkte dann aber auch ein und beteiligte sich sporadisch am Gespräch.

Zwei Fragen kehrten immer wieder — warum Soldaten, warum beten Soldaten für den Frieden?

Der Kumpel warf ein: „Wenn du die Bundeswehr abschaffst, dann haben wir 500 000 Arbeitslose mehr, und davon ist die Hälfte qualifizierter als du und ich, und dann stehen wir wieder draußen.“

Im Gespräch stellte sich nun heraus, daß der, der mich angesprochen hatte, früher beim BGS war, dann aber aus irgendeinem Grund ausgeschieden sei und nun eigentlich bessere Hilfsarbeit mache. Für die „Maloche“ verdiene er gut, aber er sehe nicht ein, daß nur studierte Stellen bekämen und gut verdienen würden.

Ein weiterer Punkt sei, daß Gorbatschow doch die Bedrohung abgebaut habe. Wofür dann um Frieden bitten?

Aus diesen kurzen Fragen ergab sich ein Bündel von Antworten. Ich versuchte klar zu machen, daß wir zwar in wenigen Monaten die längste Friedenszeit hätten, die Deutschland je gehabt hat. Aber wir hätten diese Zeit durch die Präsenz der Bundeswehr im Bündnis mit den Aliierten erreicht.

Die Ankündigungen Gorbatschows seien ein Hoffnungszeichen, aber die tatsächliche bedrohliche Überrüstung sei noch nicht abgebaut. Und wichtiger noch sei, daß in keiner kommunistischen Erklärung dem „Krieg als Mittel der Politik“ abgeschworen sei, wie das bei uns der Fall wäre. Wir könnten eben nur hoffen und *beten*, daß sich an dieser Auffassung bald etwas ändere.

So sei es — in meinen Augen — wichtig, daß Soldaten Gott um seinen Beistand bitten sollten.

Einwurf: „Wieviel waren denn da?“ Fast 3000, antwortete ich ihm. Füge hinzu, aber wichtiger noch als die Zahl sei, daß hier amerikanische, belgische, englische, französische, holländische, italienische und deutsche Soldaten gemeinsam gebetet hätten.

Einwurf des Kumpels: „Mer sollt doch mal wieder in de Kirch gehen!“

Weiter versuchte ich den beiden klarzumachen, daß gerade der Aspekt des diesjährigen Friedenstages „Minderheiten achten“ von Bedeutung für den Frieden sei. Es gebe doch in allen Gesellschaften Minderheiten. In manchen Gegenden gebe es rassische, kulturelle, religiöse, aber auch soziologische Unterschiede, Differenzen, die abgebaut werden müßten.

Der Sprecher warf ein, daß er vor einigen Tagen beim Bau in eine Matschpfütze gefallen sei. Als er sich dann versucht habe zu reinigen, sei er von Jugendlichen ausgelacht worden. Darauf hakte ich ein und sagte ihm, daß er da wohl das Gefühl der Minderheit hautnah erlebt habe. Aber er könne sich trösten, wir Soldaten kennen das Gefühl auch.

Beide antworteten — beinahe spontan: „Aber von uns nicht!“

Da mein Zug kam, konnte ich nur noch auf eines hinweisen, daß es ein Zeichen der Hoffnung sei, wenn Soldaten aus sieben Nationen, deren Väter im Krieg gegeneinander gestanden, sich nun im gemeinsamen Gebet für den Frieden zusammengefunden hätten. Wir wären glücklich, wenn eines Tages auch die Soldaten aus den Ostblockländern sich so frei im Gebet mit uns vereinigen könnten. Dann wären wir dem Frieden wieder ein Stück näher gekommen.

Mit Dank und guten Wünschen verabschiedeten sich zwei nachdenklich gewordene Bauarbeiter — und ließen einen ebenfalls Nachdenklichen zurück.

Der Friede ist tatsächlich mehr als nur die Abwesenheit von Krieg (vgl. Pastoralkonstitution, Gaudium et spes, 78). Friede ist ein dynamischer Prozeß.

Friede muß Qualitäten haben: Freiheit und Gerechtigkeit sind Teile eines umfassenderen Friedens.

Wenn der Papst in diesem Jahr die Minderheiten besonders benennt, dann stellt er dazu zwei Grundprinzipien auf:

- die Würde des Menschen,
- die Einheit des Menschengeschlechtes seit der Schöpfung.

Davon leitet er die Achtung und Wertschätzung vor jedem, also die Würde des Einzelnen ab.

Und aus der Einheit des Menschengeschlechtes ergibt sich die Aufgabe, die Verschiedenheiten der natürlichen Schöpfung anzunehmen und zu schützen.

Aus diesen Momenten ergebe sich, daß die verschiedenen Gaben durch konstruktive Entfaltung zur Bereicherung einer friedlichen Welt beitragen könnten und müßten.

Allerdings umreißt er auch — neben den Rechten — die Pflichten der Minderheiten.

Existenzrecht, Recht auf kulturelles Eigenleben und auf Religionsfreiheit seien Bausteine einer gerechteren Gesellschaft. Aber auch Minderheiten hätten Pflichten. Sie hätten sich ihren Mitgliedern gegenüber ebenfalls tolerant zu verhalten, und sie hätten keinesfalls das Recht, ihre Rechte oder Anschauungen mit Gewalt und Terror durchzusetzen.

Im Gegenteil, sie hätten die Pflicht, am Gemeinwohl aller Bürger auch des Landes, in dem sie lebten — mitzuwirken.

Zum Abschluß seiner Botschaft mahnt der Papst die Mitglieder der Kirche, keinerlei Diskriminierungen zuzulassen.

In diesem Sinne bat er, gemeinsam zu beten für alle Minderheiten, die in diesen Tagen in leidvoller Lage schwere Prüfungen zu bestehen hätten.

In Bonn sagte bei der Feier des Weltfriedenstages des Katholikenrates in der gut besuchten Münsterkirche der Weihbischof Dr. Klaus Dick, der noch als Regens des Priesterseminars „Albertinum“ dem Königsteiner Offizierkreis, dem Vorläufer der GKS, immer gastfreies Haus gewährt hatte, daß Gott nicht auf Größe, Schönheit, Geld oder Reichtum schaue, sondern auf das Herz. Und wenn man das Herz wiege, dann könne es keine Minderheiten geben, denn alle Menschen seines ausgerichtet auf Gott, den Schöpfer.

Der internationale Soldatengottesdienst in Köln

Seit 1976 besteht diese Tradition. Angeregt von der GKS, durch den Wehrbereichsdekan III Prälat Hermann-Josef Kusen an Kardinal Höffner herangetragen, wurde diese Veranstaltung prägend für die Feiern der GKS im Bundesgebiet.

Wenn man als Berichterstatter fast alle internationalen Soldatengottesdienste aus diesem Anlaß Köln besuchen konnte, dann werden zwei Dinge klar:

- Frieden hat so viele Facetten, die geschliffen werden müssen, wenn sie Glanz bekommen sollen. Damit kann man ahnen, wie unermesslich reich einmal der Friede sein wird, den Gott uns zu schenken versprochen hat.
- Man kann weder von der Besucherzahl noch von der Thematik Steigerungen oder Höhepunkte feststellen. Erfreulich und erstaunlich ist, daß es immer wieder so viele junge Soldaten sind, die zum heiligen Opfer kommen. Und Höhepunkte kann es nicht geben, weil der Höhepunkt vorgegeben ist im Opfer Jesu Christi. Der Glaube an die Real-Präsenz Christi ist der zentrale Punkt aller Feiern.

Unterschiedlich sind aber die Ausgestaltungen des Rahmens dieser Feier.

Es soll zunächst nicht vom Bischofswort gesprochen werden, sondern von den Dingen, die Dekan Kusen mit seinen Mitbrüdern und Laien als Gedanken eingebracht haben.

In diesem Jahr lag der Akzent auf Minderheiten. Dieser Gedanke kam in der musikalischen Umrahmung besonders zum Ausdruck.

„Havei adonai“ das Lied eines verfolgten Juden —, aus Psalm 97 — stimmungsgewaltig von Militärdekan Schwartzberg in hebräischer Sprache als Zwischengesang vorgetragen, rührte tief an.

Auch ganz junge Soldaten, die noch nie hebräisch gehört haben und die die Worte auch nicht verstanden, konnten sich diesem Sehnsuchtschrei nach der Rettung durch Gott nicht entziehen.

Die Gebete und Volksweisen deutscher Zigeuner zur Gabenbereitung hinterließen ebenfalls einen tiefen Eindruck von der Innerlichkeit der Aussagekraft einer Minderheit in unserem Volk.

Mahnend und sehnsuchtsgetragen war dann der Hoffnungs-Gospel „Swing low“. Er entstand bei den schwarzen Sklaven Amerikas.

Markus Reinhard (Köln) war mit seinem Ensemble der Träger dieser innerlichen Gesänge.

Die Soldatenschola konnte im liturgischen Teil auch ihren Anteil beitragen. Es ist beglückend, daß sich immer wieder junge Soldaten zu solchem Tun zusammenfinden.

Überwölbt wurde der musikalische Beitrag von Prof. Clemens Ganz, dem einfühlsamen Domorganisten an der Orgel des Domes zu Köln.

Das heilige Opfer wurde dargebracht vom Diözesanadministrator für das Erzbistum Köln, Weihbischof Dr. Hubert Luthé.

Konzelebranten waren amerikanische, belgische, britische, niederländische und deutsche Militärgeistliche, darunter der Militärgeneralvikar des Katholischen Militärbischofs, Prälat Dr. Ernst Niermann, und der amerikanische Bischofsvikar für Europa, Weihbischof John G. Nolan.

Teilnehmer am Gottesdienst: 2500 deutsche, belgische, britische, amerikanische und italienische Soldaten, sowie 300 Beamte des BGS.

Prominente Teilnehmer:

Generalleutnant Henning von Ondarza

Generalleutnant Dieter Clauss

Generalleutnant Walter Schmitz

Generalmajor Manfred Philipp

Generalleutnant Robert Cauchie

Inspekteur des Heeres

BMVg Abteilungsleiter „P“

Amtschef Luftwaffenamt

Befehlshaber Wehrbereich III

Oberbefehlshaber der belgischen Streitkräfte
in Deutschland

Wehrbeauftragter Willi Weiskirch

Stadtverordneter Heinrich Lohmer

Wehrbeauftragter des Dt. Bundestages

Rat der Stadt Köln

In seiner Predigt führte *Weihbischof Luthé* aus:

Ich bin sehr dankbar dafür, daß ich mit Ihnen diesen internationalen Soldatengottesdienst feiern darf; daß wir, aus Ländern und Völkern kommend, die sich vor viereinhalb Jahrzehnten noch feindlich gegenüberstanden, miteinander beten können, weil Jesus uns zu

Brüdern und Schwestern gemacht hat. Aber warum halten wir aus Anlaß des Weltfriedenstages hier im Hohen Dom zu Köln diesen Gottesdienst? Wollen wir den Leitgedanken dieses Tages verbreiten: „Frieden schaffen: Minderheiten respektieren“? Ja und nein! Ja, weil diese Ziele ihn nötig machen. Nein, weil sie, auch sie zusammen, nicht einen Gottesdienst begründen können.

Wir feiern diesen Gottesdienst, weil wir Gott die Ehre geben. Nicht Gott geben, was ihm fehlt, sondern anerkennen, was ihm eigen ist. Kein noch so großes und wichtiges anderes Ziel kann diesem einen vorgeordnet werden: „Wir loben dich, wir preisen dich, wir beten dich an, wir verherrlichen dich, wir danken dir wegen deiner großen Herrlichkeit.“ Gott, du bist groß und gut, du bist heilig und mächtig, du bist wahr und treu, du bist ewig! — Er soll der Erste und Letzte sein in unseren Gedanken und Worten und Taten. Das allein entspricht seiner Größe und Güte.

Merken wir, wie gleichsam der Raum weiter, wie die Luft freier, wie unser Atem stärker wird, je mehr wir allein seine Ehre suchen? „Die Ehre Gottes ist der lebendige Mensch“, hat Irenäus von Lyon gesagt (Adversus haereses IV, 20). Und merken wir, daß der Mitmensch, der Nächste, nirgendwo so hoch angeschrieben sein kann wie bei denen, die Gott suchen? „Nur wenn die Achse unseres Betens wieder ganz lotrecht steht, können wir unsere Arme nach rechts und links ausstrecken“, hat eine Ordensfrau gesagt, die durch die Hölle der Konzentrationslager gegangen ist.

Damit sind wir schon bei dem großen Anliegen dieses Tages, dem Frieden in der Welt, dem Frieden auf Erden. Einer unserer Spitzenpolitiker hat bekannt: Das Wort „Frieden“ habe ich im Laufe meines Lebens zuerst in der Kirche gehört. In jeder heiligen Messe kommt es mehrmals vor: in der Bitte an Gott und als Wunsch untereinander. Zu Weihnachten haben wir es von den Engeln auf dem Feld bei Bethlehem verkündet bekommen: „Verherrlicht ist Gott in der Höhe, und auf Erden ist Frieden bei den Menschen seiner Gnade“ (Lk 2, 14). Wodurch hängen sie zusammen, die Ehre Gottes und der Friede unter den Menschen? Durch das Kind, dem die Engel das singen zu seiner Geburt. In ihm ist der wahre Gott ein wahrer Mensch geworden, ist die innere Glut Gottes durchgebrochen und hat uns mit ihrem Lichtglanz ergriffen. Hat sich uns die Macht und zugleich die Güte Gottes gezeigt. Und dieses Kind hat den Frieden gebracht, der mehr ist als Waffenstillstand und Abrüstung, als Ächtung des Krieges und Verbesserung sozialer Strukturen. Das alles ersehen wir, das alles möchten wir erreichen, an all dem arbeiten wir mit. Doch für sich allein ist es zwar kräftig geerdet, hat aber keine Antenne. Und was hilft es uns, wenn wir einander anblicken, aber nicht den gütigen Blick Gottes finden? Nur der Friede von ihm kann Frieden auf Erden herbeiführen und sichern. „Er“, Jesus selbst, ist in seiner Person „unser Friede“ (Eph 2,14). Wie ist das zu verstehen?

Seit Gott in Jesus von Nazareth ein Mensch wurde wie wir, seitdem ist klar, wie Gott den Menschen gedacht und gewollt, wie Gott jeden unvertretbar einzelnen Menschen gemeint hat. Jesus hat uns gelehrt, den unfassbaren Gott zu fassen und zu ihm „Vater“ zu sagen. Einen Platz im Herzen Gottes haben und sich das von ihm sagen lassen, das heißt: im Frie-

den sein mit Gott. Jesus hat alle Menschen zu seinen Brüdern und Schwestern, damit aber auch alle Menschen untereinander zu Brüdern und Schwestern bestimmt. Jeder einzelne Mensch soll für den anderen Bild Gottes sein. Jeder Mensch ist für den anderen der Bruder, die Schwester, die sich Jesus sein Leben hat kosten lassen (vgl. Röm 14,15 und 1 Kor 8,11). Sich das zu eigen machen, das heißt: im Frieden sein mit den Menschen.

Das klingt hoch und ist sicher sehr hoch. Aber es hat, wenn es angenommen wird, sehr greifbare Konsequenzen. Es ist der Anfang einer sozialen Revolution, die alle anderen in den Schatten stellt. Denn all diese Revolutionen haben die Verhältnisse nur umgekehrt. Die bisher Unterdrückten sind nach oben gekommen, und die ehemals Herrschenden sind jetzt die Unterdrückten. Die Ausgebeuteten sind zu Ausbeutern geworden, und die bisherigen Ausbeuter werden nun ausgebeutet. Wir brauchen nicht in die Vergangenheit zu schauen, um das überall auf der Welt bestätigt zu finden. Für Jesus aber sind alle Menschen gleich und bleiben alle Menschen gleich. Gleich an Wesen, gleich an Würde, gleich an Wert. Alle Unterschiede sind für ihn nebensächlich, alle Ränge sind bedeutungslos geworden. Und wo sie unter seinen Jüngern trotzdem fortwirken, da hat man ihn nicht verstanden, da ist man noch nicht auf seinem Wege. Der heilige Paulus hat es griffig formuliert: „Da gibt es nicht einen Juden und einen Griechen, da gibt es nicht einen Sklaven und einen Freien, da gibt es nicht Mann und Frau. Ihr alle seid ja Einer in Christus Jesus“ (Gal 3,28). Jesus hat also nicht, wie so gern gesagt wird, Partei ergriffen für die Zöllner gegen die Pharisäer, für die Armen gegen die Reichen, für die Sünder gegen die Gerechten, für die da unten gegen die da oben. Er hat alle gerufen: Zöllner und Pharisäer, Arme und Reiche, Gerechte und Sünder, die da unten und die da oben. Dabei hat er freilich klar gesagt, daß es die Pharisäer und die Reichen, die Gerechten und die da oben schwerer haben würden, ihm zu folgen. Aber er wollte alle mitnehmen, er wollte die Umkehr und die Rettung aller ohne Ausnahme. Und je mehr sich einer mitnehmen läßt, desto mehr werden für ihn all diese Unterschiede gegenstandslos.

Ist uns klar, daß es in der Konsequenz dieser Bewegung liegt, wenn Jesus Barmherzigkeit und Vergebungsbereitschaft fordert? Wenn sein Apostel Jakobus so drastisch das Urteilen nach dem Ansehen der Person bloßstellt und das Wort Jesu wiederholt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Jak 2,8; Mk 12,31 parr)? Merken wir, daß es am Ende gar keine Minderheiten mehr gibt, nicht mehr geben darf, daß sie überholt und aufgehoben sind durch die Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit, die von Jesus kommt?

Wenn wir die Botschaft Jesu hören, müssen wir uns fragen: Wo komme ich, wo kommen wir darin vor? Heute stehen wir, denke ich, bei den Hirten. Wir werden also mit ihnen zur Krippe gerufen, in der das Kind Jesus liegt, Gott und Mensch in einer Person. Wir hören den Gesang der Engel: „Verherrlicht ist Gott in der Höhe, und auf Erden ist Friede bei den Menschen seiner Gnade.“ Und dieses Kind sagt auch uns, was wir sind, wer wir sind, was wir wert sind. Sagt es uns in der Vollmacht Gottes. In dem Maße, wie wir uns das sagen lassen, werden wir zu Boten und Werkzeugen seines Friedens, des Friedens Gottes bei den Menschen. Wir können nur geben, was wir zuvor empfangen und angenommen haben.

*Zum Empfang der Vertreter aller Pfarrbezirke begrüßte Militärdekan
Prälat Hermann-Josef Kusen die Teilnehmer*

Exzellenzen, meine Herrn Generale, Herr Wehrbeauftragter, meine Damen und Herren!

Nach dem Gottesdienst im Kölner Dom freue ich mich, Sie nun bei dieser Begegnung hier im Maternushaus begrüßen zu dürfen. Mein erster Gruß und mein Dank gelten Ihnen, Herr Weihbischof Luthé. Sie haben auch in diesem Jahr spontan zugesagt, als Diözesanadministrator den Gottesdienst mit den Soldaten zu feiern und diese Tradition, die von Kardinal Höffner begründet wurde, an den neuen Erzbischof von Köln weiterzugeben. Sie haben stürmische Wochen hinter sich, Wochen, in denen viel spekuliert und Vermutungen angestellt wurden. Ein Gerücht hat dabei eigentlich noch gefehlt: Als Sie Ende November während einer Firmungsreise in Düsseldorf auch die Bundeswehr besuchten und ein Gespräch mit dem Befehlshaber im Wehrbereich III führten, da wäre es doch ein Knüller gewesen, zu schreiben, Sie hätten mit dem Befehlshaber den Einsatz des Territorialheeres besprochen, falls die Schweizer Garde gegen das Erzbistum Köln anrücken würde.

Grüßen Sie den neuen Erzbischof. Die im Erzbistum Köln stationierten Soldaten würden sich freuen, wenn er im nächsten Jahr mit uns den Gottesdienst um den Frieden in der Welt feiern würde. — Mit Ihnen, Exzellenz, begrüße ich den amerikanischen Regionalvikar für die in Europa stationierten amerikanischen Soldaten, Herrn Weihbischof Nolan.

Sehr herzlich begrüße ich den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Willi Weißkirch. Sie haben ein schweres Jahr hinter sich, nicht nur was Ihr Amt, sondern was auch Ihre Gesundheit betrifft. Wir freuen uns, daß Sie wieder unter uns sind.

Internationaler Soldatengottesdienst: Neben den deutschen Soldaten haben an diesem Gottesdienst teilgenommen belgische, britische, amerikanische, italienische und kanadische Soldaten. Für die belgischen Soldaten begrüße ich den Oberbefehlshaber der belgischen Streitkräfte in Deutschland und Kommandierenden General des I. Belgischen Korps, Herrn GLt Chauchie; für die britischen Soldaten begrüße ich Brigadier Palmer von der Britischen Rheinarmee; für die amerikanischen Soldaten Herrn Oberstleutnant Duehring; für die italienischen Soldaten Herrn OTL Rossi und den Vertreter der kanadischen Soldaten.

Ein besonderer Gruß gilt unseren deutschen Soldaten, die mit ihren Chefs und Kommandeuren bis hin zur Spitze der BW zu diesem Gottesdienst gekommen sind. Stellvertretend für Sie alle darf ich einige wenige namentlich begrüßen: aus dem BMVg Herrn GLt Clauß und Herrn Ministerialdirektor Dr. Schaefgen; stellvertretend für den Generalinspekteur Herrn GM Dr. Schnell; den Inspekteur des Heeres, Herrn GLt von Ondarza; den stellv. Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens, Herrn GenSA Dr. Desch; für die Luftwaffe den Amtschef des LW-Amtes, Herrn GLt Schmitz, und als Stellvertreter des Inspektors Herrn GM Klatte; für den Inspekteur der Marine, Herrn Kpt.z.S. Kaiser, und last not least den Befehlshaber im Wehrbereich III, Herrn GM Philipp; mit Ihnen, Herr General, begrüße ich unseren gemeinsamen Nachbarn von der WBV III, Herrn Vizepräsident Nobis.

Ein besonderer Gruß gilt den hier anwesenden Ehefrauen unserer Soldaten, die die Last des Berufs ihrer Männer mittragen und oft auch in den Pfarrgemeinderäten bei unseren Standortpfarrern mitarbeiten.

Seit vielen Jahren beteiligen sich an diesem Gottesdienst auch die Beamten des BGS. Für uns ist das eine große Freude, und ich begrüße sehr herzlich für alle hier anwesenden Beamten Herrn Kommandeur im BGS Hitz.

Nicht nur das Gebet der Soldaten, sondern auch das Gebet der ehemaligen Soldaten dringt durch die Wolken. Ich freue mich, daß eine große Zahl ehemaliger Soldaten Jahr für Jahr an diesem Gottesdienst teilnimmt, um mit ihren aktiven Kameraden um den Frieden in der Welt zu beten. Stellvertretend für Sie alle begrüße ich den ehemaligen Oberbefehlshaber Europa Mitte, Herrn General a.D. Schulze.

In diesen Tagen und Wochen steht Köln unter einem anderen militärischen Regiment. Da ziehen bunte Korps durch die Straßen und Säle, die roten und die blauen Funken, die Altstädter und die Ehrengarde. Aber heute morgen ist Köln in der Hand unserer Soldaten. 2500 waren beim Gottesdienst. Im Augenblick erhalten sie auf dem Roncalliplatz eine Stärkung und können dann an verschiedenen Besichtigungsmöglichkeiten teilnehmen. Manche werden auch feststellen wollen, ob das Kölsch tatsächlich besser schmeckt als Alt oder Pils. Ich freue mich, daß die Stadt Köln diese friedliche Besetzung mit Gelassenheit trägt und begrüße für den Rat der Stadt Köln Herrn Stadtverordneten Lohmer.

Zugleich danke ich an dieser Stelle noch einmal allen Chefs und Kommandeuren, daß sie ihren Soldaten die Möglichkeit gegeben haben, an diesem Gottesdienst teilzunehmen.

Ich habe mit der Begrüßung bei den Herrn Weihbischöfen angefangen. Lassen Sie mich nun den Kreis schließen und zu denen kommen, die sich noch in der mittleren Papstlaufbahn bewegen. So begrüße ich sehr herzlich unseren Militärgeneralvikar, Prälat Dr. Niermann, und den ständigen Vertreter des Diözesanadministrators für das Erzbistum Köln, Herrn Domkapitular Prälat Feldhoff. (Es wird ja doch Zeit, daß wir einen neuen Erzbischof bekommen, damit die Titel wieder kürzer werden!)

In diesen Gruß schließe ich mit ein unsere Evangelischen Amtsbrüder und nenne stellvertretend Herrn Militärdekan Vielhauer; ich schließe mit ein meine ausländischen Mitbrüder und all die vielen Militärpfarrer, die diesen Gottesdienst vorbereitet und die Soldaten zur Teilnahme eingeladen haben.

Nicht zuletzt begrüße ich die Damen und Herren der Presse. Es ist sicher keine Sensation, aber doch berichtenswert, wenn Soldaten über alle sprachlichen und nationalen Grenzen hinweg gemeinsam um den Frieden in der Welt beten. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie das den Bürgern unseres Landes weitergeben.

Ich habe den Eindruck, daß unsere Soldaten es im Augenblick nicht leicht haben. Da gibt es Probleme, die von außen herangetragen werden; da gibt es aber auch Probleme, die hausgemacht sind. Und bei der Beschäftigung mit all diesen Problemen vergessen wir sehr leicht eine Tatsache, die uns viel stärker bewegen sollte: Seit dem 10. November 1988 erle-

ben wir in unserem Land die bisher längste Periode des Friedens in der Geschichte unseres Volkes, und zwar eines Friedens in Freiheit. Streiten wir nicht darüber, ob das, was wir da erleben dürfen, nun wirklich Frieden ist oder nur das Ruhen der Waffen. Streiten wir auch nicht darüber, wer nun den größten Anteil an dieser Friedensperiode für sich verbuchen kann. Ich bin jedenfalls dankbar, diese bisher längste Friedensperiode in der Geschichte unseres Volkes miterleben zu dürfen, und ich hoffe, daß Sie es auch sind. Und ich danke an diesem Morgen nicht nur Ihnen, den aktiven Soldaten, sondern auch den Millionen Wehrpflichtigen der vergangenen Jahrzehnte für diese Periode des Friedens.

Und ich bitte Sie, meine Herren: Lassen Sie sich nicht verunsichern durch das Gerede von der schwindenden Akzeptanz. Erfüllen Sie in aller Ruhe Ihre Aufgabe der Wahrung und Sicherung des Friedens. Ich bin überzeugt, die Mehrheit unserer Bevölkerung wird Ihnen letztlich dankbar sein.

Ich wünsche uns allen, daß der Friede auch 1989 uns erhalten bleibe und sich weiter ausbreite; und ich wünsche Ihnen und Ihren Familien Gottes Segen für dieses neue Jahr.

Den Dank der Geladenen sprach dann Generalleutnant Dieter Clausß

Exzellenzen!

Sehr verehrte Damen und Herren!

Kameraden!

Für die hier versammelten Soldaten sage ich Ihnen, Exzellenz (Weihbischof Luthe), Dank für die wieder gewährte Gastfreundschaft, die es uns ermöglichte, aus Anlaß des Weltfriedenstages

— Gottesdienst im Dom zu feiern und

— uns hier zum Empfang zusammenzufinden.

Auf Initiative der Gemeinschaft Katholischer Soldaten feierte der von uns verehrte verstorbene Kardinal Höffner erstmals 1976 mit uns hier im Dom Gottesdienst. Von Köln aus wurde die Idee weiter getragen in jede Bischofskirche der Bundesrepublik Deutschland.

Wie groß die Sehnsucht nach Frieden ist, kommt in den Wünschen der Menschen aller Gesellschaftsschichten und Nationen zum Jahresbeginn zum Ausdruck.

Die Hoffnung unserer Bevölkerung auf Frieden in Freiheit ist die Grundlage unseres Dienstes als Soldaten.

Wir wünschen uns ein Stück mehr Anerkennung der Friedensarbeit eines jeden Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten, so wie es heute in der Einladung zu diesem Gottesdienst deutlich wird.

Das Thema des Papstes für den Weltfriedenstag 1989 lautet: „Frieden schaffen — Minderheiten respektieren“.

Auch wir Soldaten fühlen uns von seiner Botschaft angesprochen:

- In vielen unserer Einheiten haben wir Gelegenheit, jungen Soldaten aus Aussiedlerfamilien das Gefühl zu geben, nicht Minderheit zu sein.
- Soldaten unserer Luftwaffe unterstützen mit ihren Versorgungsflügen notleidende Bevölkerungsgruppen, die in ihren Ländern Minderheiten darstellen.
- Unseren alliierten Kameraden gegenüber sind wir verpflichtet, Ihnen bei uns ein Stück Heimat und Geborgenheit zu bieten. Das Miteinander im Gebet um den Frieden, wie heute im Dom zu Köln, darf daher nicht als repräsentative Veranstaltung angesehen werden, sondern als Zeichen alltäglicher Praxis. Ihnen, unseren alliierten Kameraden, sagen wir Dank für die auch heute gezeigte Bereitschaft zur Gemeinsamkeit.

Stellvertretend für Sie alle danke ich

- Herrn GL Cauchie, KG I. (BE) Korps
und
- Herrn Lt Col Duehring von der US-Air-Force.

Unser Dank gilt auch den Herren Geistlichen, die mit Ihnen, Exzellenz, für uns den Gottesdienst zelebrierten:

- Seiner Exzellenz, dem amerikanischen Militärbischof für Europa, Weihbischof Nolan
- Herrn Hoofd Aal Moezenier Herregods (BE)
- Herrn Hoofd Aal Moezenier Heymanns (BE)
- Herrn Senior-Chaplain Father Mallon (GB)
- Herrn Senior-Chaplain Father Smith (GB)
- Herrn Chaplain-Major Father Malinski (US)
- Herrn Father Travers (US)
- Herrn Pfarrer van der Ploeg (NL)

Lassen Sie mich diesen kurzen Dank schließen mit allen guten Wünschen für die Erdiözese Köln und den neuen Oberhirten, Herrn Kardinal Meisner. Mögen von hier aus auch weiterhin viele Impulse über die Bistumsgrenzen hinweg gehen, die zum Frieden zwischen den Völkern beitragen.

Ich danke Ihnen!

Der Diözesanadministrator Weihbischof Dr. Luthe dankte General Clauß für die guten Worte und wies darauf hin, daß bei kirchlichen Veranstaltungen im Dom nicht so oft so viele junge Männer zu finden seien. Das habe ihn sehr gefreut. Er habe — seit 19 Jahren wohne er im Kardinal-Schulte-Haus — vor einiger Zeit bei den Priesteranwärtern des Albertinums eine Begegnung mit jungen Russen gehabt. Dieses Treffen sei für ihn sehr eindrucksvoll gewesen.

Er selbst habe — Jahrgang 27 — noch einen Lehrer gehabt, der ihm beizubringen versucht habe, daß Franzosen unsere Erbfeinde seien. Wer heute so etwas sagen würde, den müßte man auf seinen Geisteszustand untersuchen, und so glaube er, daß es auch eines Tages mit Rußland so weit kommen könne, daß man sich über die Blöcke hinweg im Gebet und im Frieden mit Deutschen und den vielen Soldaten des Westens vereinigen könnte.

Er träume davon, daß vielleicht bald schon junge polnische und ungarische Soldaten an den internationalen Soldaten-Wallfahrten nach Lourdes teilnehmen könnten.

In dieser Hoffnung wünsche er allen Soldaten Gottes Segen für dieses so gut begonnene Jahr.

Weltfriedenstag 1989 — Bonn

Der internationale Gottesdienst der Soldaten in Köln und die Veranstaltung der GKS in Bonn bilden zwei Musterbeispiele, wie man diesen Tag, den Papst Paul VI. einst würdig zu gestalten empfahl, durchführen kann.

Die Festveranstaltung in Bonn fand am 19. Januar im Collegium Josephinum statt. Die große Aula war bis auf den letzten Platz besetzt. Und die Anzahl der Jugendlichen schien noch größer zu sein als bisher. Hinzu kamen die Teilnehmer eines französisch-deutschen Seminars in Kloster Walberberg, das von der Militärseelsorge durchgeführt wurde.

Die musikalische Gestaltung lag diesmal in den Händen des Heeresmusikkorps 300 Koblenz.

Oberstleutnant Georg Czerner verstand es mit seinen Männern, bereits im Vorspiel der Feier eine innere Freude zu geben, eine Freude über einen Frieden, der nunmehr seit über 44 Jahren herrscht — die längste Friedenszeit, die wir in den letzten Jahrhunderten hatten — und der wahrlich ein Geschenk ist. Nicht zuletzt hat dazu beigetragen, die deutsch-französische Aussöhnung, aus der inzwischen eine Freundschaft gewachsen ist, die für die Völker einzigartig sein dürfte.

So stand diese Feier auch im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft.

Die hervorragenden musikalischen Darbietungen:

- Manfred Schreiber, Prelude for Band
- Vincenz Bellini, Bearb. Georg Czerner, Ouvertüre zu Romeo und Julia
- Johann Sebastian Bach, Präludium und Fuge c-Moll
- Rauski, Sambre et Meuse
- und zum Abschluß den Radezky-Marsch von Strauß/Vater,

unterstrichen diese Grundhaltung sehr einfühlsam.

Schlägt man den Bogen vom Papstwort: „Frieden schaffen, Minderheiten achten“, das in Köln besonders anklang, so wurde hier deutlich, daß auch die Versöhnung unter großen Völkern als Schritt zum Frieden unumgänglich ist.

Gerade diese Gegenüberstellung ergab jenen weiten Bogen, den Friedensbemühungen haben müssen. Zugleich wird auch der Kern sichtbar: Anheimgabe in den Glauben an den Gott der Gerechtigkeit und Liebe.

Die Zahl der Ehrengäste in Bonn zeigt den hohen Grad der Beachtung und Akzeptanz.

So waren vertreten:

Deutscher Bundestag

Frau Ingeborg Hoffmann MdB

Herr Heinz Schemken MdB

Wehrbeauftragter

Herr Willi Weiskirch

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Landtag Nordrhein-Westfalen

Herr Johannes Wilde MdL

Frankreich

General de Corps d'Armee Jean Louis Brette

Commandant le 2^o CA Commandant en Chef les Forces Francaises en Allemagne

Oberstleutnant i. G. Wilhelm, Französische Botschaft

Oberstleutnant de Lapiere

Oberst i. G. Bernhard Weigl

Bundeswehr

Admiral Dieter Wellershoff, Generalinspekteur der Bundeswehr

Ministerialdirektor Dr. Heinz Schaefgen, Bundesministerium der Verteidigung — Abteilung U —

Generalleutnant Dieter Clauß, Bundesministerium der Verteidigung

Generalleutnant Helge Hansen, Kdr. General III. Korps

Generalstabsarzt Dr. Gunter Desch, Bundesministerium der Verteidigung

Generalstabsarzt Dr. Sautter, Sanitätsamt der Bundeswehr

Generalapotheker Dr. Hans Joachim Krauss, Sanitätsamt der Bundeswehr

Generalarzt Dr. Winfried M. Kron, Generalarzt d. Heeres u. Inspizient d. Sanitätsdienstes des Heeres

General E. Richter, Bundesministerium der Verteidigung — BEA

Brigadegeneral Dr. Günter Freiherr von Steinaecker, Stabsabteilungsleiter Fü S I

Generale a. D.

General a. D. Franz-Joseph Schulze

General a. D. Heinz Trettner

Generalleutnant a. D. Walter Windisch

Evangelische Kirche

Pfarrer G. Mittring, Vertr. Superintendent des Kirchenkreises Bonn

Katholische Militärseelsorge

Dr. Elmar Maria Kredel, Militärbischof, Erzbischof von Bamberg

Dr. Ernst Niermann, Militärgeneralvikar

Prälat Hermann-Joseph Kusen, Kath. Wehrbereichsdekan III

Katholische Kirche

Prälat Paul Bocklet, Kath. Büro Bonn — Kommissariat der dtsh. Bischöfe

Prälat Alfons Mappes, Leiter der Zentralstelle Weltkirche d. Dtsch. Bischofskonferenz

Stadtdechant W. Passavanti

Prälat Jakob Aigner

Dr. Helmut J. Patt, Geistl. Direktor d. Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands
Msgr. Dr. Yves Chauvin
Helmut Fettweis, Vorsitzender des Katholikenrates Bonn

GKS/ZV

Oberstleutnant Heinz Havermann, Vorsitzender der Zentralen Versammlung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs
Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, Bundesvorsitzender der GKS

Verbände

Lothar Beer, Vorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V.
Hauptfeldwebel Manfred Grodzki, Deutscher Bundeswehr-Verband e.V.

Der Sprecher der GKS Bonn, Oberst a. D. *Walter Szelag*, konnte daher in seinem Grußwort sagen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameraden!

Die Gemeinschaft der Katholischen Soldaten (GKS) des Kreises Bonn begeht mit diesem Festakt wie alljährlich den päpstlichen Welttag des Friedens.

Der Frieden ist immer ein Geschenk Gottes, doch müssen wir Menschen das Unsere dazu tun, um ihn zu erreichen — und wachsam bleiben, ihn zu erhalten. Auch der heutige Tag soll uns an diese Aufgabe erinnern.

Ich heiße Sie alle herzlich willkommen.

Mit großer Freude darf ich besonders unseren Militärbischof, Herrn Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, begrüßen. Exzellenz, wir freuen uns, daß Sie abschließend noch das Wort an uns richten werden.

Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, den Kirchen, aus Verwaltung, Verbänden, Organisationen und Bereichen sind unserer Einladung gefolgt. Sie alle hier zu nennen, würde den Rahmen des Möglichen sprengen. Stellvertretend für alle hier anwesenden Gruppen grüße ich

- aus dem Deutschen Bundestag das Mitglied des Bundestages, Frau Ingeborg Hoffmann, sowie aus dem Landtag unseres Landes Nordrhein-Westfalen den Landtagsabgeordneten, Herrn Johannes Wilde.

Ich heiße herzlich willkommen

- den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Willi Weiskirch.

Aus dem Bereich der deutschen Bundeswehr begrüße ich

- den Generalinspekteur der Bundeswehr, Herrn Admiral Wellershoff, und mit ihm alle aktiven Soldaten und Reservisten der Bundeswehr.

Aus den verbündeten und befreundeten Streitkräften freue ich mich sehr über die Teilnahme des Oberbefehlhabers der in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen

Ich begrüße

- den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Herrn General Trettner, sowie
- den ehemaligen Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte, Herrn General Schulze, und mit ihnen alle ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr.

In großer Verbundenheit begrüße ich

- den Abteilungsleiter der Abteilung Unterkunft und Liegenschaften des Bundesministeriums der Verteidigung, Herrn Dr. Schäfer, und mit ihm alle leitenden Beamten und Angestellten der Bundeswehr.

Ich freue mich sehr über die Teilnahme

- unseres Militärgeneralvikars, Herrn Prälat Dr. Niermann.

Aus dem kirchlichen Bereich darf ich weiterhin willkommen heißen

- den Bischofsvikar der Französischen Streitkräfte, Aumônier Alain Bouillon,
- den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischofskonferenz, Herrn Prälat Bocklet,
- den Leiter der Zentralstelle der Weltkirche, Herrn Prälat Mappes,
- aus unserem Standort Bonn Herrn Stadtdechanten Passavanti sowie
- aus der evangelischen Kirche Herrn Pfarrer Mittring und
- Oberst a.D. Fettweis, den Vorsitzenden des Katholikenrates Bonn.

Es ist mir eine besondere Freude, auch

- den Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten, Herrn Oberstleutnant Havermann,
- unseren Bundesvorsitzenden der GKS, Herrn Oberstleutnant Schulz, und
- den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Herrn Hauptfeldwebel Grotzki,

zu begrüßen.

Mit einschließen in die Begrüßung möchte ich

- die Vertreter der Presse und des Fernsehens,
- die Teilnehmer aus den benachbarten GKS-Kreisen Köln und Ahrweiler/Bad Neuenahr,
- die Schüler und Schülerinnen der Bonner Schulen und insbesondere
- die Teilnehmer des erstmals in der Geschichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit stattfindenden Seminars deutscher und französischer Soldaten aus Walberberg unter Leitung von Militärpfarrer Müller und Kapitän z.S. außer Diensten Schütz.

Schließen möchte ich mit einem Dank an

- den Direktor des Collegiums Josephinum, Herrn Pater Demuth, für die Gastfreundschaft, die wir seit Jahren in diesen Räumen erfahren, und sage herzlichen Dank auch
- den Soldaten des Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz unter der Leitung von Oberstleutnant Georg Czerner für ihre Mitwirkung.

Meine Damen und Herren!

An der Schwelle des neuen Jahres erfüllt die internationale politische Entwicklung uns alle mit Freude und großer Hoffnung, daß die Gefahr kriegesischer Auseinandersetzungen auf der Welt abzunehmen scheint und die Völker dieser Erde auf der Grundlage der Menschenrechte und der Gerechtigkeit einander näherkommen können.

Daß ehemals verfeindete Völker — sogar Erzfeinde, wie sie genannt wurden — sich versöhnt und zu Frieden und Freundschaft zusammengefunden haben, das zeigen Deutsche und Franzosen. Nach drei blutigen Kriegen in jüngster Zeit — 1870/71, 1914/18 und 1939/45 — unterzeichneten de Gaulle und Adenauer am 22. Dezember 1963 im Elysée-Palast in Paris den „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“. Unsere heutige Festveranstaltung steht unter dem Eindruck dieser nunmehr 25 Jahre währenden freundschaftlichen Entwicklung, die aus dem Leben unserer Völker nicht mehr wegzudenken ist.

Es ist mir eine besondere Ehre, den Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Herrn Bundestagspräsidenten außer Diensten Dr. Rainer Barzel, zu begrüßen.

Herr Dr. Barzel, wir freuen uns sehr, daß Sie spontan zugesagt haben, heute die Festansprache zu halten. Ich darf Sie bitten, nun zu uns zu sprechen.

Der Beifall galt dem Sprecher, aber auch der Initiative der GKS-Bonn — und allen stillen Helfern — für die Grundgedanken zum Frieden, die hier bereits sichtbar wurden.

Bundestagspräsident a.D. *Dr. Rainer Barzel*, der Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit, führte in seinem Festvortrag aus:

Vor 50 Jahren zogen sich die politischen Wolken in Europa zusammen, bauten sich auf zur Gewitterfront, entluden sich bald zum Zweiten Weltkrieg.

Man darf und muß immer wieder diese Bilanz des Grauens in Erinnerung rufen:

55,3 Mio. Tote
15,7 Mio. in Asien
39,7 Mio. in Europa
19,0 Mio. gefallene und vermißte Soldaten
14,7 Mio. Ziviltote
5,978 Mio. ermordete Juden

Seit 44 Jahren schweigen die Waffen in Europa. Das ist ein Segen. Ich habe noch auf andere Europäer geschossen, bin von diesen beschossen worden. Wir haben unter der Haut erfahren und erlebt, was Krieg ist, was Frieden bedeutet.

Wir danken Gott, daß nun, für die längste Periode unserer Geschichte, Frieden alltagswirksam unser Begleiter ist. Wie selbstverständlich empfinden wir das. Aber es ist nicht so. Nur hier ist es so.

Seit 1945 suchten rund um die Welt 150 Kriege unsere Nachbarn heim, denen 40 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Jeder von ihnen ein Mensch — nach Gottes Ebenbild geschaffen, mit Mutter und Vater, mit Schwestern, Brüdern, Freunden... Jeder Kriegstote ist einer zu viel.

Obwohl hier in Europa die Waffen gegeneinander gehäuft sind wie nirgends sonst in der Welt, obwohl hier Blöcke aneinanderstoßen und Streitfragen zugespitzt sind, blieben wir hier von erneutem Krieg verschont. Das hat, soweit Menschen den Lauf der Dinge bewirken, seine Gründe:

Deutschland und Frankreich fanden zueinander, beendeten Rivalität und Hegemonie und Feindschaft, reichten einander die Hand. Dieses beispiellose — in der Geschichte sensationelle — Friedenswerk veränderte fundamental die Lage in und um Europa.

Indem Deutschland und Frankreich Zusammenarbeit an die Stelle der Rivalität und Gleichberechtigung an die Stelle der Hegemonie setzten, veränderten sie die Welt — gaben auch ein Beispiel. Wo wir *zusammenstehen*, wer will es da *gegen uns wagen*?

Emanuel Kant hat in seiner Schrift „Vom Ewigen Frieden“ die „fortschreitende Annäherung“ als dessen wesentliche und unerläßliche Bedingung bezeichnet.

Zugleich gelang es durch gemeinsame Abschreckung, jeden Angriffslustigen abzuhalten, Krieg oder Eroberung oder Erpressung in Europa zu suchen.

Durch glaubhafte, wirksame, konkrete Abschreckung — nicht durch Worte, Verheißungen, Hoffnungen. Durch Abschreckung, auch durch atomare Abschreckung. Das ist die Realität, ob sie uns nun paßt oder nicht.

Also produziert Abschreckung Frieden. Das ist die Lage. — Ich könnte mir eine andere Welt vorstellen, ich vermag mir eine intelligentere und sparsamere Weise auszumalen, Frieden zu sichern.

Nicht das ist entscheidend, sondern die wirkliche Lage. Die Tatsachen, nicht meine Wünsche. Die gigantische Aufrüstung der Sowjetunion ist eine solche Tatsache. Sie dauert an. Der imperiale Wille in Moskau ist ungebrochen. Wenn man dort „Demokratie“ sagt, meint man Lenin, nicht Westminster. Ich erkenne an, daß aus Moskau Neues zu hören ist. Ein Grund, die eigene Wachsamkeit einzustellen, ist nicht darunter.

Zu den friedensichernden Tatsachen gehört unsere Bundeswehr, gehören unerläßlich unsere wehrpflichtigen Soldaten.

Wer den Nicht-Krieg in Europa preist, muß unseren Soldaten danken. Nicht nur in der Festrede. Im Alltag. Auch im Ungemach, die jedes Wehrwesen für Soldaten und für Zivilisten mit sich bringt.

Nur wer das zu ertragen bereit ist, wer ringsum signalisiert, sich notfalls wehren zu wollen und zu können, nur der hilft Frieden sichern.

Abschreckung muß glaubhaft sein. Auf Papier und ohne Ungemach ist sie nicht zu haben, auch nicht ohne Geräusch. Sicherheit und Frieden pflegeleicht, geruchfrei und geräuschlos — das gibt es nicht.

Hinter dem Schild

„Bitte nicht stören, wir verdienen gerade“,
mit dem Zuruf

„Bitte keinen Lärm, wir feiern gerade“,
ist nicht einmal Dekadenz zu delektieren.

Wer auch morgen in Frieden leben, in Freiheit arbeiten und feiern will, muß heute denen die Zähne zeigen, die alles befehlen und verordnen wollen.

Es gibt keinen Anlaß, in den Vorkehrungen zu erlahmen, die den Frieden sichern oder die Wachsamkeit einzuschläfern.

So sehr ich mich freue, aus Moskau mehr von der Notwendigkeit der Reform in der Sowjetunion zu hören als nur Drang zur Weltrevolution, so kann ich doch nicht übersehen, daß die Aufrüstung dort anhält, daß die Mauer in Berlin steht.

Seit dem Bau der Mauer geschahen hinter ihr

38 418 gerichtsnotorische Unrechtstaten

4 387 Tötungshandlungen — so das Behördendeutsch, mit
188 Ermordeten

Wer Menschenrechtsverletzungen sucht, braucht nicht weit zu reisen. Sie passieren in Deutschland. Täglich.

Und es ist seelische Folter, wenn Christen ihres Glaubens wegen z. B. nicht studieren dürfen.

Entspannung ist mehr als Abrüstung. Waffen sammeln sich nicht von alleine an, gehen auch nicht von alleine los.

Wer Frieden will, muß Menschenrechte sich entfalten lassen, muß Grenzen aufmachen für

- Menschen
- Informationen und
- Meinungen.

Krieg ist nur möglich, wo Volksverhetzung möglich ist, wo Haß geschürt wird. Wer Frieden will, muß Haß abbauen und Grenzen einreißen, der muß auch das gute Wort von Herder beherzigen:

„Dagegen muß jede Nation allgemach es als unangenehm empfinden, wenn eine andere Nation beschimpft und beleidigt wird. Es muß allmählich ein gemeinsames Gefühl erwachen, daß jede sich an die Stelle jeder anderen fühle.“

Wir Deutschen sind weder berufen noch bereit, für immer die Prügelknaben der Welt zu sein.

Wir verstehen, daß auch andere nicht vergessen *können*, was an Unrecht in deutschem Namen geschah. Wir bitten zu verstehen, daß wir das nicht vergessen *wollen* und auch deshalb geachtet unter Gleichen leben möchte.

Geistiges und geistliches Erbe verpflichtet zueinander. Einander belauern, mißtrauen, vergelten — davon hat keiner Gewinn; ebensowenig wie vom Blick zurück im Zorn. Die Zukunft liegt vorn, da, wo man sich versteht und verständigt und Gemeinsames tut. Nur so kann sich befreien, wen vergangenes Unrecht beschwert.

Die ostpreußische Dichterin Agnes Miegel dankt Gott, daß er sie gelehrt hat, „nichts als den Haß zu hassen“. Das ist die erste Bedingung des Friedens! Solange im anderen Teil Deutschlands zu Haß erzogen wird, ist der Frieden nicht sicher.

Deutschland und Frankreich haben beschlossen und einander versichert, auf jeden Fall und in jedem Fall zusammenzustehen. Das sichert Frieden.

Vor zwölf Jahren ging das Gespenst des „Eurokommunismus“ um in Europa, und viele prophezeiten: „In zehn Jahren ist Europa ohnehin marxistisch.“

Nicht diese Propheten bekamen recht. Heute kriselt es da, wo Kommunisten herrschen, weil sie erkennen, daß ihre Lehre nicht stimmt. Diese fundamentale Veränderung trat auch ein, weil Abschreckung wirkte und wir alle im Bündnis Jahr um Jahr, Frage um Frage, fest und treu zusammenhielten.

Es gilt nicht Moden nachzulaufen, sondern diesem Zusammenhalt zu pflegen und zu erhalten.

Wer den Frieden sichern will, muß — in der Welt in der wir leben — das europäisch-atlantische Bündnis entfalten und zugleich durch unumkehrbare, alltagswirksame Realitäten die deutsch-französische Freundschaft unaufhörlich gestalten.

Wir sind zwei Völker — und haben — wie Rovani zu Recht schrieb — doch nur ein Schicksal. Gebe Gott diesem Friedenswerk seinen Segen.

Wer von uns hätte es nicht gerne, wenn aus allen Schwertern Pflugscharen würden? Sie kennen die bekannte Bibelstelle (Jesaja 2). Danach wird es erst am Ende der Tage geschehen, daß der Herr Recht spricht im Streit der Völker und die Nationen zurechtweist. „Dann“, so heißt es weiter, „schmiedeten sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg.“ Und im Buch Micha heißt es dann weiter: „Jeder sitzt unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum und niemand schreckt ihn auf.“ (4,3)

Von diesem paradiesisch-endzeitlichen Zustand sind wir weit entfernt. Noch werden wir immer wieder aufgeschreckt. Also bleibt Wachsamkeit der Preis der Freiheit.

Langanhaltender Beifall zeigte den hohen Grad des Einverständnisses der Anwesenden mit dem Redner.

Norbert Maria Schütz, Kapitän zur See a.D., berichtete dann aus seiner Erinnerung an seinen Kriegskameraden — einen Franzosen.

Es gibt im menschlichen Leben Dinge, die sich unlöslich in die Erinnerung einbrennen; sie sind meist prägender als das, was in Dokumenten und Geschichtsbüchern nachzulesen ist.

Mir hat sich etwas eingeprägt, was aus der Sicht jener Kriegsjahre unmöglich erscheint und dennoch so war: Einer meiner besten Kriegskameraden war ein Franzose.

Im August 1939 kehrte ich als 17-jähriger Schüler von einem Feriendaufenthalt aus Frankreich ins Deutsche Reich zurück. Die zu permanenten Forderungen gewordenen Losungen der Französischen Revolution, deren 200. Wiederkehr unsere Nachbarn in diesem Jahre feiern und die auch stets die Losungen Frankreichs geblieben sind: Liberté — Egalité — Fraternité, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, prägten sichtbar und spürbar den Geist unserer Nachbarnation. Sie haben mich von Anfang an fasziniert. Das innere Verlangen nach dieser Lebensweise wurde mehr und mehr zum Inhalt meiner Widersetzlichkeiten gegen das Naziregime.

Am 3. September 1939, 17 Uhr, trat der Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich als Folge der Bündnisverpflichtung Frankreichs gegenüber dem vom Deutschen Reich angegriffenen Polen ein. Mich traf es wie ein schwerer Schlag. Zudem quälte mich

ein seelischer Schmerz: Der Hauch des ersten Verliebtseins in eine reizende Französin konnte nicht zu mehr werden — der Krieg verbot einen Briefwechsel.

Knapp vier Jahre später: Das Schicksal — war es Gottes Führung? — bestimmte es gegen meinen ursprünglichen Willen, daß ich eine Marineboldflakeinheit in Oslo als Leutnant der Reserve befehligen mußte. Der Einsatz bei dieser Einheit war gefürchtet. Es waren lauter Tankschiffe. Sie und ihre Besatzungen waren während des Gefechts infolge ihrer extremen Verwundbarkeit durch geladenes Benzin oder Öl besonders gefährdet. Deshalb wurde diese Einheit im Soldatenjargon die „Verbrecherkompanie“ genannt.

Am 24. Juni 1944 meldete sich bei mir als zukommandiert André Ferry aus Elsaß-Lothringen. Zuvor hatte ich seinen Personalpapieren entnommen, daß er kath. Diakon war. In seinem Lebenslauf hatte er unmißverständlich seinen Unwillen vermerkt. Man habe ihn entgegen dem Völkerrecht als Franzose in eine deutsche Uniform gezwungen.

Soviel schriftlich betonter Unwille erzeugte in mir hohen Respekt. Ich verstand André allzu gut. Während des Vorstellungsgesprächs ließ ich es ihn deutlich merken. Um ihm religiöses Heimatgefühl geben zu können, führte ich ihn in einen engeren Kreis von Priestersoldaten ein, der sich in Oslo um den dortigen Armeepfarrer von Norwegen gebildet hatte.

Um André von Einsätzen auf See möglichst fernzuhalten, teilte ich ihn als Ordonnanz meinem Stellvertreter zu, der sich als gläubiger evangelischer Christ zu erkennen gab. Während meines eigenen Einsatzes auf See hintertrieb der Nationalsozialistische Führungsoffizier (NSFO) meine Anordnung.

Am 20. November 1944 trafen André und ich uns zu einem gemütlichen Abend auf meinem Zimmer. Erregt wiederholte er die Anwürfe, mit denen der NSFO während meiner Abwesenheit ihn angeschrien und traktiert hatte: „Das deutsche Volk kämpft um den Endsieg! Da wollen Sie sich drücken? Wer sich dem Führer verweigert, ist es nicht wert, geachtet zu werden. Feigheit vor dem Feind wird mit dem Tod bestraft. Da hilft Ihnen weder Ihr Gott, geschweige Ihr Kompanieführer! Was sind Sie doch für ein erbärmlicher Pfaffe!!“

Selbst die Erinnerung an diesen Vorfall brachte André in Zorn. Voller Wut preßte er heraus: „Ich bin kein Feigling. Ich hasse die Boches! Ich bin ein Franzose! Ja, ich liebe mein Vaterland und werde für es kämpfen — auf der Seite de Gaulles! Ich werde flüchten!!“

Mir wurde es ganz heiß bei dem Gedanken: Was würde André selbst, aber auch unseren Kameraden als Folge einer geglückten oder mißglückten Desertation alles angetan werden? Blitzartig fielen mir die Mahnungen meines Heimatbischofs aus Limburg, Antonius Hilfrich, und des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, ein, die sie mir während meines letzten Fronturlaubes mit auf den Weg gegeben hatten: Der erste — der mich 1940 mit dem Amt des kath. Jugendführers in Frankfurt beauftragt hatte — sagte in seiner beständigen, gütigen und umsichtigen Art: „Herr Leutnant: Sind Sie in Ihrem vaterländischen Dienst ebenso tapfer wie gegen den inneren Feind. Dennoch, meiden Sie alles,

was Sie selbst und Ihre Kameraden unnötig in Gefahr bringen könnte!“ Der zweite — der mich seit meinem 11. Lebensjahr kannte — tat es mit kräftiger Stimme und kernigen Sätzen: „Laß es nicht zu, daß das Gewissen und die Seele deiner tapferen Männer durch Unverstand und Gewissenlosigkeit dieser des Führers Ehrgeizlinge verslakt werden! Überwinde deine Angst! Weder Menschenlob noch Menschenfurcht sollen dich bestimmen!“

Bis in die frühen Morgenstunden diskutierten André und ich. Wir kamen uns immer näher. Das gemeinsame geistige Fundament — unser Glaube — verband plötzlich den Franzosen mit dem Deutschen, obwohl sie doch von der weltlichen Obrigkeit zu Feinden verordnet waren. Beim Verlassen meines Zimmers sprach der kleinwüchsige und etwas gedrungene Diakon: „Herr Leutnant: Was können wir uns Schöneres wünschen als die Gnade Gottes und ein tiefes Leben in seiner Freundschaft.“ — „Und was ist mit den Boches?“, fragte ich ihn. — „Ach nein, ich bitte um Verzeihung. Die jungen Deutschen haben nichts gehört und nichts gesehen; sie kennen nicht die wirkliche Freiheit; wie können sie da anders reden, als sie es jetzt tun?“ Ganz erfüllt von dieser nächtlichen Begegnung schrieb ich an meiner Ansprache für die letzte Kriegswihnacht 1944, die ich an die mir anvertrauten Kameraden richten wollte. Ihr Leitgedanke war: Mitten wir im Tod sind doch vom Leben umfungen.

Nach der offiziellen Weihnachtsfeier hatte sich André sofort auf seine Stube zurückgezogen. Dort trafen mein Stellvertreter und ich ihn betend vor dem auf seiner Kojе ausgelegten aus Birkenholz gefertigten Lothringischen Kreuz an. An der Kojenwand hing das von einer Kerze beleuchtete Bild der Mutter Gottes von Metz. André reichte uns die Hand und zitierte aus dem Weihnachtsevangeliuм: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen, die guten Willens sind.“ — In der Mitternachtsmesse zu Oslo assistierte er am Altar.

Das Schicksalsjahr 1945 war angebrochen. André schrieb in sein Tagebuch: „Was wird in diesem Jahr geschehen? Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft zu erforschen, sondern im voraus frohen Herzens und in völliger Ergebenheit alles, was der Gute Gott uns schicken wird, anzunehmen. In jeder Prüfung, die Er uns aufzwingt, bleibt Er die Güte selbst und stärkt seine Kinder, die Ihm treu bleiben.“

André blieben bis zu seiner gelungenen Flucht wenige Tage vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht harte Prüfungen nicht erspart. Eine Verwundung und die Verurteilung zum Tode durch Erschießen durch einen aus dem seelischen Gleichgewicht geratenen Unteroffizier machten ihm schwer zu schaffen. Meine Möglichkeit, ihm weiterhin beizustehen, wurde eng begrenzt durch die Beschneidung meiner Befugnisse wegen politischer Unzuverlässigkeit. Um so mehr erfüllte es mich mit Genugtuung, daß es mir zuvor noch gelungen war, André auf einen Sanitätswiederholungslehrgang zu kommandieren. Als anerkannter Sanitätssoldat war es ihm verboten, an der Waffe eingesetzt zu werden. So wurde ihm die seelische Qual erspart, womöglich auf eigene Landsleute oder deren Verbündete schießen zu müssen. Statt dessen wirkte er gleichsam wie ein Samariter bei der Rettung vieler Tausender Deutscher mit, als sein Schiff in der Zeit vom Februar bis zum April

1945 mit daran beteiligt war, aus den Häfen Gdingen, Danzig, Pillau und Libau die in schwerster Not geratenen Menschen zu evakuieren.

„Mit Haß kommt man nicht weiter. Nur die christliche Liebe kann alle Wunden heilen.“, schrieb André mir im Jahr seiner Priesterweihe zu Weihnachten 1948. Folgerichtig besuchte er in Frankreich deutsche Kriegsgefangene einschließlich derer, die der Waffen-SS angehört hatten. „Ich gehe oft hin und versuche sie zu verstehen, was sie denken, was sie hoffen, wie sie leiden.“ — In seinen Briefen an mich forderte er immer wieder 100%ige Christen und daß sie Verantwortung für Politik und Gesellschaft übernähmen. — 1970 konzelebrierte André anlässlich meiner silbernen Hochzeit mit anderen Priestern das Meßopfer.

Am 19. Januar 1988 ging er ein in die selige Ewigkeit. Während meines stillen Dankgebets, daß es ihn in meinem Leben gab, glaubte ich von Ferne die ergreifende Melodie des Liedes vom Guten Kameraden zu hören. „Ich hatt' einen Kameraden — einen beß'ren find'st du nicht“.

Réquiem aetérnam dona ei, Domine.

Et lux perpétua luceat ei.

Requiesca in pace.

Verhaltenheit und Beifall zeigten, daß Norbert Schütz mit diesem persönlichen Bericht die Herzen der Zuhörer getroffen hatte. Dankbarkeit aber auch, daß solche Problemstellungen — hoffentlich für immer — der Vergangenheit angehören.

Pater Alain Bouillon, französischer Militärseelsorger, bischöflicher Vikar der französischen Streitkräfte für die nationale Marine, sagte:

Wir haben diesem ergreifenden, während des Krieges geführten Dialog zwischen einem in die deutsche Reichsmarine eingezogenen Diakon aus Elsaß-Lothringen und seinem Oberleutnant zugehört, die beide, allen Wirren des Krieges zum Trotz, beschlossen haben, einen Friedensakt durch ein gemeinsames Gebet für den Frieden zu setzen.

Einer durch den anderen, einer für den anderen, einer dank des anderen haben sie erkannt, daß der Friede Gottes Werk ist, haben sie aufrichtig und inbrünstig gemeinsam für den Frieden gebetet. Und aus der Stetigkeit im Gebet entstand ihre Freundschaft.

Während des Krieges 1939—1945 waren deutsche Zeugen der Zeit Handwerker des Friedens.

Pfarrer *Franz Stock* erkannte, daß der Priester, im Vorbild Christi, ein gekreuzigter Mensch ist und daß sein seit eh und je sehnlichst erwünschtes Friedensideal über das Kreuz führen mußte.

„Ich war Gefangener, und du kamst mich besuchen...“, wird eines Tages Christus beim jüngsten Gericht sagen.

Diese Worte dringen allmählich tief in die Seele von Pfarrer Stock ein und bleiben mit ihr für immer innig verbunden. Diese Worte werden sein Leben bestimmen.

Er greift sie wieder auf, als er sich an die deutschen in Chartres gefangenen Seminaristen wendet.

„Christus wird stets irgendwo auf der Welt Gefangener sein.“

Zwei Schwerpunkte kennzeichnen unser Jahrhundert: Einer fordert zur Apostasie auf, der andere drängt zur Heiligkeit. Der eine verleugnet die Kirche, der andere zieht sie an.

„Unser Ideal: ein Kind unseres Jahrhunderts zu sein; in uns die Kirche und die moderne Welt in Einklang zu bringen.“

„Über die Stimme der Geschichte selbst ruft uns die Vorsehung zur Heiligkeit auf, und wir müssen diesem Aufruf folgen, um der Welt die Botschaft der Freiheit, des Friedens, der Seligkeit und der Liebe zu verkünden. . .“

Der „Franziskaner von Bourges“ handelte im gleichen Geist, sowohl in Bourges als auch in Dijon. Ich habe persönlich die Ehre und die Freude gehabt, ihm zuzuhören und mit ihm ein Zwiesgespräch kurz vor seinem Tod zu führen.

Zahlreich waren während des Krieges die Priester und die Laien, sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite, die wirklich Handwerker des Friedens waren.

Während meiner Jugend bin ich häufig mit einem deutschen Gemeindepfarrer zusammengekommen, der den französischen Gefangenen viel Hilfe geleistet hatte, und er hat mein Leben tief geprägt.

Ein polnischer Priester, Pater *Maximilian Kolbe*, hat die christliche Nächstenliebe in erhabenster Weise zum Ausdruck gebracht. Dieser Mensch hat freiwillig den Tod gewählt, um das Leben eines anderen, eines Familienvaters, zu retten.

Seine Tat, die von der „allergrößten Liebe“ kündigt, hat eine weltweite moralische Auswirkung.

Und wenn es wichtig war, während des Krieges für den Frieden zu beten, so ist es dies heute und gegenwärtig nicht um so weniger.

Wir müssen das schwierige Gleichgewicht des Friedens erreichen.

„Der Seiltänzer geht auf seinem straffen Seil hin und her und führt seine gefährvollen Übungen vor. Er schaut nicht auf seine Füße, die er vorsichtig auf das Seil setzt, aber seine Augen fixieren den Gleichgewichtsstab, der ihm an den jeweiligen Extremitäten die Senkrechte angibt. . . Sie ermöglicht es ihm, beim geringsten Ausrutscher sein Gleichgewicht wiederzuerlangen.“

„Der Friede ist ein über einen Abgrund straff gespanntes Seil. Der Herr ist unsere Senkrechte: wenn wir unsere Augen stets auf ihn richten, wird es uns immer gelingen, unsere Wankungen auszugleichen, und furchtlos werden wir über den Abgrund gehen und das Ziel erreichen!“

„Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch“, sagt Jesus in Johannes 14,27.

Und so betete *Papst Paul VI.*:

„Mein Gott, du weißt es, Menschen arbeiten im stillen für den Frieden, mit Mut und Selbstlosigkeit. Und sie beten mit reuigem Herzen, mit unschuldigem Herzen. Es gibt Christen, mein Gott — und wie viele werden es wohl auf dieser Welt sein —, die dein Evangelium leben wollen, die sich aufopfern und ihre Liebe schenken. Du, der die Sünden dieser Welt vergibst, gib uns den Frieden.“

Seien wir Frauen und Männer im Gebet für den Frieden, und somit Botschafter des Friedens und lebende Zeichen des Friedens.

Es muß in das Mysterium eingedrungen werden, das sich inmitten der Gläubigen entfaltet, die für den Frieden beten und die aus ihrem Gebet einen wirklichen Dienst am Frieden machen.

Das Gebet für den Frieden ist einer der bevorzugten Wege, in das Mysterium des Gebetes einzudringen.

Daher, soweit jeder Christ am Schicksal Christi teilnimmt und er durch sein Gebet der Welt verkündet, daß der Frieden nur in Christus kommen kann, ist er durch die Kraft selbst seines Gebetes Sakrament des Friedens.

Wenn der Herr uns verkündet: „Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch“ (Johannes 14,27), handelt es sich nicht um einen Frieden im Sinne dieser Welt, d. h. um eine Ruhe, wo sich die ungestillten Dämonen des Krieges verkriechen, sondern wohl um diese Kraft des Heiligen Geistes, die die Macht der Liebe über die Sünde verleiht, und den endgültigen Sieg Christi über die Welt und den Tod verkündet, wie es der heilige Johannes 20,19—23, in den Erscheinungen des Herrn an die Jünger: „Am Abend aber desselben ersten Tages der Woche, da die Jünger versammelt und die Türen verschlossen waren aus Furcht vor den Juden, kam Jesus und trat mitten ein und spricht zu ihnen: Friede sei mit euch! Und als er das gesagt hatte, zeigte er ihnen die Hände und seine Seite. Da wurden die Jünger froh, daß sie den Herrn sahen. Da sprach Jesus abermals zu ihnen: Friede sei mit euch! Gleich wie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch. Und da er das gesagt hatte, blies er sie an und spricht zu ihnen: „Nehmet hin den Heiligen Geist! Welchen ihr die Sünden erlasst, denen sind sie erlassen; und welchen ihr sie behaltet, denen sind sie behalten.“

Frieden wollen heißt also, ihn bekommen und ihn geben.

Diese Art des Gebetes entspricht den Rufen des Heiligen Geistes in uns, wovon Paulus im Brief an die Kolosser spricht 3,15: „Und der Friede Christi regiere in euren Herzen, zu welchem ihr auch berufen seid in einem Leibe; und seid dankbar.“

Und im Brief an die Philipper 4,7 und 9.

„Und der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus! . . . Was ihr auch gelernt und empfangen und gehört und gesehen habt an mir, das tut: so wird der Gott des Friedens mit euch sein.“

„Und der Friede Gottes, der alles, was man sich vorstellen kann, übertrifft, wird euer Herz und euren Geist in Jesus Christus bewahren.“

Es ist wahrhaftig in seinem Herzen, daß der Frieden gestaltet werden muß.

Der Friede des Herzens ist das Paradies der Menschen, sagte Plato.

Die Fürbitten, das Gebet der Armen schaffen dem Gläubigen Einlaß zur Gewißheit und Nähe des Herren, und die Gottesgabe des Friedens ist dafür der Anfang.

Das Gebet für den Frieden ist demnach eine der bevorzugten Formen des Wartens auf den Herrn, Fürst des Friedens.

Wenn die Fürbitte allumfassend, d. h. Gebet der Kirche für alle Menschen ist, ist sie in uns Ausdruck des Heiligen Geistes, der das Gebet des Sohnes Gottes betet, und uns somit in einen befriedenden Leib vereint.

Es ist also wichtig, daß die Verkündung des Friedens, genährt vom Wort Gottes, vor allem dazu beiträgt, die entscheidende Bedeutung des Gebets wiederzuentdecken, das allein dem Aufbau des Friedens in der Kirche und in der Welt seinen Sinn geben kann, denn es enthält in vollem Umfang seine Dynamik und seine Wirkungskraft.

In dem Gebet für den Frieden verwirklicht sich die Versöhnung der Tragik der menschlichen Existenz und der Ehre Gottes.

Für den Frieden zu beten ist für den Frieden zu werken. Es ist ein Vorgriff auf das Reich Gottes: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Matthäus 5,9).

„Das Gebet für den Frieden darf nie in der Stimme der Kirche fehlen“, erklärte Papst Johannes Paul II. am 30. August 1981.

In einer von einer Gewalt mit vielen Gesichtszügen erschütterten und bedrohten Welt haben wir aus dieser brüderlichen Zusammenkunft ein Zeichen und eine Botschaft des Friedens machen wollen.

Wir können in der Tat nicht Zeuge der Auferstehung Christi sein, ohne gleichzeitig Botschafter des Friedens zu sein.

Christus hat den Frieden auf die Erde gebracht, nicht nur durch die Offenbarung der Liebe des Vaters zu den Menschen, sondern vor allem indem er sie, durch sein Opfer, mit Gott versöhnte.

Durch die Opferung seines Lebens auf dem Kreuz hat Jesus Christus die Sünde und den Haß zerstört, die sich dem Frieden mit Gott und den Menschen entgegensetzten. So ist es nicht verwunderlich, daß die ersten Worte des Auferstandenen an die Jünger „Friede sei mit euch!“ waren.

— An Jesus Christus glauben heißt, den von Gott gegebenen Frieden zu erleben.

— An Jesus Christus glauben heißt, sein Leben als Zeichen und als Dienst des Friedens zu gestalten.

- An Jesus Christus glauben heißt, an den Beginn einer erneuerten und durch seine Liebe versöhnten Welt zu glauben und daran bereits auf dieser Erde von ganzem Herzen zu werken.

Mit Franz von Assisi wenden wir uns an den Gott der Liebe, um ihn zu bitten:

„Herr, laß uns friedfertig sein. Wenn der Haß herrscht, laß uns die Liebe verkünden — Wenn die Beleidigung verletzt, laß uns verzeihn. Wenn die Zwietracht herrscht, laß uns den Frieden bauen.“

Alljährlich fordert uns Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft auf, über verschiedene Gesichtspunkte des Friedens nachzudenken. In diesem Jahr lautet das Thema: „Zur Gestaltung des Friedens, achtet die Minderheiten“. Vorangegangen waren z.B. Themen wie „Entwicklung und Solidarität, zwei Schlüssel für den Frieden“ — „Die religiöse Freiheit, Voraussetzung zum Gemeinschaftsleben in Frieden“ oder „Frieden und Jugend marschieren zusammen“.

Dies betrifft uns unmittelbar bei dem seit dreißig Jahren durchgeführten Abenteuer der internationalen Soldatenwallfahrt.

Die internationale Soldatenwallfahrt ist im Herzen zweier Priester geboren; der eine Franzose, *Pater Besombes*, der andere Deutscher, *Dekan Steger*, die sich anlässlich einer NATO-Besprechung in Den Haag trafen. Beide hatten die Wirren des Krieges miterlebt und hatten freundschaftliche Beziehungen in den Jahren 44–45 geschlossen. Ihr Grundgedanke war, daß alle Soldaten unserer Länder sich in Lourdes treffen und offenbaren sollten, daß Brüderlichkeit den Haß verdrängt.

Der Traum wurde 1958 Wirklichkeit. Der hundertste Jahrestag der Erscheinung der Mutter Gottes an Bernadette gab Anlaß zu Verwirklichung dieses Wunsches,

- den nationalen französischen Rahmen dieser Wallfahrt zu erweitern,
- andere Länder, andere Streitkräfte, andere Militärseelsorger einzuladen,
- aus Lourdes eine Stätte der Begegnung und der Aussöhnung zu machen.

Um *Kardinal Feltin*, Erzbischof von Paris, Vikar der französischen Streitkräfte, um *Kardinal Wendel*, Erzbischof von München, um andere Militärseelsorger aus befreundeten Nationen und um *Marschal Juin* versammelten sich große Delegationen aus zahlreichen Ländern.

Diese imposante Ansammlung der internationalen Soldatenwallfahrt 1958 stellte ein kirchliches Ereignis von internationalem und politischem Ausmaß dar.

Sie offenbarte den Willen zur Versöhnung und den tiefen Wunsch zum weltweiten Frieden.

Anlässlich der ersten internationalen Soldatenwallfahrt beschrieb der Bischof von Lourdes, Monsignore Theas, den Geist der Ansammlung wie folgt:

„Marianische Zusammenkunft,
Friedenbringende Zusammenkunft,
Brüderliche Zusammenkunft.“

Kardinal Feltin erklärte:

„Sie werden in ihrer Umgebung einen friedlichen Geist verbreiten. Ich sage nicht pazifistisch, denn die Pazifisten sind zu Verzichten und Verleugnungen bereit, die wir nicht hinnehmen können. Ich sage friedlicher Geist, denn er achtet die Rechte eines jeden, eines jeden Landes mit Treue.“

Meréché Juin erklärte:

„In diese heilige Stätte sind sie gekommen, um die tiefe Überzeugung zu bekunden, die Glaube und Hoffnung verleihen. Manchmal kommt man nach Lourdes, um den Leib, aber immer um die Seele zu heilen. Darum findet man hier immer die Beschwichtigung, denn man befreit sich von den Ungewißeheiten. Nach dieser Zusammenkunft werden sie besser verstehen, was Rassen und Nationen sind, aber auch, was die Liebe ist, die alle Menschen vereinen soll.“

In seiner Botschaft an die Pilger erklärte *Papst Pius XII.*:

„Ein gleiches Gebet führt euch zusammen, um Gott die Fürbitten ihrer Heimatländer, die Fürbitten des Friedens anzuvertrauen. Liebt eure jeweiligen Heimatländer und seid ihnen zu Diensten, so wie es ihre Pflicht und die spontane Bewegung ihrer Herzen wollen.

Aber wenn ihre Herzen friedliebend sind, wird diese legitime Zuneigung Quelle von Reichtum für die Welt, und nicht Anlaß zu Rivalitäten und Spaltungen werden.“

Aufgrund der Begeisterung der Teilnehmer wurde beschlossen, die Wallfahrt alljährlich zu wiederholen.

Der Samen ist Ähre geworden, der Wassertropfen ist Brunnen geworden, und das, was als ein irres Unternehmen erschien, ist ein Abenteuer des Glaubens geworden.

Getragen von dem Wunsch, stets andere Länder einzuladen, finden sich seither vor der Grotte von Lourdes alljährlich 20000 Soldaten aus 18 bis 20 Ländern Europas und verschiedenen Kontinenten wieder, für eine ungewöhnliche Zusammenkunft von weltweiter Brüderlichkeit und Freundschaft, des Nachdenkens, Glaubens, innerer Einsicht, Stille und Gebetes.

Die Verantwortlichen aus aller Herren Länder für diese Wallfahrt sind von der Weiterverfolgung der gezogenen Furche überzeugt. Anlässlich der 25. Wallfahrt haben sie als Thema des Zusammentreffens die Worte von Papst Johannes II. auserwählt: „Der Friede, eine den Menschen anvertrauten Gabe Gottes“.

Am 30. internationalen Soldatentreffen in Lourdes fühlten wir uns als „Brüder unter der Obhut Marias“. In diesem Jahr, anlässlich der 31. Internationalen Soldatenwallfahrt, werden wir entdecken, „wie wir dem Leben Vertrauen schenken sollen, denn Gott lebt mit uns“.

Die Internationale Soldatenwallfahrt ist wohl das Abenteuer einer Treue, „ein Treffpunkt vergrabenen Hasses“, „eine kleine Insel des Friedens, wo Menschen, ohne Unterschied von Land, Rasse, Hautfarbe, sich wie Brüder zu lieben lernen . . .“

Eingeleitet wie eine Herausforderung, bleibt die Internationale Soldatenwallfahrt ein Zeichen der Hoffnung, ein Beitrag zum Frieden.

Selig sind die, die in dieses irre Unternehmen, in dieses Abenteuer des Glaubens Vertrauen hatten — selig sind die, die dafür durch Urbarmachung und Bearbeitung der Böden der Herzen gewerkt haben, das Saatgut des Evangeliums ausstreuend, den Haß neutralisierend, die Versöhnung, die Freundschaft, die Liebe ermöglichend.

Sie waren, sie sind Handwerker des Friedens!

In Lourdes, in dieser schwierigen Begegnungsstätte . . . Begegnungsstätte zwischen Himmel und Erde — in dieser unmöglich scheinenden Zusammenkunft von sehr verschiedenen Nationen, gestern Freunde oder Feinde, heute Freunde oder brüderlich verbunden, Kranke und Gesunde, hier können wir gemeinsam einen Schritt unternehmen, um Handwerker des Friedens zu werden, um in Gemeinschaft zu leben und um in unserem alltäglichen Leben

„dieses Fest der Brüderlichkeit ohne Grenzen,
diese festliche Begehung des Glaubens ohne Schranken,
diese uneingeschränkte Aufnahme vom Christus des Evangeliums,
diese furchtlose Antwort an die Botschaft Marias an Bernadette“

weiterzuführen.

Als Soldaten versuchen wir manchmal, bis hin zur Opferung unseres Lebens, das Wort Christi in die Tat umzusetzen: „Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch.“

Wir Soldaten, die vielleicht weniger als andere vom Frieden sprechen,
wir nehmen den Frieden in Angriff,
wir wagen den Frieden,
wir halten den Frieden aufrecht,
wir gewinnen den Frieden.

Bewaffnen wir uns mit dem Frieden,
Erklären wir den Frieden.

Ich überbringe Ihnen die Freundschaftsgrüße von Seiner Exzellenz, Jacques Fihey, Militärbischof der französischen Streitkräfte, von Herrn Generalvikar Jacques Alazaro, Leiter der Internationalen Soldatenwallfahrt, und von den französischen Seelsorgern, die wir in Lourdes wiedertreffen werden.

Unser *Militärbischof Dr. Elmer Maria Kredel*, Erzbischof von Bamberg mahnte die Zuhörer in seinem Schlußwort:

Verehrter Herr Dr. Barzel!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Soldaten,
vor allem liebe französische Freunde!

Ich gehöre zu der Generation, die als junge Männer und Soldaten den 2. Weltkrieg erleben mußten. Ich hätte es nicht zu träumen gewagt, eine solche Veranstaltung, die die deutsch-französische Freundschaft feiert, erleben zu dürfen. Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, Deutschen und Franzosen, für uns damals hätte dies ins Reich der Utopie gehört, wenn wir überhaupt daran gedacht hätten. Wir hätten uns einen Waffenstillstand gewünscht, hätten uns mit Schweigen der Waffen zufrieden gegeben.

Mich berührt diese Stunde. Mich haben die Worte berührt, die wir gehört haben. Ich *danke* Ihnen, Herr Dr. Barzel, für Ihren Vortrag. Ich *danke* für die Erinnerung eines Kriegsteilnehmers; ich *danke* dem französischen Militärseelsorger für sein geistliches Wort. In einer solchen Stunde, in der wir die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland feiern dürfen, bewegt mich allerdings eine andere Frage: *Wird die Versöhnung in der Zukunft standhalten?* Standhalten den politischen und sozialen Spannungen, die technische und gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen können? Vor allem — wird sie dem Menschen standhalten, der mit seinem verkehrten Herzen immer wieder das Unkraut der Friedlosigkeit zwischen den Weizen der Versöhnung zu säen wußte.

Wird die Versöhnung der Zukunft und dem Menschen standhalten? Gewiß — hier sind politische und soziale Maßnahmen notwendig. Hier braucht es Frauen und Männer, die mit politischem Auftrag und politischem Amt mit Herz und Verstand den Frieden suchen. Notwendig sind wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen, um das friedliche Zusammenleben der Völker zu ermöglichen. Und es braucht die Sicherung der befreundeten Völker gegen Bedrohung, Erpressung und Aggression Dritter.

Reichen die Maßnahmen aus, um die Versöhnung, die wir heute feiern, der Generation weiterzugeben, die nach uns das Heft der Geschichte in die Hand nimmt?

Als Bischof möchte ich auf eine andere Notwendigkeit hinweisen! Wenn wir die Geschichte der Menschen mit den Augen des Glaubens anschauen, lernen wir, daß die eigentliche Ursache des Unfriedens der Mensch selbst ist — alle Menschen zusammen, vor allem aber jeder einzelne. Wollen wir Frieden bewahren und Versöhnung sichern, dürfen wir Menschen dieses Werk nicht delegieren an einige, die als Politiker und Lenker der Staaten dies tun. Wir müssen vielmehr *alle* dafür sorgen — jeder an seinem Ort und nach seinen Möglichkeiten. Alle aber müssen daran arbeiten, daß ihr *Herz die Ursache von Frieden wird!* Alle müssen *umkehren* — und ich meine dies in durchaus biblischem Sinn.

„Kehrt um und glaubt an das Evangelium“ — diesen Ruf, den Markus an den Anfang seines Evangeliums gesetzt hat, möchte ich Ihnen mitgeben für die Überlegungen, die anste-

hen: Wie kann das Werk der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland der Zukunft standhalten?

Die Versammlung dankte unserem Bischof durch langanhaltende Zustimmung für sein bedeutenswertes Wort.

Zwei Veranstaltungen für den Frieden

In Köln und Bonn zwei, man möchte fast sagen beispielhafte Gedenkstunden im Rahmen des Weltfriedenstages. Völlig unterschiedlich in der Gestaltung, sind sie jedoch eins in der Zielsetzung.

Soldaten wollen Gott danken für die bisher längste Friedenszeit, die Deutschland erleben durfte.

Soldaten wollen bezeugen, daß sie zu einer neuen Form ihres Berufsverständnisses gefunden haben, zum Schützer des Friedens.

Soldaten wollen Gott bitten, Ihnen die Gnade zu geben, Werke des Friedens zu tun.

In Köln waren fast 3 000 Soldaten, davon etwa 80 % junge Menschen im Dom versammelt.

Der hohe Anteil von Generalen und hohen Stabsoffizieren zeigte, daß man in *der Bundeswehr* dem Frieden verpflichtet ist.

Soldaten wissen aus dem täglichen Training für ihre Aufgabe um die furchtbare Wirkung der Waffen. Den Einsatz dieser Kriegsmittel gilt es zu verhindern. Das sollte auf vier Wegen geschehen:

- Von Soldaten, den Fachleuten, muß den Politikern deutlich gemacht werden, daß mit diesen Waffen ein Krieg kein Mittel der Politik mehr sein kann.
- Bewaffnung kann nur noch den Sinn haben, den potentiellen Friedensbrecher von seiner Untat abzuhalten.
- Am Anfang aller Tätigkeit für den Frieden muß deutlich werden, daß nur Gott der Herr über den vollkommenen Frieden ist. Aber seit Christi Mahnung zur Nächstenliebe sind auch Soldaten aufgerufen, Werke des Friedens zu tun, um dem Frieden immer ein Stück näher zu kommen.
- Soldatischer Dienst muß neben der Ausbildung zum Schutz vor Angreifen die Komponente haben, mehr Frieden in dieser Welt zu machen. Die vielen Werke (von Caritas bis Kolbe) sind nur einige von vielen Möglichkeiten.

In Köln lag der Akzent, wie im Wort des heiligen Vaters vorgegeben, auf dem Abbau der Vorurteile vor den Minderheiten, Frieden in der Gesellschaft, Frieden auch mit kleinen Völkern.

In Bonn lag der Schwerpunkt auf der Beispielhaftigkeit der deutsch-französischen Aussöhnung. Ebenso wie heute ein Krieg zwischen Bayern und Niedersachsen unmöglich ist,

kann auch in Zukunft kein Krieg mehr zwischen der Bundesrepublik und Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz oder Österreich möglich sein.

Aus dieser Entwicklung läßt sich ableiten, daß ein solcher Zustand auch mit der DDR und den Völkern des Ostens möglich sein müßte.

Wenn Bischof Luthe in Köln „träumte“, daß bald auch polnische oder ungarische Soldaten mit den Soldaten des Westens nach Lourdes pilgern könnten — warum nicht auch Soldaten des Westens nach Tschenstochau? —, so kann man sich vorstellen, daß dann, wenn alle Staaten dem Krieg als Mittel der Politik absagen, wir auch im Osten zu — deutsch-französischen — Zuständen kommen können.

Allerdings, der Bundestagspräsident a. D. Dr. R. Barzel hat auch darauf hingewiesen, daß diesen Worten Taten folgen müssen.

Gorbatschow hat Abrüstung (auch konventionell) angekündigt, er hat den Einsatz in Afghanistan als Sünde bezeichnet.

Gute Worte, nun müssen neue Fakten geschaffen werden. Dann aber ist kein Platz mehr für Menschenrechtsverletzungen und für die Mauer in Berlin. Beten wir, daß Gott den Führenden seine Einsicht gibt.

In Bonn hat der Erzbischof von Bamberg, Dr. Elmar Maria Kredel, zugleich unser Militärbischof, an die Fehlerhaftigkeit des Menschen, an die Sünde, erinnert. Er hat damit aufgenommen, was Dr. Barzel für den profanen Bereich ausdrückte, als er sagte: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“.

Wir müssen — auch bei uns in der Freude deutsch-französischer Freundschaft — wissen, daß der Mensch unter der Fron der Sünde lebt — als Einzelner, als Gemeinschaft. Nur insoweit wir die Sünde überwinden, winkt uns der Preis des Friedens.

Hoffnung aber muß aufkommen, wenn wir in Bonn erleben konnten, daß junge Menschen, die nach dem Krieg geboren wurden, die einfach nicht wissen können, was Krieg ist, diejenigen der Reservisten, die den Krieg erlebt haben, befragten.

Sie wollten wissen: „Wie war das möglich?“

Sicherlich wird ihnen nicht immer eine befriedigende Auskunft zuteil geworden sein. Denn das Phänomen, eine Nation, die den Frieden will, in einen Krieg zu führen, ist nicht leicht zu erklären.

Es gab — und es wird sie immer geben — so viele „Hilfswillige“. Idealisten, Frustrierte, Enttäuschte, Unwissende, Gutwillige, Utopisten und Chaoten können zusammentreffen und Flammen entfesseln. Gezügelte menschliche Leidenschaften können überborden und sich zum Flächenbrand entwickeln.

Vor den Verführungen ist niemand niemals sicher.

So war es dann eine weitere Hoffnung, daß beide Veranstaltungen erkennen ließen, daß die Teilnehmer, ob Alt oder Jung, sich der Gnade Gottes anheimzugeben, bereit waren.

Gott kann die Erlösung schenken aus der Fülle seiner Gnade. Beten wir bei unseren Entscheidungen täglich um diese Gnade. Und auch das wurde deutlich — legen wir Zeugnis ab und bekennen uns zu ihm.

Weltfriedenstag sind gute Tage, sie geben Kraft und Freude, zur Arbeit für immer mehr Frieden.

Welttag des Friedens in Munster

Emil Kladiwa

Etwa 300 katholische Soldaten aus den Standorten Munster und Faßberg, Mitglieder der St. Michael-Pfarrgemeinde, sowie eine niederländische und britische Abordnung feierten in einem Soldatengottesdienst am Anfang des Jahres 1989 in der St. Michael-Kirche in Munster den Welttag des Friedens 1989.

Zu diesem Gottesdienst hatte der katholische Standortpfarrer von Munster und Faßberg, sowie der GKS-Kreis Munster eingeladen. Militärpfarrer Heinrich Theisen und sein niederländischer Amtsbruder vom 41. (NL) Tank-Bataillon in Bergen-Hohne, Militärpfarrer van der Krabben, zelebrierten gemeinsam diesen Gottesdienst. Der Gottesdienst wurde mitgestaltet von der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) und einer Bläserbesetzung des Heeresmusikkorps 3 aus Lüneburg. Ein wehrpflichtiger Soldat an der Orgel setzte ebenfalls besondere Akzente.

Die Lesungen, das Evangelium und die von Militärpfarrer Theisen gehaltene Predigt, standen unter dem Gesamtthema der von Papst Johannes Paul II. verkündeten Botschaft zum Welttag des Friedens 1989: „Frieden schaffen — Minderheiten respektieren“.

Bei dem im Anschluß an den Soldatengottesdienst stattfindenden Empfang, konnte der stellvertretende Sprecher des GKS-Kreises Munster, Oberstleutnant Christoph von Hobe u. a. den Standortältesten von Munster, Oberst Rottländer, den Kommandeur der Panzerlehrbrigade 9, Oberst Spiering, sowie Vertreter der verbündeten Streitkräfte begrüßen. Der Geschäftsführer der GKS im Wehrbereich II, Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa, dankte Militärpfarrer Theisen und Militärpfarrer van der Krabben, sowie dem GKS-Kreis Munster dafür, daß auch im Jahr 1989 dieser beeindruckende Soldatengottesdienst gefeiert wurde. Anschließend ging er auf die Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) ein und deren Anliegen für die Erhaltung und Förderung des Friedens.

In der Diözese Hildesheim lädt seit vielen Jahren der Diözesanbischof Dr. Josef Homeyer, die im Raum Hildesheim und Hannover stationierten Soldaten zu einem Soldatengottesdienst in den Dom in Hildesheim ein, um den *Welttag des Friedens* zu feiern.

Der Geschäftsführer der GKS im Wehrbereich II regte bei dem Empfang in Munster an, für den nördlichen Bereich des Wehrbereichs II, am Anfang eines Jahres ebenfalls einen gemeinsamen Soldatengottesdienst aller im Raum Munster, Faßberg, Buxtehude und Lüneburg stationierten Soldaten im „Heidedom“ zu Munster zu feiern.

Jahresthema 1989/1990

Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten

Helmut Jermer

Mit dem in diesem Heft aufgenommenen Jahresthema „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ soll in die 29. Woche der Begegnung, die vom 17. bis 21. April 1989 in Leitershofen bei Augsburg stattfinden wird, eingestimmt werden.

Verschiedene Gedenktage regen uns in diesem Jahr zum Nachdenken über geschichtliche und politische Ereignisse, über deren Ursache und (Nach-)Wirkungen an. So feiern wir am 23. Mai die Verkündung des Grundgesetzes und damit den Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland.

Für uns Soldaten Grund genug, uns auf die durch das Grundgesetz vermittelten und gehegten Werte, die wir als verteidigungswürdig erachten, zu besinnen, haben wir doch feierlich versprochen, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Ein anderer Gedenktag, der uns in Trauer und Schmerz zurückblicken läßt, mahnt uns zur Erinnerung an die Opfer des Zweiten Weltkrieges. Am 1. September vor 50 Jahren begann Deutschland den bisher schlimmsten Krieg der Weltgeschichte. Gerade wir Soldaten fragen nach den Ursachen dieser verhängnisvollen kriegesischen Entladung menschenverachtender Diktaturen. Wir wollen nie die Lehren der Vergangenheit vergessen und haben uns deshalb *dem Frieden verpflichtet*, und das nicht nur, weil das Gesetz es befiehlt, sondern weil dies — auf den Punkt gebracht — unserem Selbstverständnis entspricht!

Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten

Das Menschenbild unserer Verfassung

Paul Schulz

„Und Gott sprach:

Laßt uns Menschen machen als unser Bild, wie unsere Ähnlichkeit, damit sie herrschen... Und Gott schuf den Menschen als sein Bild, als Gottesbild schuf er ihn, männlich und weiblich schuf er sie.“

(Gen 1,26f.)

40 Jahre Grundgesetz

Vor 40 Jahren, am 23. Mai 1949, gab sich das deutsche Volk mit dem Grundgesetz eine neue Verfassung. Auf diese Weise hatte es die im totalen Zusammenbruch von 1945 liegende einmalige Chance und Hoffnung auf einen positiven Neubeginn genutzt. Deutschland kehrte so zu den freiheitlichen und demokratischen Traditionen seiner Geschichte zurück. Damit sollte auf alle Zeit dem Ungeist ein Ende bereitet werden, der den demokratischen Verfassungsstaat von Weimar scheitern ließ und die menschenverachtende Herrschaft des Nationalsozialismus ermöglicht hatte.

Diese Wiederzuwendung zur politischen Kultur Europas ist endgültig und nicht mehr rückgängig zu machen. Denn durch das Grundgesetz bekennt sich das deutsche Volk *„zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“*¹⁾ Durch eine strenge Verankerung der Menschen- und Grundrechte sowie Verzicht auf jede plebiszitäre Regelung soll das Wiedererstehen eines totalitären und menschenverachtenden Systems wie das des Nationalsozialismus ein für allemal verhindert werden. Deshalb wurden die strengen Bestimmungen über die Änderungen des Grundgesetzes (Art. 79) und das Verbot, die Grundsätze der Art. 1 bis 20 zu verändern, aufgenommen. Das Grundgesetz stellt so eine bewußt gewollte *Gegen-Verfassung* zur Weimarer Verfassung dar.

Aus der Entstehungsgeschichte, aus der Beschränkung auf das sachlich Notwendige, auch aus dem ursprünglich vorläufigen Charakter und der Wahl der Bezeichnung darf nicht geschlossen werden, das Grundgesetz sei ein Provisorium. Im Gegenteil stellt es nach verbreiteter Auffassung eine moderne und *extrem verfassungsrechtliche Staatsverfassung* dar. Im Grundgesetz steckt die Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsnormen, welche die Grundordnung unserer Republik ausmacht. Es regelt sowohl das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat in wesentlichen Grundzügen, als es auch die Organisation und die Arbeitsweise dieses Staates festlegt.

Die Entscheidung für die Wertegemeinschaft der freien europäischen Völker bestimmt das Leben von Gesellschaft und Staat in der Bundesrepublik Deutschland. Sie setzt zugleich Maßstäbe für Deutschland als Ganzes, indem unser Volk in der Präambel des Grundgesetzes aufgefordert wird, *„in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“*.

Das Grundgesetz ist eine *offene* Verfassung. Entscheidende gesellschaftspolitische Fragen, z.B. der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wurden bewußt nicht beantwortet, um sie unterhalb der Verfassung durch einfache Gesetze regeln zu können. Dies kommt auch in einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1953 zum Ausdruck, in der es heißt,

„... das Verfassungsrecht (besteht) nicht nur aus den einzelnen Sätzen der geschriebenen Verfassung, sondern auch aus gewissen sie verbindenden, innerlich zusammenhaltenden allgemeinen Grundsätzen und Leitideen, die der Verfassungsgesetzgeber, weil sie das vor-verfassungsmäßige Gesamtbild geprägt haben, von dem er ausgegangen ist, nicht in einem besonderen Rechtssatz konkretisiert hat...“²⁾

Auch wenn der moderne Verfassungsstaat sich zur weltanschaulichen Neutralität bekennt, so ist er dennoch nicht wertneutral. Die Wertbindung des Staates sowie die Wertordnung der Verfassung kommen zum Ausdruck in der den Gesetzgeber unmittelbar bindenden Leitidee der Rechtsstaatlichkeit³⁾ und in dem Bild, welches das Grundgesetz vom Menschen zeichnet. Durch die Wertbindung soll verhindert werden, daß die gültige Rechtsordnung, die zugleich eine Wertordnung darstellt, zu einer bloßen Machtordnung abgeleitet.

Das Bundesverfassungsgericht beurteilt dies wie folgt:

„Dem Grundgesetz liegen Prinzipien der Staatsgestaltung zugrunde, die sich nur aus der geschichtlichen Erfahrung und der geistig-sittlichen Auseinandersetzung mit dem vorausgegangenen System des Nationalsozialismus erklären lassen. Gegenüber der Allmacht des totalitären Staates, der schrankenlose Herrschaft über alle Bereiche des sozialen Lebens für sich beanspruchte und dem bei der Verfolgung seiner Staatsziele die Rücksicht auch auf das Leben des einzelnen nichts bedeutete, hat das Grundgesetz eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet, die den einzelnen Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt aller seiner Regelungen stellt. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt.“⁴⁾

Diese Entscheidung drückt auch aus, daß die freiheitliche Ordnung sich trennscharf von der unfreiheitlichen durch die Verwirklichung von Menschenwürde und Menschenrechten unterscheidet.

Das Menschenbild des Grundgesetzes

Festlegung des Menschenbildes durch Art. 1 GG

In der o. a. Zitierung des Bundesverfassungsgerichtes wird bereits das Menschenbild des Grundgesetzes sichtbar. Es widerlegt auch diejenigen, die behaupten, das Grundgesetz lege sich weder auf eine Wertordnung noch auf ein Menschenbild fest. Deshalb muß m. E. auch nicht mehr der Frage nachgegangen werden, ob das Grundgesetz ein Menschenbild zeichnet. Geprüft werden muß, welches Bild das Grundgesetz vom Menschen entwirft und ob seine heutige Wirklichkeit noch dem Verfassungsanspruch von 1949 entspricht.

Die Wahl eines Menschenbildes ist sicherlich von vielen Umständen und Motiven abhängig. Die Vorstellungen der einzelnen Menschen selbst sind geprägt durch Werthaltung und -bevorzugung, Umgebung, Erfahrungen, Zeitumstände, vorherrschende Gemütsbewegungen und andere Faktoren. Je nach Betrachtungsweise wird man zu einem Bild gelangen, das stärker religiös-philosophisch, anthropologisch, medizinisch-biologisch, psychologisch, wirtschaftlich-sozial, politisch oder mehr juristisch geprägt ist. Es ist also schwierig, eine allgemeingültige und zeitlose Antwort zu finden.

Das Menschenbild ist eng mit der Frage nach dem Wesen und dem Sinn des Menschen, seinem Lebensweg und seiner Stellung in der Welt verknüpft. Deshalb hat der Grundgesetzgeber sich bemüht, die Antwort aus der Erkenntnis zu geben, daß nämlich der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt (s.o.). Diese Gesamtsicht, die zusätzlich genutzten besonderen geschichtlichen Erfahrungen und die konkrete Chance des Neuanfangs wird besonders deutlich im Art. 1:

- (1) *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*
- (2) *Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.*
- (3) *Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.*

In diesem Art. 1 GG wird an herausragender Stelle das Staatsziel der Bundesrepublik, die Achtung und der Schutz der Menschenwürde, definiert, das in den Art. 2 bis 19 durch die anderen Grundrechte spezifiziert wird, ohne daß das Ziel hierdurch eine neue und höhere Qualität erhält. Diese Aussage gilt ebenso für die Verknüpfung der Menschenwürde/Personenwürde⁵⁾ mit den Menschenrechten (Art. 1 Abs. 2), die dadurch zu einer Funktion der unantastbaren Würde werden. Unverkennbar für das Menschenbild ist auch der Zusammenhang der Personenwürde mit den Grundrechten, die in besonderem Maße die Freiheit der Person qualifizieren.⁶⁾ Mit anderen Worten, Würde bedarf zu ihrer Entfaltung der Freiheit. Und „*Freiheit bedeutet dabei nicht bloß Schutz vor der Staatsgewalt, sondern auch Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung für jeden Bürger als weiteres wesentliches Element des demokratischen Rechtsstaates.*“⁷⁾

Das Demokratie-, Rechtsstaats- und Bundesstaatsprinzip des Art. 20 enthält die tragenden Grundsätze unseres Staatsaufbaus, das sich auf den Weg bezieht, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Demgegenüber erscheint das Sozialstaatsprinzip als Konkretisierung der staatlichen Schutzpflicht des Art. 1 Abs. 1.⁸⁾

Der Ursprung des Menschenbildes

Der europäische Kulturkreis, zu dem das Grundgesetz gehört und der durch seine Ausstrahlungskraft mehr und mehr zum weltweit geltenden Maßstab aller Politik wird, ist christlich abendländischen Ursprungs. Das in dem zentralen Grundwert *Personenwürde*

zum Ausdruck kommende Menschenbild des Grundgesetzes ist zutiefst von den Wertvorstellungen und Normen dieser Kultur, besonders von der christlichen Lehre vom Menschen als dem Ebenbild Gottes, geprägt. Erst durch die Botschaft Christi wurden Würde und Freiheit der Person als das Eigentümliche des menschlichen Daseins erkannt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß — obwohl diese Erkenntnis ohne das christliche Bewußtsein und Bildungsideal nicht denkbar wäre — die Kirche der Idee der Menschenrechte lange Zeit mit Skepsis und Ablehnung gegenüberstand. Diese Vorbehalte sind überwunden. Heute sind die Menschenrechte als zentrale Werte und als Angelpunkt jeder rechtsstaatlich-demokratischen Verfassung allgemein anerkannt. Kirche und Staat wissen, daß sie zwar nach Ursprung, Ziel und Verfassung verschieden sind, sie sich jedoch wechselseitig ergänzen und fördern.

„Die Tatsache (daß das Menschenbild des Grundgesetzes christlich geprägt ist) ist nicht erstaunlich, sondern eher eine Selbstverständlichkeit. Denn die verfassungsgebende Gewalt, die das Grundgesetz geschaffen hat, liegt bei einem Volk, das seit Jahrhunderten ein christliches Volk gewesen ist und deshalb in einer Tradition steht, die nicht so leicht zu überwinden wäre, selbst wenn man das wollte.“⁹⁾ Diese prinzipiell richtige Aussage muß allerdings insofern eingeschränkt werden, als nach der Zeit der Aufklärung und einer allgemeinen Säkularisierung in Deutschland der Verfassungsgeber mehr an bewährten, humanistischen Rechtsprinzipien als an unverfälschten christlichen Wertvorstellungen anknüpfen wollte.

Die Verfassung will die strikte Trennung von Staat und Kirche, was von den Kirchen uneingeschränkt akzeptiert wird. *„Während der Staat eine naturrechtliche Institution ist, gehört die Kirche einer übernatürlichen Ordnung an. . . Ziel des Staates ist die Verwirklichung des Gemeinwohls, Ziel der Kirche das übernatürliche Heil der Menschen. . . Kirche und Staat sind jeweils in ihrem Bereich eigenständig und nicht einander zugeordnet, weder die Kirche dem Staat noch der Staat der Kirche.“¹⁰⁾*

Dies hat Konsequenzen, die oft übersehen werden: In Angelegenheiten, die zum staatlichen Gemeinwohl gehören, muß der Gehorsam gegenüber der kirchlichen Autorität hinter der staatlichen Autorität zurückstehen. Weil aber beide sich mit dem gleichen Menschen befassen, sind Kirche und Staat letztlich doch aufeinander bezogen.¹¹⁾ Die verfassungsmäßige Ordnung garantiert die Voraussetzungen für freie Verkündigung und freies Bekenntnis des Glaubens. Während aber der säkularisierte Staat weder über die Moral und Sitten seiner Bürger wacht noch in innerkirchliche Verhältnisse eingreifen darf, üben die Kirchen, wie andere gesellschaftliche Gruppen auch, eine Öffentlichkeitsfunktion aus. Dieses *Wächteramt* schließt das Recht ein, in öffentlichen Angelegenheiten Kritik zu üben und Anstöße zu vermitteln.¹²⁾

Personenwürde ist Individualrecht

Obwohl die Auffassung von der Einmaligkeit des Menschen ihre Wurzeln im Christentum hat und die Kirchen bei der Wertfindung der Gesellschaft mitwirken, ist die personale Natur des Menschen auch unabhängig vom christlichen Glauben zu erfassen. Ohne daß

das Menschenbild an Substanz verliert, ist die Würde der Person vom Naturrecht her zu erklären. Nach diesem ergibt sich die Würde des Menschen aus der Fähigkeit, als einziges Lebewesen sich selbst steuern und damit sowohl planvoll als auch verantwortlich handeln zu können. Würde ist unabhängig von Rasse, Volk, Herkunft, Bildung und Klasse. *Menschenwürde kommt jedermann zu, ohne Rücksicht auf seine persönlichen, körperlichen, geistigen oder seelischen Eigenschaften und auf seine sonstigen Verhältnisse, nach vorherrschender Ansicht auch dem Nasciturus (Ungeborenem) und dem Toten.*“¹³⁾ Sie ist auch unabhängig von der Stellung der Person in einer Gruppe, einer Hierarchie oder von ihrem militärischen Rang.

Das Christentum bietet diesem individualistischen Menschenbild ein zusätzliches ethisches Fundament von absoluter Tragfähigkeit. Denn nach christlichem Glauben erhält der Mensch unverwechselbar und unveräußerlich seine Würde durch die Gottesebenbildlichkeit: Gott ruft einen jeden bei seinem Namen, jeder Mensch ist Geschöpf Gottes, Bruder Jesu Christi und Tempel des Heiligen Geistes.

Dieses Menschenbild kennt auch grundsätzlich keinen rechtlichen Unterschied zwischen Mann und Frau. Obwohl aber der Art. 3 das Verbot enthält, zwischen Mann und Frau zu differenzieren, dient das Grundgesetz nicht der verwischenden Gleichmacherei. Es respektiert sehr wohl die spezifischen biologischen, soziologischen und psychologischen Geschlechtsunterschiede. Mann und Frau ergänzen sich geistig und körperlich. Sie sind auf ein partnerschaftliches Miteinander angewiesen. Eine Emanzipation zu Lasten des anderen Geschlechts oder gar ein Kampf der Geschlechter widerspräche dem Geist und dem Menschenbild des Grundgesetzes. Hierin kommt wiederum die Bindung unserer Verfassung an die Schöpfungsordnung zum Ausdruck, nach der der Mensch männlich und weiblich geschaffen wurde.

Aus dem Naturrecht wie aus dem christlichen Glauben ergibt sich übereinstimmend, daß die Würde jedem Menschen in gleicher Weise zukommt, niemand kann sie für sich allein oder mit einem Vorrang beanspruchen, sie kann auch nicht zur Disposition gestellt werden. Im Gegenteil, sie bedarf der Achtung und Pflege durch den einzelnen wie des Schutzes durch jegliche staatliche Gewalt.

Personalität und Sozialbindung

*„Das Menschenbild des Grundgesetzes ist nicht das eines isolierten souveränen Individuums; das Grundgesetz hat vielmehr die Spannung Individuum—Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden, ohne dabei deren Eigenwert anzutasten.“*¹⁴⁾ Hierdurch wird weder die Individualität der Person noch deren Eigenständigkeit einschränkt. Doch wird die freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit begrenzt, damit sie nicht zu Lasten der Freiheit der Mitbürger geht. Sie muß ihre Schranken an den Rechten anderer, der verfassungsmäßigen Ordnung und dem Sittengesetz finden. Jede Freiheit neigt dazu, sich mit dem Freiheitsraum eines anderen zu überschneiden bzw. andere Werte und Güter einzuzengeln.

Deshalb sind für das funktionierende Zusammenleben in einem Gemeinwesen Toleranz, Loyalität und sittliche Haltung erforderlich. Hinzu kommt die christliche Nächstenliebe, die unter dem Begriff *Solidarität* Eingang in den politischen Sprachgebrauch gefunden hat. Ohne Solidarität ist Personenwürde nicht realisierbar, weil der Mensch den Mitmenschen sowie die Geborgenheit und den Schutz der Gemeinschaft zur Entfaltung seiner Persönlichkeit braucht.

So erwächst aus der Bindung des Individuums an die Gemeinschaft für diese daraus die Verpflichtung, in materiellen Notlagen das Existenzminimum des Bürgers durch staatliche Hilfe sicherzustellen. Denn auch materielle Not beeinträchtigt die Würde und freie Entfaltung der Person. Der einzelne muß sich also sehr wohl Schranken seiner Handlungsfreiheit gefallen lassen. Die Prinzipien des Grundgesetzes stellen aber sicher, daß er nicht Objekt staatlichen Handelns wird und nicht von der Willkür staatlicher Organe und eines Kollektivs abhängt.

Das Grundgesetz verfolgt in seinem Menschenbild eine mittlere Linie zwischen dem auf die Einzelperson bezogenen klassischen Liberalismus und kollektivistischen Bestrebungen. Weder ist die Bundesrepublik Deutschland als totaler Wohlfahrts- und Versorgungstaat denkbar, noch kann sie zu einer liberalistischen Wirtschaftsstruktur zurückkehren, die keinen sozialen Ausgleich kennt. Zum Leitbild der freiheitlichen Demokratie gehört sowohl die Gewährleistung des Eigentums als auch seine Sozialgebundenheit. Gerade an diesem Beispiel wird die Offenheit des Grundgesetzes, aber auch seine Konfliktmöglichkeit deutlich.

Die allen Demokraten gemeinsamen Überzeugungen können sich nur auf die Grundlagen und Grundsätze der Staatsordnung beziehen. — *„Im übrigen sind Meinungsverschiedenheiten, ja Gegnerschaft in einzelnen Fragen der Politik nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern sie werden sogar vorausgesetzt. Denn die Grundsätze betreffen die Art und Weise, wie eine Gesellschaft frei und in Frieden leben kann. Das heißt Gegensätze und Konflikte offen austragen und bei aller Verschiedenheit von Interessen und persönlichen Ansichten verbindliche Entscheidungen mit allgemein zumutbaren Folgen treffen. Streitereien und Krisen, schuldhaftes Verhalten und Skandale wird es immer geben. Aber sie sind keine Gefahr und stellen das Ganze nicht in Frage, solange eine institutionelle Ordnung anerkannt und eingehalten wird, deren Angelpunkt Würde und Freiheit der Person sind.“*¹⁵⁾

Das Menschenbild in der Verfassungswirklichkeit

Leider besteht gegenwärtig der Trend, den Zustand der Bundesrepublik in schwärzesten Farben zu malen. Besser als Mäkelei wäre eine sachliche Prüfung, ob das politische System und der Zustand unseres Staates nicht eine durchaus positive Bewertung verdienen. Das bedeutet nicht, daß es keine Anlässe zu Kritik und Sorgen gäbe.

Der Bürger darf aber nicht alle Forderungen des Staates an seinen egoistischen Zielen messen und der Beliebigkeit unterwerfen. Das Grundgesetz kennt und garantiert nicht nur die Freiheitsrechte der Art. 1 bis 19. Als Sozialwesen hat der Mensch auch Pflichten für das

Gemeinwohl zu übernehmen. Denn wenn auch der demokratische Rechtsstaat statt des Untertans den mündigen und freien Bürger will, so steht und fällt dieser Staat mit dem notwendigen Anspruch auf Gesetzesbefolgung durch den Bürger und die Durchsetzung dieses Anspruchs. Trotz dieser selbstverständlichen Pflicht läßt Gesetzesgehorsam sich jedoch nur verwirklichen, wenn der Bürger Vertrauen in den Staat und seine Organe hat. Dies bedeutet, daß nicht der Bürger, sondern der Staat in einer Legitimationspflicht steht. Erst wenn Maßnahmen seiner Organe begründet, transparent und einsichtig sind, wird der Bürger Entscheidungen des Staates akzeptieren.

- › Die alle Bereiche der Gesellschaft erschütternde Legitimations- und Akzeptanzkrise, die tatsächlich eine Vertrauenskrise ist, hat ihre Ursachen auch in der dem Menschenbild innewohnenden Spannung aus Einzel- und Gemeinschaftswesen. Kommt es doch darauf an, unter Wahrung des innergesellschaftlichen Friedens die Würde und Freiheit der Person als auch das Menschsein in den anderen Menschen zu achten.

Diese dem Menschenbild innewohnende Spannung wird nicht nur durch radikale Randgruppen, sondern auch durch sog. fortschrittliche Gruppen genutzt, um den Sinn des Grundgesetzes für eigene politische Ziel umdeuten und so das Bild des Menschen verzerren zu können. Es soll genügen, wenige Beispiele hierfür aufzuzählen.

(1) — Sorge bereitet die Tendenz, Recht und Gesetz abzuwerten, als dienten sie unlauterer *Disziplinierung* unmündiger Bürger. In Wahrheit wären ohne rechtliche Gewährleistung, Ausgestaltung und Begrenzung durch den Staat die Freiheitsrechte für den einzelnen gar nicht realisierbar. Das Gewaltmonopol des Staates ist keine Anmaßung, sondern ist unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß das Recht durchgesetzt werden kann. Im übrigen kommen Klagen über eine zu starke Reglementierung durch den Staat vor allem von solchen Mitbürgern, die selbst durch die gemeinschaftswidrige Ausdehnung ihrer Freiheitsräume den Gesetzgeber zu neuen Reglementierungen zwingen.

Der Staat steht und fällt mit dem Anspruch auf Gesetzesbefolgung durch seine Bürger und mit der Durchsetzung dieses Anspruchs. Die Gehorsamspflicht ist der Preis für die Befriedung der Gesellschaft nach innen und außen. Rechtsfreie Räume, wie z.B. das nicht nur auf Hamburg beschränkte *Hafenstraßen-Problem*, erschüttern und untergraben das Vertrauen des Bürgers in den Staat, weil der Staat seiner Schutz- und Ordnungspflicht ungenügend nachkommt, vor ungesetzlicher und ungerechter Gewalt zurückweicht und dadurch das Menschenbild der Verfassung schädigt.

(2) — Sorge bereitet die Vorherrschaft des Egoismus. Recht wird nur akzeptiert, wenn es Vorteile bringt. Dadurch wird der Starke und Rücksichtslose gegenüber den Schwachen (Kinder, Alte, Behinderte, Ausländer) noch begünstigt.

Freiheit wird oft nur als emanzipatorische Befreiung und Freisein von Bindungen verstanden. Pflichterfüllung und die Freiheit zur Übernahme sozialer Verantwortung werden diskriminiert. Die persönliche Meinung und Betroffenheit wird moralisierend zur Gewissensentscheidung erhoben. Es ist unzulässig, wenn Minderheiten ihren Gruppenethos zum ethischen Maßstab aller erheben wollen.

(3) — Sorge bereitet die erschreckend weit verbreitete Mißachtung der personalen Natur des Menschen in den Fällen

- der massenhaften Tötung ungeborener Kinder,
- des inhumanen Umgangs mit Embryonen,
- der Diskussion und vereinzelter Praxis der sog. *Sterbehilfe*,
- die das Recht und den Schutz von Aussiedlern, Asylanten und Ausländern betreffen,
- des leichtfertigen Umgangs mit der Natur und ihre Ausplünderung zu Lasten kommender Generationen,
- der ungerechten Güterverteilung zwischen Nord und Süd.

(4) — Sorge bereitet die Tendenz, den Begriff von Ehe und Familie aufzuweichen. Dahinter steckt die Absicht, das, was Verfassung und Rechtsordnung über sie bestimmen und ihnen gewährleisten, in Teilen für nichteheliche Lebensgemeinschaften in Anspruch zu nehmen. Es widerspricht dies klar dem Willen und dem Menschenbild der Verfassung, die ihren besonderen Schutz ausdrücklich Ehe und Familie gewährt und nicht jeglicher Art von Lebensgemeinschaft.

(5) — Sorge bereitet, daß in den Parlamenten durch oft geübten Fraktionszwang die Bestimmung des Art. 38 Abs. 1 unterlaufen wird, nach dem Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sind, die an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Die Unabhängigkeit des Abgeordneten hat ihre Begründung in der Würde und Freiheit der Person. Die Absicht des Grundgesetzes, daß der Wille des Volkes sich in Wahlen und Abstimmungen äußert, wird durch diesen überstarken Parteieneinfluß verfälscht. Das Parlament degradiert sich dadurch zu einem Mehrheitsbeschaffer für die Regierung und verschenkt seine Funktionen als souveräner Gesetzgeber und Verfassungsorgan zur Kontrolle der Regierung. Dies führt dazu, daß die Kontrolle der Regierung sich immer mehr auf andere verlagert oder außerparlamentarischen Gruppen diese Aufgabe zufällt bzw. diese sich eine Kontrollfunktion anmaßen.

(6) — Sorge bereitet die exzessive Ausnutzung der Pressefreiheit durch einzelne Medien und der rücksichtslose Gebrauch der freien Berichterstattung durch manche Journalisten. Wenn auch die Presse eine gewisse Kontrollfunktion gegenüber dem Staat, seinen Organen und den verschiedenen Gesellschaftsgruppen ausübt, so muß diese Freiheit ihre Grenzen an den Prinzipien der Achtung und dem Schutz des Menschenbildes, der Loyalität, der Toleranz und der allgemeinen Sittlichkeit finden. Anspruch und Wirklichkeit der Verfassung klaffen auseinander, wenn die Privatsphäre, die persönliche Ehre und das Empfinden des Mitmenschen oder von Personengruppen verletzt werden, wenn die Medien eine eigene Wirklichkeit konstruieren, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, und wenn bewußt Manipulation um des Profits und Einflusses willen angewandt wird.

Bewahrung des Menschenbildes

Die angeführten Beispiele lassen die Frage aufkommen, ob die Verfassungspraxis und das Menschenbild der Bundesrepublik noch dem Verfassungsinhalt entsprechen, den der Ver-

fassungsgeber sich vor 40 Jahren vorgestellt hat. Falsch wäre es, dabei einer Wunschvorstellung zu folgen. Wichtiger ist es, das Menschenbild so darzustellen, wie es sich in der Wirklichkeit einer dynamischen Gesellschaft findet.

Die Verfassung ist notwendigerweise dem gesellschaftlichen Wandel und dem daraus sich ergebenden veränderten Werte- und Normenverständnis unterworfen. Sie kann nicht nur im Vergangenen verharren, sondern muß sich fortentwickeln. Dort, wo Anspruch und Wirklichkeit der Verfassung auseinanderklaffen, muß nachgeregelt werden. Dies geschieht durch die Versuche, die Verfassung jeweils objektiv zu interpretieren, auch wenn dadurch nicht immer der ursprüngliche und subjektive Wille des Verfassungsgebers getroffen wird. Die Weiterentwicklung darf aber nicht dazu führen, daß Geist und Zielsetzung der Verfassung aus opportunistischen und populistischen Gründen dem Zeitgeist geopfert werden. Das Menschenbild des Grundgesetzes von der unantastbaren Würde und Freiheit der Person, deren *„Individualrechte aber unter dem Vorbehalt stehen, daß höhere Gemeinschaftsgüter, die für die Gemeinschaft lebensnotwendig sind, nicht gefährdet werden dürfen“*,¹⁸⁾ darf weder durch Gewohnheitsrecht und die Realitäten noch durch Interpretationen verzerrt werden.

Art. 79 definiert, in welchen Fällen und auf welchen Wegen das Grundgesetz geändert werden kann. Die für das Menschenbild so wichtige in Art. 1 für unantastbar erklärte Menschenwürde kann und darf weder eingeschränkt noch abgeschafft werden. Auch die übrigen Grundrechte sind, soweit sie einen auf die Menschenwürde zurückführbaren Kernbereich besitzen, durch den Art. 79 Abs. 3 geschützt. Dem Bundesverfassungsgericht ist in Art. 93 als einem unabhängigen Verfassungsorgan die Aufgabe zugewiesen, das Grundgesetz verbindlich zu interpretieren.

So erfüllt das Grundgesetz seine Aufgabe, das Bewährte zu bewahren und dennoch zugänglich zu sein für notwendigen gesellschaftlichen Wandel. In einer solchen offenen Verfassung sind Würde und Freiheit der Person als Zentralwerte eines christlich abendländischen und humanistischen Menschenbildes gut aufgehoben.

Teil II: Das Selbstverständnis des Soldaten folgt im Auftrag Nr. 179.

Anmerkungen:

- 1) GG Art. 1 Abs. 2.
- 2) Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 2, 403) vom 1.3.53.
- 3) Hierzu gehören vor allem die Bestimmungen der Art. 20 Abs. 3, 1 Abs. 3, 19 Abs. 4 und 28 Abs. 1 Satz 1.
- 4) BVerfG, Urteil vom 25.2.75 in Vbdg mit BVerfGE 2,1 (12) und BVerfGE 39,67; zit. nach Günther Maluschke: Das Menschenbild und das Problem der „Werte“ in der Sicht der politischen Philosophie; aus: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 28/1987, S. 11.
- 5) In der Literatur wird heute statt Menschenwürde der Begriff Personenwürde bevorzugt, weil darin stärker der Mensch als Einzelwesen mit allen die Gesamtheit seines Wesens ausmachenden Eigenschaften, nämlich das Personsein selbst, zum Ausdruck kommt.
- 6) Dies sind insbesondere folgende Freiheits-/Grundrechte: die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Freiheit der Person, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Informations- und Pressefreiheit, die Freiheit der Berufswahl, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung sowie der Schutz der Familie.
- 7) Benda, Maihofer, Vogel: Handbuch des Verfassungsrechts; Berlin 1983, S. 113.
- 8) Peter Schneider: Die Bundesrepublik Deutschland und ihr Grundgesetz: in Deutschland, Portrait einer Nation, Bd. 2: Gesellschaft, Staat, Recht; S. 211 ff., Gütersloh 1985.
- 9) Otto Kimminich: Die Entwicklung des öffentlichen Wertbewußtseins und die Verantwortung des Staates, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz; Bonn 1980, S. 11.
- 10) Kardinal Joseph Höffner; Christliche Soziallehre; Studienausgabe, Köln 1983, S. 287.
- 11) ebd.
- 12) BVerfGE 18, 387; nach: Dieter Hesselberger, Das Grundgesetz, Kommentar für die politische Bildung; Sonderdruck für die Bundeswehr, Darmstadt 1976, S. 252.
- 13) BVerfGE 1, 173; zit. nach: Benda, Maihofer, Vogel: a.a.O.; S. 111.
- 14) BVerfGE 4, 7 (15f.); zit. nach: Benda u.a., a.a.O., S.109.
- 15) Kommission 1 „Politik, Verfassung, Recht“ des ZdK; noch unveröffentlichte Erklärung der Vollversammlung zum 40. Jahrestag der Annahme des Grundgesetzes.
- 18) Doehring, Karl: Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland; Frankfurt 1980²; S. 30f.

Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten

Prinzipien

Helmut Jermer

Der 40. Geburtstag unseres Grundgesetzes* ist für uns in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) organisierten „Staatsbürger in Uniform“ ein willkommener Anlaß, um aus dem Blickwinkel christlicher Friedensethik einen Bezug herzustellen zwischen dem Menschenbild, das unserer Verfassung zugrunde liegt, und der Frage, wie sich der Soldat von heute verstehen darf, wenn er beherzigt, was ihm das Grundgesetz, auf das er vereidigt ist, vermittelt.

Mit der in unsere Verfassung einstimmenden Präambel und dem darauf folgenden Grundrechtekatalog wollen die „Verfasser“ nicht nur den Verstand der Bürger ansprechen, sondern auch deren Herzen aufschließen. Das Ideelle öffnet sich nur dem, der sich ihm rational und emotional annähert! Diesen Zusammenhang können nur Technokraten und Bürokraten ignorieren.

Das Grundgesetz ist der lebendige Beweis dafür, daß unser Volk seine böse Vergangenheit „verkräften“ und aus dem Geist der Buße die bitteren Lehren aus der jüngeren Geschichte bedenken will. Mit diesem Gesetzeswerk wird den Bürgern der Bundesrepublik ein Katalog von Spielregeln für das Zusammenleben freier Menschen im freien Teil unseres Landes übergeben, durch die gleichzeitig die geistige und moralische Verfassung unseres Volkes geprägt werden soll(te).

An dieser zur Handlungsanweisung erhobenen Intention, „dem Frieden in der Welt zu dienen“, hat sich jeder in politischer Verantwortung Stehende zu orientieren; sie verlangt per se, daß sich jedes politische Bemühen an diesem selbstverordneten Imperativ messen lassen muß. Friedensicherung, das positive Pendant von Kriegsverhütung, und Friedensförderung als ein anderes Wort für geistige und moralische Entwicklung — nicht nur des eigenen Volkes — sind Zwillinge einer von christlicher Ethik — „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ — durchdrungenen politischen Selbstbestimmung (die eben nicht um ihrer selbst Willen auf dem „Hexenbesen falsch verstandener Emanzipation“ aus dem Parcours der politischen Verpflichtung auszubrechen versucht).

Vom Grundwert Freiheit und der Vernunft einer sittlichen Bindung

Unter Freiheit verstehen zivilisierte Staaten „... die Befugnis des Menschen, alles zu tun, was keinem anderen schadet. Sie hat als Grundsatz die Natur, als Regel die Gerechtigkeit, als Schutz das Gesetz“ (Art. 4 der Verfassung der französischen Republik von 1793). Freiheit bedeutet also nicht, daß Menschen tun und lassen können, was sie wollen; vielmehr

*) Im Folgenden auch Verfassung genannt; nach Ernst Fraenkel versteht man unter Verfassung „das in einer Urkunde festgelegte, nur unter erschwerten Bedingungen abänderbare Grundgesetz eines Staates...“

findet sie da ihre Grenzen, wo die Willkür beginnt. Um eines geregelten Zusammenlebens willen müssen sich die Menschen vor der Gefahr des Chaos schützen. Freiheit würde sich selbst ad absurdum führen, wenn alles zugelassen wäre.

Allein das Menschenmögliche darf nicht Maßstab für das menschliche Zusammenleben sein; die Menschenwürde bliebe auf der Strecke. Hemmungslose Freiheit setzt sich über alles hinweg, auch über andere Menschen und deren Rechte, auch über die Menschlichkeit. Ohne sittliche Bindung herrschte die Willkür nach den Gesetzen des Terrors, das Faustrecht würde zur Norm, die Angst zur Regel. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die positive Erkenntnis „... daß der Mensch sich selbst zu ergreifen und auf ein Ziel hin zu entwerfen habe. Er ist Subjekt nur dann ... wenn er sich in mündiger Verantwortung als das verwirklicht, was er sein soll und ihm als sein Zielbild gewiß wird. Wenn denn Freiheit ihn vom Tier unterscheidet, dann gewiß nicht so, daß er dem Zwang der Instinkte entronnen ist und deshalb tun kann, was er will, sondern, daß er werden kann — und werden wollen kann —, was er soll.“ (Helmut Thielicke: Mensch sein — Mensch werden, München 1978, S. 49/50)

Freiheit will also sittlich verantwortet sein. Und dazu sind Maßstäbe notwendig, die von jedem einzelnen — gleichsam als Teil seiner Persönlichkeit erkannt — und von der Gemeinschaft als Normen (Bezugssystem) anerkannt werden. Mit dem Grundgesetz glaubt die Bundesrepublik die Voraussetzung für eine Ordnung geschaffen zu haben, die der Forderung nach Freiheit in Bindung (an andere Grundwerte) gerecht werden kann. Diese Verfassung will die Spannung, die eine um des geregelten Zusammenlebens willen gebundene Freiheit auslöst, einsichtig und erträglich machen.

„Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Zweck allen Rechts erkennt; sein Menschenbild ist nicht das eines selbstherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten Persönlichkeit.“ (BVerfG 12, 45, 51) — Ein solches Menschenbild wirkt sich konstruktiv auf den Einzelnen und die Gesellschaft aus. Auf dieser Grundlage kann sich der Mensch in recht verstandener Freiheit entfalten und die Gesellschaft entsprechend ihrer Verfassung verwirklichen. Dieses Menschenbild haben die Soldaten der Bundeswehr vor Augen, wenn sie mit dem Versprechen, „... der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, eine das Überleben der Menschenwürde sichernde sittliche Bindung eingehen.

Frieden — Grundbedingung und Ideal einer menschengerechten Ordnung

Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg. Diese Negativbestimmung wird der Fülle der Bedeutungen von „Frieden“ nicht gerecht, eher schon das hebräische Grußwort „Schalom“ als Inbegriff alles Konstruktiven, das den Heils- und Vollendungsprozeß des Menschen (aber auch des Volkes) fördern möge.

Auf die Ebene der Politik übertragen sind entsprechend den Idealen einer in der christlich-abendländischen Tradition stehenden Staats- und Gesellschaftsform die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die „Impulsgeber“ oder „Motoren“, welche eine wertneutrale Gesellschaft zu einer wertgebundenen Gemeinschaft verändern könnten.

„Friede ist jene Grundbedingung politischen Lebens, die eine Verwirklichung des Gesamtgemeingutes und der Teilgemeingüter erst ermöglicht. Er ist ein politisches Ideal, das im Inneren eines politischen Körpers und in den Beziehungen zwischen verschiedenen selbständigen politischen Einheiten zu verwirklichen ist.“ (Marcel Reding: Politische Ethik, Freiburg 1972, S.290)

Solch umfassendes Friedensverständnis weist zugleich den Weg zum Frieden. Es gründet auf anthropologischen Erkenntnissen, die den Menschen sowohl als Individuum mit eigennützigen Interessen als auch als Sozialwesen, das gemeinnützige Ziele verfolgt, begreifen. Der Mensch ist offen für andere, aber auch auf andere angewiesen; er braucht den anderen, das herausfordernde „Du“, die Gegenmacht, die dafür sorgt, daß „der Baum nicht in den Himmel wächst“ und auf diese Weise vor Anmaßung und Überheblichkeit schützt. Andererseits will das Individuum mit seiner Menschenwürde vom Mitmenschen geachtet werden (Mitmenschlichkeit). Als Zoon politikon geht der Mensch in der Gemeinschaft auf und findet vielfältige Möglichkeiten, sich selbst, obwohl oder gerade weil er sich auf andere einläßt, zu verwirklichen, immer im Bewußtsein, daß nicht alles Menschenmögliche auch menschenwürdig ist und daß er anderen nicht mehr zumuten darf, als er selber ohne Not anzunehmen und zu ertragen bereit wäre. („Die Goldene Regel“, Mt 7,12)

Der Mensch muß konfliktfähig sein und Spannungen aushalten können, aber auch Techniken beherrschen (lernen), Konflikte zu bewältigen und Spannungen abzubauen. Dabei darf Toleranz nicht als Zeichen von Schwäche im Sinne von „klein begeben“ (miß)verstanden werden, sondern vielmehr als Offenheit für den Anderen, der in seiner Eigenart angenommen und so zum Nächsten werden will. Eine diesem Ideal entsprechende Friedenserziehung kann Friedenswillen und Friedensfähigkeit wecken und verstärken.

Das in freiheitlichen Verfassungen verankerte unveräußerliche Recht jedes Menschen, die Menschen- und Bürgerrechte als Bedingung einer staatlichen Ordnung, das aus ihnen entwickelte Staats- und Völkerrecht als Entwurf einer Welt(friedens)ordnung ergeben zusammen genommen eine Art „politische Harmonielehre“ für eine menschengerechte Ordnung. Eine in diesem Sinne gestaltete Rechtsordnung ermöglicht es, daß jedem und allen Recht geschieht. Mit ihr und in ihr sollen Menschen, Gruppen und Staaten zu sich selbst, zu ihrer Identität finden und schließlich über sich selbst befinden können.

Die einer so beschriebenen politischen Ordnung innewohnende Gerechtigkeit schafft Frieden — darauf verweisen die deutschen Bischöfe in ihrem Wort zum Frieden. Friede sei ein Werk der Gerechtigkeit (Jesaja), und Recht und Gerechtigkeit bildeten das Fundament, auf dem die Ordnung des Friedens aufbaue (Augustinus). Sie bestehe darin, daß der Mensch „zunächst einmal keinem schade, sodann aber auch nütze, wem er kann“. In diesem augustinischen Imperativ schwingt der Grundwert Solidarität = Nächstenliebe bereits mit (De Civitate Dei).

Gewaltenteilung ja – Gewaltlosigkeit nein

Immer wieder wollen „Friedensgruppen“ gerade aus dem kirchlichen Raum mit ihrem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und Aufrufen zu sogenannten „gewaltfreien Aktionen“ besonders deutliche Zeichen „christlichen Friedenshandelns“ setzen. Nach Auffassung der GKS verkennt ein solches Ansinnen die politische Wirklichkeit, weil (Pseudo-)Pazifisten die Welt schon heute so sehen, wie sie morgen sein könnte.

Gewalt an sich ist nicht grundsätzlich destruktiv. Staatliche Gewalt, die notwendig ist, um das Zusammenleben der vielen einzelnen (Bürger) in dem großen Ganzen (Staat) zu regeln, ist ein Ordnungsmittel; der Staat hat den einzelnen in seinem Recht zu schützen, ihn aber auch zu seinem Schutz in Pflicht zu nehmen. Wie anders sollte ein Staat dafür sorgen, daß jeder zu seinem und die Gemeinschaft zu ihrem Recht kommt? Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und durch Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ (Absatz 2)

„Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“ (Absatz 3)

Um jeder Willkür und Tyrannei vorzubeugen, wurde die Staatsgewalt also nicht einer Institution oder einer Person(engruppe) überantwortet. Der Gesetzgeber (Legislative) nennt die „Spielregeln“, die vollziehende Gewalt (Exekutive) setzt sie durch bzw. sorgt für ihre Einhaltung, und die Rechtsprechung (Judikative) wacht darüber, daß keine Institution und keine Person(engruppe) sich etwas anmaßt, wozu ihr/ihnen nach Recht und Gesetz die Autorität fehlt. In diesem Zusammenhang stellt die Deutsche Bischofskonferenz fest: „Durch die Bindung der Staatsgewalt an eine menschenrechtsorientierte Grundordnung ist das Recht des Stärkeren grundsätzlich überwunden. Der demokratische Staat garantiert durch seine Rechtsordnung, daß Konflikte nach vereinbarten Regeln, vor allem durch unabhängige Gerichte, gelöst werden. Durch die Gewaltenteilung beugt er dem Machtmißbrauch vor. Friede durch Recht verlangt Anerkennung eines die Konfliktpartner gleichermaßen bindenden Rechts, das die Freiheit des einen ebenso sichert und beschränkt wie die des anderen.“ (Gerechtigkeit schafft Frieden)

Versuchung der staatlichen Gewalt durch den Zeitgeist

Gerade den Soldaten, die sich schützend vor die politische Ordnung des Grundgesetzes stellen, muß es erlaubt sein, die Legislative an die für die Verteidiger so bedeutsamen Grundwerte, welche die politische Ordnung erst verteidigungswürdig machen, zu erinnern: Die gesetzgebende Gewalt darf nicht zulassen, daß sich die Demokratie mittels vorseilender Demoskopie dem Zeitgeist anbietet und auf diese Weise zu einer „Gefälligkeitsdemokratie“ degeneriert. Die vom Grundgesetz getragene demokratische Ordnung hat es nicht nötig, hinter Gruppeninteressen herzuregieren, denn die Willensbildung geht immer noch vom (ganzen) Volk aus – auch von den Menschen, die keine Lobby haben – und hoffentlich nicht (nur) auf Gruppeninteressen ein!

Einer zweiten Versuchung gilt es zu widerstehen: Die Werteordnung des Grundgesetzes darf nicht durch falsch verstandenen Pluralismus, der im Trojanischen Pferd des Zeitgeistes die politische Kultur zu unterlaufen versucht, entwertet werden. Der Pluralismus steht nicht im Rang eines Grundwertes und soll deshalb nicht überhöht werden. Einige Interessengruppen, denen das „Tertium Comparations“ der Religion fehlt, scheinen in ihrer Orientierungslosigkeit den Pluralismus zum „Goldenen Kalb“, angebetet von einer vermaßten Gesellschaft, erhöhen zu wollen. Pluralismus als Kennzeichen westlicher Demokratien ist nur in einem Staat möglich, in dem um der Freiheit und Menschenwürde willen Toleranz als eine gesellschaftliche Tugend eingeübt und gepflegt wird. In diesem Sinne versteht sich die Bundesrepublik zwar als weltanschaulich neutrale, aber nicht wertfreie staatliche Ordnung.

Die Judikative sollte immer dann aufmerken, wenn erkennbar wird, daß das Rechtsbewußtsein in Teilen der Bevölkerung degeneriert — wehret den Anfängen! Dienen nicht Gesetze auch dem vornehmen Zweck, eben dieses Rechtsbewußtsein zu bilden, gerade wenn es um den Schutz des (werdenden) Lebens geht, um auch vom juristischen Ansatz her das Gewissen zu schärfen? Die Frage zu stellen muß erlaubt sein, ob die Rechtsprechung wirklich genug getan hat, um der Versuchung durch den Zeitgeist mit klaren und eindeutigen Urteilen entgegenzutreten. Noch heute — trotz Revision des Urteils — sind die Soldaten der Bundeswehr betroffen, daß durch einen merkwürdigen Urteilsspruch der ersten Instanz Soldaten ungestraft als Mörder beschimpft werden durften. Die Glaubwürdigkeit der Rechtsprechung wird durch derartige Entgleisungen nur dann keinen bleibenden Schaden erleiden, wenn sich ein solches Trauerspiel nicht wiederholt! Nur eine verteidigungswürdige politische Ordnung — und die Rechtsstaatlichkeit ist eines ihrer wesentlichen Elemente — kann erwarten, daß Soldaten für sie mit ihrem Leben haften!

Die Tatsache, daß die Soldaten Teil der Exekutive sind und unter dem Primat der Politik stehen, verhindert, daß sich die Bundeswehr als Träger staatlicher Gewalt verselbstündigt. Vielmehr haben die in der Bundeswehr dienenden „Staatsbürger in Uniform“ die systemimmanente politische Hygiene so verinnerlicht, daß sie kein Eigenleben führen und sich nicht als „Staat im Staate“ aufspielen wollen. In mehr als dreißig Jahren hat sich die Bundeswehr als Armee für die Demokratie qualifiziert und profiliert; ihre Soldaten haben nie den Anschein erweckt, als seien sie „Zauberlehrling in Uniform“.

Keine Verfassung der Welt kann Freiheit ohne sittliche Bindung gewähren, keine Gesellschaft kann ohne Gesetz und Ordnung zusammenleben, kein Mensch kann nur Rechte beanspruchen, ohne Pflichten zu übernehmen. Freiheit und Ordnung, Rechte und Pflichten bedingen einander um des Gemeinwohls willen.

... zum Selbstverständnis des Soldaten

Auf dieser sozialetischen Grundlage fragen sich katholische Soldaten, von welchen Gedanken sie sich leiten lassen sollten, wenn sie vor den verschiedenen Instanzen religiöser und politischer Dimension bestehen und überzeugen wollen. Dabei sind sie zu der Ein-

sicht gekommen, daß es gerade in der heutigen Zeit, in der so vielerlei Versuchungen auf die Gesellschaft einwirken, notwendig ist, sich nicht jenseits von Gut und Böse einzurichten, sondern, einer ganzheitlichen Sichtweise folgend, die Herausforderung anzunehmen und ihre Verantwortung wahrzunehmen als

- Laien in ihrer Kirche, auf die sie hören,
- Soldaten der Bundeswehr, in der sie dienen,
- Bürger in ihrem Staat, den sie schützen,
- Mitglieder der Gesellschaft, in der sie leben.

Sie spüren die Spannung zwischen christlichen Imperativen einerseits und weltlichen Ansprüchen andererseits und erhalten aus ihrem Glauben die Kraft, diese Spannung auszuhalten.

Zur Orientierung ihrer Mitglieder hat die GKS Leitsätze ausgearbeitet, die einem hohen ethischen Anspruch folgen und das Selbstverständnis von katholischen Christen in der Bundeswehr vorstellen. Diese Leitsätze wirken als zeitlose Imperative sowohl auf den einzelnen als auch auf die Gemeinschaft als ganze.

Leitsätze der Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Im Glauben verwurzelt

Wir bemühen uns um ein Leben aus dem Glauben an Jesus Christus, bekennen uns zu seiner Kirche und tragen dazu bei, Kirche unter den Soldaten zu verwirklichen.

Sittlich gebunden

Wir orientieren uns an christlichen Idealen und binden uns an sittliche Normen, wie sie die katholische Soziallehre entwickelt hat und welche die kirchliche Friedensethik durchdringen.

Politisch gebildet

Wir verstehen uns als „Staatsbürger in Uniform“ und treten für unsere freiheitlich verfaßte und demokratisch angelegte politische Ordnung ein. Wir sind politisch interessiert und nehmen als selbstbewußte Christen am gesellschaftlichen Leben teil.

Fachlich kompetent

Wir eignen uns das für unseren soldatischen Dienst notwendige theoretische Wissen an und üben praktische Fertigkeiten ein, um im dienstlichen Alltag überzeugen zu können.

Gewissenhaft dienend

Wir besinnen uns auf das Versprechen, unserem Land treu zu dienen und erfüllen unsere Pflicht gewissenhaft und nach besten Kräften. Wir sind uns der Verantwortung, die wir mit unserem Auftrag übernommen haben, bewußt.

Dem Frieden verpflichtet

Wir haben uns in den Dienst des Friedens gestellt: Wir sichern die bisher erreichte Qualität des Friedens und setzen uns für seine Gestaltung und Entwicklung ein.

Offen für Gleichgesinnte

Wir sind offen für alle, die wie wir realistische Wege zur Sicherung und Förderung des Friedens gehen wollen. Wir suchen die Begegnung mit Gleichgesinnten und laden zu Veranstaltungen ein, die neben der Weiterbildung auch der Geselligkeit dienen.

Um Zusammenarbeit bemüht

Wir arbeiten mit gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammen, die einen unseren Grundwerten entsprechenden Frieden in Freiheit fördern wollen, auch über Landesgrenzen hinaus, und unterstützen die Arbeit des Apostolat Militaire International (AMI).

Ökumenisch aufgeschlossen

Wir greifen den ökumenischen Gedanken auf und bemühen uns im Geist der Einheit, das Trennende zwischen den Konfessionen zu überwinden und neue Dimensionen der Gemeinsamkeit zu finden.

In dem Maße, wie sich der einzelne im Sinne der Leitsätze qualifiziert, immunisiert er sich gegen die Anfechtungen des Zeitgeistes. Durch das Engagement der Mitglieder profiliert sich die GKS zu einem unverwechselbaren berufsständischen katholischen Verband, der sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewußt ist.

Zum Bild des Offiziers

Admiral Wellershof hat im Rahmen seines Generalinspekturbriefes 1/1988 Leitgedanken zu Person und Berufsauffassung der Bundeswehroffiziere vorgestellt, die im Zusammenhang mit dem Jahresthema 1989/1990 der GKS von Interesse sind. Insbesondere sei auf ethische Aspekte hingewiesen, welche die hohen Ansprüche charakterisieren, an denen sich die Soldaten der Bundeswehr immer wieder orientieren müssen, um glaubwürdige Zeugen einer Armee sein zu können, die sich als ein Instrument zur Sicherung des Friedens versteht. . .

Meine Herren Kommandeure!

Immer wieder höre ich den Wunsch nach einem „Bild des Offiziers der Bundeswehr“. Der junge Offizier oder Offizieranwärter erwartet davon Orientierung für den Beruf, den er für sein Leben oder auf Zeit gewählt hat. Ältere wünschen sich Zielgebung für Ausbildung und Erziehung.

Sie wissen selbst, wie vielfältig die Aufgaben unseres Berufes sind. Nach unserem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform handelt der Einzelne auch als Soldat selbstverantwortlich in der pluralistischen Gesellschaft.

Unser Auftrag und seine Besonderheiten, die besonders in Eid und Gelöbnis sowie dem Pflichtenkatalog des Soldatengesetzes zum Ausdruck kommen, binden jedoch den Offizier an ein grundlegendes gemeinsames Berufsverständnis.

Auftrag und Pflichten gelten für den Alltag des Dienstes im Frieden, fordern uns aber noch mehr in der ständigen Auseinandersetzung mit der Vorstellung vom Kriege. Ausbildung und Erziehung müssen gewandelte Rahmenbedingungen des Auftrages des Offiziers in Rechnung stellen. Den stärksten Einfluß üben heute die Existenz nuklearer Waffen, die fortschreitende Technisierung und der gesellschaftliche Wandel, aber auch die Tatsache aus, daß wir Bürger eines geteilten Landes an der Schnittstelle zwischen Ost und West sind.

Ein gemeinsames Berufsverständnis kann nicht verordnet werden. Es muß im Offizierkorps bedacht und erarbeitet werden und so auf natürliche Weise entstehen. Dennoch haben wir als militärische Führer eine erzieherische Aufgabe, die uns verpflichtet. Grundgesetz, Soldatengesetz, Verteidigungspolitische Richtlinien der Regierung und das Konzept der Inneren Führung sind hierfür die wichtigsten Vorgaben. Ihnen gilt es Verständnis und Umsetzung in die Praxis zu verschaffen.

Die Führungsstäbe und das Zentrum Innere Führung erarbeiten z.Z. eine umfassende Darstellung der gemeinsamen Grundlagen und Merkmale für den Offizier in der Bundeswehr. Dies braucht seine Zeit. Ich habe mich deshalb entschlossen, Ihnen im Vorgriff darauf meine Vorstellungen in der Form der folgenden Leitgedanken mitzuteilen. Meine Ausführungen werden von den Inspektoren der Teilstreitkräfte mitgetragen.

Ich rege an, Ihre und Ihrer Offiziere Überlegungen zur weiteren Arbeit an unseren gemeinsamen Vorstellungen an das Zentrum Innere Führung weiterzugeben.

1. Der Beruf des Offiziers ist ethisch begründet

Der zentrale Wert unserer Lebensordnung ist die Würde des Menschen. Zu ihr gehört untrennbar das Recht und die Möglichkeit des Einzelnen wie der Gemeinschaft der Bürger, über die Art und Weise, wie wir leben wollen, selbst zu entscheiden. Die Entfaltung der Menschenwürde ist somit untrennbar an Frieden und Freiheit gebunden. Kein fremder Wille darf uns aufgezwungen werden. Unsere Freiheit muß geschützt und erhalten werden — auch gegen äußere Bedrohung.

Der Auftrag des Soldaten leitet sich also im Ursprung aus dem ersten Artikel unseres Grundgesetzes ab:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Verteidigung in einer Demokratie gründet sich auf Freiheitswillen und Selbstbehauptung ihrer Bürger. Die Beiträge der Bürger, sei es in Form von Steuern, von Wehrdienst oder im Mittragen anderer Lasten, sind gesetzlich begründet. Befehl und Gehorsam auf der Grundlage innerstaatlichen Rechtes sowie das Völkerrecht sind bindende rechtliche Vorgaben für den Soldaten. Sie entbinden ihn jedoch nicht von der Verantwortung vor seinem Gewissen.

Der Offizier muß Grenzsituationen durchdenken. Er soll sich von den klassischen Tugenden Gerechtigkeit, Tapferkeit, Klugheit und Einhaltung des rechten Maßes leiten lassen. Treue ist für ihn nicht nur Pflicht gegenüber seinem Dienstherrn, sie begründet auch die Fürsorge für seine Soldaten und die alle Dienstgrade übergreifende Kameradschaft.

Nukleare Waffen als Mittel der Abschreckung, notfalls auch zur Wiederherstellung der Abschreckung, verlangen nach besonders ernsthafter Beschäftigung mit ethisch-moralischen Fragen. In unserer Zeit ist die Sicherung des Friedens in Freiheit die zentrale Aufgabe. Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte schafft hierfür entscheidende Voraussetzungen und gewinnt dadurch eine eigene moralische Dimension. Der Beitrag der Bundeswehr und unseres Bündnisses zur Erhaltung der längsten Friedensperiode der deutschen Geschichte ist unser Stolz.

2. Der Offizier ist Staatsbürger in Uniform und Träger staatlicher Gewalt

Die Demokratie verlangt vom Offizier waches politisches Interesse und verantwortungsbewußtes Handeln in der staatlichen Gemeinschaft, der er als Staatsbürger wie als Soldat dient. Der Offizier hat, wie jeder andere Staatsbürger auch, das Recht und die Pflicht, politisch mitzudenken und seine Auffassungen zu vertreten. Das Soldatengesetz verlangt allerdings, daß er sich angesichts der Gefahr der unzulässigen Beeinflussung Untergebener und als Angehöriger der Exekutive Zurückhaltung auferlegt. In Führung, Ausbildung und Er-

ziehung seiner Soldaten achtet der Offizier den mündigen Bürger, dessen Meinung er respektiert, auch wenn er sie nicht teilt. Wo immer es geht, verdeutlicht und erläutert er ihnen Vorschriften und Befehle in ihrem Sinnzusammenhang. Damit nimmt er seine Soldaten ernst, verbessert ihre Auftragsbefüllung und erhöht ihre Motivation.

Dem Offizier sind demokratisch legitimierte, politisch kontrollierte sowie rechtlich und zeitlich begrenzte Amtsautorität und disziplinar Befugnis übertragen worden. Er braucht diese Macht, um auch in kritischen Lagen seinen Auftrag erfüllen und seine Befehle durchsetzen zu können. Er setzt sie dann ein, wenn es die Umstände erfordern. Er achtet dabei sorgfältig auf Verhältnismäßigkeit, Ausgewogenheit und — vor allem — Gerechtigkeit.

3. Dem Offizier sind Menschen anvertraut

Dem Offizier werden Soldaten anvertraut. Viele von ihnen leisten ihren Dienst als Soldat nicht aufgrund eigener Entscheidung, sondern als Folge der allgemeinen Wehrpflicht, sei es im Grundwehrdienst oder als Reservist. Der Offizier führt seine Soldaten, bildet sie aus und erzieht sie. Er sorgt für sie und teilt Belastungen und Freuden mit ihnen.

Dabei geht er mit Zeit und Kräften seiner Untergebenen sorgsam um. Unteroffiziere wirken mit ihm zusammen, beraten ihn und setzen seinen Führungswillen um. Der Offizier formt die soldatische Gemeinschaft und den Zusammenhalt in Einheit und Verband und prägt so den Geist der Truppe.

Durch sein Beispiel in Haltung und Tat erzieht er zu Verantwortung, Initiative, Leistungsbereitschaft und Kameradschaft. Er bietet sich als verständiger, zuhörender Gesprächspartner an, er gewinnt Vertrauen durch sein Verhalten, seine Offenheit, aber auch durch Verschwiegenheit gegenüber Dritten.

Der Offizier kennt die Leistungsfähigkeit seiner Soldaten. Verantwortung zu delegieren und Initiativen aufzugreifen spornt zur Leistung an und baut Vertrauen auf. Der Schwächere wird gestützt, der Stärkere gefördert. Dienstaufsicht ist überlegt, stets helfend und anleitend, nie herabsetzend oder gar verletzend. Lob und Anerkennung sollten die Regel sein, Maßregelung und Tadel die Ausnahme bleiben.

In der täglichen Dienstgestaltung widersteht der Offizier dem Hang zur Routine und verhindert Leerlauf. Der Dienst muß den jungen Soldaten fordern und soll ihm auch Spaß machen. Freude an gemeinsamer Leistung, erlebnisreiche Ausbildung, Kameradschaft und Humor stärken den Zusammenhalt und schaffen Zufriedenheit. Hierzu tragen auch der Sport und solche Wettbewerbe bei, zu denen Vorgesetzte und Untergebene gemeinsam antreten.

4. Der Offizier ist Fachmann und Könnner

Er ist Fachmann für Führung in Ausbildung, Betrieb und Einsatz. Das ist Voraussetzung für erfolgreiches Wirken und Grundlage seiner Autorität. Bei der Ausbildung verfolgt er als oberstes Ziel die Fähigkeit zur Erfüllung des Auftrages in Frieden, Krise und Krieg. Im

Friedensbetrieb der Streitkräfte ist darüber hinaus der sparsame Einsatz von Haushaltsmitteln zu beachten.

Der Offizier gibt seinen Soldaten durch Sicherheit und Sorgfalt im Umgang mit Kräften, Raum und Zeit, technischen Mitteln und Verfahren ein Beispiel. Der Offizier beherrscht auch seine praktischen Aufgaben. Er ist in der Lage, Spezialwissen und fachliche Fertigkeiten seiner Untergebenen richtig zu beurteilen und koordiniert einzusetzen.

Der Offizier ist ständig bemüht, seine eigenen Leistungen zu verbessern und hinzuzulernen. Er gewinnt Achtung über den Dienstgrad hinaus durch kooperatives und kameradschaftliches Verhalten in Übereinstimmung von Wort und Tat, von Charakter und Können.

So erwirbt er fachliche und menschliche Anerkennung und Vertrauen in seine Führungsfähigkeit.

5. Der Offizier ist Repräsentant nach innen und außen

Der Offizier vertritt für Untergebene und Öffentlichkeit den Staat und die freiheitliche Grundordnung, für die er einsteht. Die anvertraute Befugnis, Befehle auch in Notlagen und bei Gefahr für Leib und Leben zu erteilen, sowie die Pflicht, diese mit Anspruch auf Gehorsam durchzusetzen, kennzeichnen die hohe Verantwortung des Offiziers. Sein Auftreten und Lebensstil werden dieser Stellung gerecht. Er bemüht sich darum, daß Ehefrau und Familie seinen Beruf mittragen.

Er vertritt die Bundeswehr in der Öffentlichkeit und im Bündnis. Er kennt die Grundzüge der Sicherheitspolitik und stellt sich den Fragen seiner Mitbürger an seinen Beruf und seinen Auftrag. Er nimmt die Herausforderungen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf sich und sucht das Gespräch vor allem mit jungen Menschen.

Er legt sich bei der Ausübung seines Rechtes auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung das Maß an Zurückhaltung auf, das durch die gesetzlichen Pflichten des Vorgesetzten und seine Rolle als Repräsentant der staatlichen Exekutive geboten ist.

Ich weiß, daß diese Leitgedanken einen hohen Anspruch an die Person und die Berufsauffassung der Offiziere der Bundeswehr stellen. Die Bestimmung eines gemeinsamen Berufsverständnisses der Offiziere ist keine leichte Aufgabe. Sie ist jedoch unerläßlicher Bestandteil unseres Dienens und fordert uns alle. Ich erwarte deshalb, daß die dargestellten Leitgedanken in der Aus- und Weiterbildung der Offiziere behandelt werden.

Gerade wegen der vielfältigen und großen Herausforderungen ist der Beruf des Offiziers besonders schön und befriedigend.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Dieter Wellershof

Seminar der GKS und der ZV-Österreich

Zeugen und Zeugnisse

Wilhelm Lehmkämpfer

Am 9. September 1988 startete das Seminar „Ihr sollt meine Zeugen sein — Zeugnisse des Glaubens in Österreichs Geschichte und Gegenwart“ eine Exkursion nach Lorch/Enns (Oö).

Diese Exkursion verfolgte den Zweck, Zeugen für das frühe Christentum in Österreich aufzuspüren und sich mit den Zeugnissen darüber vertraut zu machen.

Hansjörg Ubl schreibt in diesem Kontext:

„Neben den nicht allzu reichlich fließenden Quellen der römischen Geschichtsschreibung und christlich-religiösen Literatur sind es die durch archäologische Forschung gewonnenen Funde, welche uns heute über die Ausbreitung des christlichen Glaubens unterrichten.“¹⁾

Dafür ist Lorch/Enns, das römische Lauriacum, u. a. ein herausragendes Beispiel.

Es ist hier nicht der Platz, über die einzelnen Forschungsergebnisse in Lorch/Enns zu berichten, aber es soll jener zwei heiligen Männer, die für die Glaubensverbreitung im Einflußbereich des römischen Lauriacum (Ufer Noricum) in Antike und Spätantike wirkten, gedacht werden.

Der heilige Florian — Blutzeuge

„Es geschah in jenen Tagen unter Kaiser Diokletian und Maximian (284/293—305: Anm. d. R.), daß eine Verfolgung der Christen ausbrach. . .

Als daher . . . der Befehl der gotteslästerlichen Fürsten nach Ufer Noricum, das unter der Verwaltung des Statthalters Aquilinus stand, gekommen war, da begab sich der Statthalter in das Lager Lauriacum und ging daran, die Christen energisch aufzuspüren. . . Der heilige Florian, der ehemalige Kanzleivorstand (des Statthalters), schloß sich freudig ihrem Bekenntnis an. . . So beginnt die *Passio Floriani*, der erste einer der wenigen schriftlichen Berichte über das frühe Christentum im heutigen Österreich und den einzigen namentlich bezeugten Märtyrer der Antike auf österreichischem Boden.“²⁾

Herkunft

Über Florians Herkunft ist kaum etwas Näheres bekannt, er soll deutscher Abstammung und in Zeiselmauer, einem kleinen Dorf unweit Wiens, geboren sein.

Beruf

Nach dem, was man über ihn liest, stand er in römischen Diensten, war Beamter und als solcher Vorsteher der Kanzlei des römischen Statthalters Aquilinus in Cetium (St. Pöl-

ten). Dieser verantwortungsvolle Posten verschaffte ihm nicht nur persönlichen Einfluß, sondern auch das nötige Wissen bezüglich aller kaiserlichen Weisungen und amtlicher Vorgänge in der Provinz Ufer-Noricum. Selbst wenn Florian, wie Rudolf Pörtner meint, zu Beginn der diokletianischen Christenverfolgung im Jahr 303 schon als Ruhestandsbeamter in Cetium gelebt haben sollte, war er wohl noch immer ein Mann von Stand, denn wie anders hätte er in das Legionshauptquartier in Lauriacum Einlaß gefunden. Als er von den antichristlichen Ausschreitungen erfuhr, hatte er sich nämlich dorthin begeben, um den verfolgten Christen, darunter auch Soldaten, beizustehen und sich selbst Aquilinus gegenüber, als aktiven Christen zu bekennen.

Tod eines Märtyrers

Aquilinus zeigte keine Rücksicht, sondern verlangte auch von Florian, daß er abschwöre und den heidnischen Göttern und dem Standbild des Kaisers opfere.

Rudolf Pörtner vermerkt in diesem Zusammenhang: „Aquilinus... beantwortete Florians Weigerung mit schweren Martern. Schließlich ließ er den glaubensstarken Mann mit einem um den Nacken gebundenen Stein von der Ennsbrücke in den Fluß stürzen, wobei dem Märtyrer, ‚wie alle Umstehenden sahen‘, die Augen brachen. Dies aber ereignete sich in Ufer-Noricum im Orte Lauriacum in den Tagen, da Diokletian und Maximian als Feinde auftraten“.

Als Tag des Bekenkertodes nennt die Legende den 4. Mai 303 — und dank der ungewöhnlichen Genauigkeit dieser Datierung und aller sonstigen Angaben hat sie selbst vor den kritischen Augen Theodor Mommsens als historische Quelle Gnade gefunden.³⁾

Bergung und Bestattung der Leiche

Nach der Legende soll der Leichnam trotz des mächtigen Steines von den Wogen emporgehoben und zu einem erhöhten Ort getragen worden sein. Dort hat ihn dann, wiederum der Legende nach, eine fromme Frau mit Namen Valerie geborgen und an einem angeblich von Florian selbst bestimmten Platz bestattet.

„Später erbaute man an seiner Grabstätte eine Kapelle, um die herum sich fromme Einsiedler niederließen. Daraus entstand das berühmte Stift der Augustiner Chorherren“, so erzählt es „Das Jahr der Heiligen — Geschichte und Legende“ von Erna Melchers.⁴⁾

Die Teilnehmer des o.g. Seminars hatten ebenfalls am 9. September Gelegenheit, das barocke Chorherrenstift St. Florian, das auch heute noch einen Teil der Reliquien des hl. Florian beherbergt, kennenzulernen.

St. Severin — der Apostel von Noricum

„Schlagwörter wie ‚Völkerwanderung‘ und ‚Ende der Römerzeit‘“, schreibt Rudolf Zinnhobler, „charakterisieren jene bewegte Epoche, in der dieser bedeutsame ‚Staatsmann‘ und ‚Mönch‘ in unserer Heimat wirkte und der bedrängten Bevölkerung Halt und Hilfe bot.

Noch gehörten die beiden Teilprovinzen von ‚Noricum‘, das grob gesprochen mit dem östlichen Österreich gleichzusetzen ist, zum römischen Reich, als Severin — bald nach dem Tod des Hunnenkönigs Attila († 453) — hier seine Tätigkeit begann. In einem Brief seines Biographen Eugippius, der der Lebensbeschreibung des Heiligen gleichsam als Einleitung vorangestellt ist, wurden Ziel und Absicht seines Kommens klar zum Ausdruck gebracht; Severin werden die Worte in den Mund gelegt, die als Motto für sein ganzes Lebenswerk gelten können: ‚Gott hat mir den Auftrag erteilt, diesen Menschen in ihrer Not beizustehen‘.⁵⁾

Herkunft

Was über die Herkunft St. Severins bekannt ist, ist dürftig. Das wenige, das man weiß, entstammt der Feder des Eugippius; allerdings sagt er: „Ich muß es jedoch zugeben, darüber keine sichere Nachricht zu haben“,⁶⁾ meint aber schließlich dennoch, Severin komme aus der gebildeten Bevölkerungsschicht der lateinischen Reichshälfte, da er sich seiner Sprache nach als ein durchaus lateinischer Mensch ausgewiesen habe.

Severin selbst hat so gut wie nichts über sein Herkommen verlauten lassen, er war mehr als schweigsam; nach Eugippius soll er sogar einmal geäußert haben: „Was nützt dem Diener Gottes die Angabe seiner Herkunft und Abstammung?“

Die Forschung bemüht sich noch immer, Licht in jenes Dunkel zu bringen, das die Herkunft des Menschen Severin umgibt; trotz jüngster Quellenauswertung ist man seiner Person jedoch kaum näher gekommen. So zieht die Palette der Deutungsversuche, nach Hannsjörg Ubl, „denn auch vom Höfling Attilas über Offizier oder Arzt bis zum römischen Konsul. So anregend manche dieser Überlegungen auch sein mögen, sie bleiben letztlich unbeweisbare Hypothese.“⁷⁾

Sein Wirken

Auftreten und Wirken des heiligen Severin sind sowohl diplomatischer wie missionarischer Natur. Die Bezeichnung „Mönch und Staatsmann“ ist für den Heiligen nicht ganz unzutreffend, umreißt sie doch seine wesentlichen Tätigkeitsbereiche. Als Mönch gründet Severin Klöster, predigt das Evangelium, missioniert die Bevölkerung und organisiert caritative Einrichtungen. Sein Einsatzbereich erstreckt sich vornehmlich auf Ufer-Noricum. So predigt er u. a. in Salzburg, in Kuchl (südl. Salzburg), in Passau und auch in Künzing (35 km westl. Passau).

„Zur Hauptstätte seines Aufenthalts und Wirkens“, vermerkt Rudolf Zinnhobler, wählte der heilige Favianis (nach der Mehrzahl der Forscher Mautern in Niederösterreich), das von ihm gegründete große und „alte“ Kloster.⁸⁾

Mit diplomatischem Geschick und staatsmännischer Klugheit weiß Severin in schwierigen Situationen bei Fürsten und Höfen zu intervenieren und durch sein Einwirken Not und Bedrängnis zu mildern, ja sogar vom Volke abzuwenden. In diesem Zusammenhang formuliert Rudolf Zinnhobler u. a. folgendes: „Er hatte die Hand am Pulsschlag der Zeit und

entfaltete eine rege caritative und politische Tätigkeit. Sein hohes Ansehen auch bei den germanischen Stämmen ermöglichte es ihm beispielsweise, eine Anzahl römischer Kriegsgefangener von den Alemannen freizubekommen. Mit dem Königshaus der Rugier stand er in engem Kontakt, ja wirkte als dessen ständiger Berater. Wo immer es zu Kämpfen zwischen Römern und Germanen kam, war Severin zur Stelle und half mit Rat und Tat. Als die Orte an der oberen Donau nicht mehr genügend Widerstand leisten konnten, empfahl der Heilige deren Räumung. Man ging etappenweise vor. Zuerst flohen die Leute aus ‚Quintanis‘ (Künzing, 35 km westl. Passau) vor den Alemannen nach Passau. Hier gelang noch einmal eine erfolgreiche Abwehr der Feinde. Die Atempause diente zur Übersiedlung der Bewohner und Flüchtlinge nach Lorch, das zu einer Art Auffanglager ausgebaut wurde.“⁹⁾

Zu dieser Zeit gleicht Lorch einem Flüchtlingslager heutigen Zuschnitts. Kleidung und Nahrungsmittel verknappen, es fehlt am Nötigsten; es mangelt vor allem an Olivenöl, ein Grundnahrungsmittel, das für die Romanen lebenswichtig ist, aber nicht im Lande Ufer-Noricum gewonnen werden kann, sondern auf dem Nachschubweg zugeführt werden muß. Die Versorgungswege sind für die Kaufleute nicht mehr offen, doch Severin bringt noch ein Kontingent auf und kann es nach Lauricum schaffen lassen. Dort segnet Severin das eingetroffene Öl und verteilt es an die sich in einer Basilika (d. h. lt. Zinnhobler „wohl in der Basilika St. Laurenz“) zusammengefindenen Hilfsbedürftigen. Daß es für so viele reichte, war wie ein Wunder, doch „als einer der Anwesenden seiner Verwunderung in Worten Ausdruck verlieh, versiegte das Öl“ (aus der Vita des Eupippius). R. Zinnhobler äußert in diesem Zusammenhang, „daß trotz guter Organisation und kluger Rationierung das Öl eben doch nicht für alle langte“.¹⁰⁾

Die „Vita Severini“ des Eupippius, die Quelle des eigentlichen Wissens von Severins erfolgreichem Wirken, schildert noch andere großartige Hilfs- und Transaktionen, die der Heilige zum Nutzen der Flüchtlinge und romanischen Bevölkerung zustande gebracht hat. Art und Umfang dieser Aktionen stehen den heutigen in ähnlicher Lage kaum nach. Severin ist ein Sachwalter der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Umsiedler und Asylsuchenden.

Die Lebensgeschichte dieses außerordentlichen Mannes, der Mitte des 5. Jahrhunderts an die Donau kommt und sich mit wechselnden Wohnsitzen hier aufhält, vor allem zwischen den heutigen Städten Wien und Passau, ist nicht allein ein Erbauungsbuch, sondern zugleich ein Zeitdokument, das ihres Quellenwertes wegen nicht nur Kirchenhistoriker zu schätzen wissen.

Ende und Tod

Als sich abzeichnet, daß Rom nicht mehr in der Lage sein wird, die Donauprovinzen zu halten, rät Severin dem romanischen Volk, einen Teil der Heimat aufzugeben, um nicht der Sklaverei zu verfallen. Die Flucht aus Lauricum läßt der St. Pöltener Theologieprofessor Josef Wagner in seinem Epos „Die Ennsvaldeiche“ (1909) lebendig werden. „Wir

erleben“, so sagt R. Zinnhobler, „den Flüchtlingsstrom aus Lauriacum, die Panik der Menschen und Severin als Tröster und Helfer.“ Das Epos erzählt:

„...jetzo schob ein ganzes Volk im Wandern sich fort, der Raupe gleich, die Ring um Ring verengt und weiter; einer trieb den andern; weh dem, der sich zu rasten unterfing! Ein Stoßen gab's, ein Zerren und ein Treten, wer fiel, dem half kein Fluchen und kein Beten.“⁽¹¹⁾

Severin selbst zieht sich in das Kloster Favianis, von dem er vor Jahren seine Missions- und Hirtenwanderung begonnen hat, zurück. Dort stirbt er am 8. Januar 482 im Kreise seiner Mönche.

Als König Odoaker 488 ganz Ufer-Noricum, weil seine Kräfte dem Druck der Ostgoten nicht mehr standhalten, aufgeben muß, verläßt die romanische Bevölkerung massenhaft das Land. Sie lassen den Leichnam Severins aber nicht im Stich.

Die von Odoaker verfügte Umsiedlung nach Italien bringt es mit sich, daß die sterblichen Überreste des heiligen Severin schließlich in Lucullanum bestattet werden. Sie ruhen heute als kostbare Reliquie in der Pfarrkirche Fratta Maggiore in Aversa bei Neapel.

Wertung

„Ihr sollt meine Zeugen sein — Zeugnisse des Glaubens in Österreichs Geschichte und Gegenwart“, hieß das Thema, unter dem sich die Teilnehmer des „Österreich-Seminars“ für eine Woche in St. Pölten versammelten. Die Exkursionen, die von dort jeweils ihren Ausgang nahmen, zielten zumeist auf Zeugen und Zeugnisse der Gegenwart. Die Exkursion nach Lorch/Enns dagegen lief mehr in eine andere Richtung, vermittelte Zeugen und Zeugnisse aus der frühchristlichen Vergangenheit Österreichs, vornehmlich des geschichtsträchtigen Donaupraumes.

St. Florian, der Blutzeuge, verkörpert die Anfänge der Christianisierung mit all den Schwierigkeiten, denen die ersten Christen ausgesetzt waren. So steht das alte Lauriacum, das heutige Lorch/Enns, schon in jener Zeit dafür, daß auch römische Soldaten und Beamte bereits Christen waren.

Als der heilige Severin um 450 herum Ufer-Noricum betritt, ist diese Provinz wohl weitgehend christianisiert, so daß sich Severin in erster Linie missionierend und Kirche organisierend betätigen kann.

Für die kirchliche Organisation erweist sich der feste Platz Lauriacum von größter Bedeutung. Auch davon zeugt das heutige Lorch/Enns.

Aus allem, was Severin in und um Lauriacum ins Werk setzt, läßt sich die besondere Lage der jungen Kirche an den Rändern des spätantiken Römerreiches, vor allem im oberen Donaupraum, nachzeichnen. Darüber hinaus ergeben auch die durch archäologische Forschung in Lorch/Enns gewonnenen Funde einen bedeutsamen Beitrag: sichtbare Zeugen und Zeugnisse.

Anmerkungen

- 1) Hansjörg Ubl: Frühchristliches Österreich (Beitrag in „Severin zwischen Römerzeit und Völkerwanderung“), S. 295, Linz 1982
- 2) ebd.
- 3) Rudolf Pörtner: Mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit; S. 238, Verlag Buch und Welt, Klagenfurt 1959
- 4) Erna Melchers: Das Jahr der Heiligen, S. 268; Südwest Verlag Neumann u. Co., München 1965
- 5) Rudolf Zinnhobler: Wer war St. Severin? in: Severin zwischen Römerzeit und Völkerwanderung, S. 11, Linz 1982
- 6) Hansjörg Ubl ebd., S. 466
- 7) ebd.
- 8) Rudolf Zinnhobler: ebd., S. 14
- 9) ebd., S. 15
- 10) ebd., S. 17
- 11) ebd., S. 63

Literaturhinweise

- Hermann Schreiber: Wie die Deutschen Christen wurden; Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1984
- Pleticha/Schönberger: Die Römer; Verlagsgruppe Bertelsmann, Gütersloh 1977

Aus der nahen und fernen Welt

Die mit Rom unierten Ostchristen

Joachim G. Görlich

Die Sowjetbehörden haben nach neuen Erkenntnissen eine neue Einschüchterungskampagne gegen die seit 1946 in der UdSSR verbotene ukrainisch-katholische Kirche begonnen. Auslöser war die 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands, von deren starker Beteiligung die Behörden vollkommen überrascht waren. Gottesdienstteilnehmer müssen neuerdings wieder mit hohen Geldstrafen rechnen, Gottesdienste, Wallfahrten, Taufen oder Begräbnisse werden wieder als illegal bezeichnet. Die Geistlichkeit wird wieder schikaniert und teilweise zu Reserveübungen der Sowjetarmee eingezogen. Die ukrainischen Katholiken des östlichen Ritus haben an die westlichen Regierungen appelliert, das Abkommen der Wiener KSZE-Folgekonferenz solange nicht zu unterzeichnen, solange diese Schikanen anhalten.

Auf Schikanen treffen die Mitglieder dieser Kirche auch in der CSSR und Ukraine.

Anders als in Polen, wo die Gläubigen ca. 500 000 Menschen umfassen sollen, die heute von 55 Geistlichen betreut werden. Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polen und Katholiken zwischen 1919 und 1945 führten dazu, daß auch hier die katholischen Ukrainer nach 1945 Schwierigkeiten hatten. Zwar war die Kirche offiziell nicht verboten, aber den Ukrainern blieb nur die Integration in die römisch-katholische Kirche. Ihre — teils verheirateten — Priester wurden ebenso in den Schoß der römischen Kirche aufgenommen. Eigene Gottesdienste wurden jedoch den Mitgliedern dieser Kirche verweigert.

Das hörte mit dem Pontifikat von Papst Johannes Paul II. auf. Er nominierte zuerst seinen Landsmann, den römischen Kurienkardinal Wladyslaw Rubin, der aus dem galizischen Lemberg kommt, wo es noch heute viele ukrainische Katholiken gibt, zum Sekretär für die „Kongregation der Ostkirchen“. Rubin war als Fähnrich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft dem Tod in letzter Minute von der Schippe gesprungen. Mit ihm trat eine Wende im Verhältnis zwischen polnischer und ukrainischer Kirche ein. Nachfolger Rubins wurde der Ukrainer Erzbischof Myroslaw Iwan Lubachiwsky. Diesem gestatten die polnischen Behörden die Einreise, um die ukrainisch-katholischen Gemeinden zu visitieren.

Die meisten Gläubigen dieser Kirche byzantinischen Ritus leben heute — nach ihrer Vertreibung aus Ost- und Südpolen — in Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Mit ihren Häusern wurden nach 1945 auch ihre Gotteshäuser teilweise niedergebrannt oder verkauft. Unlängst berichtete die offizielle polnische Presse, daß das erste Gotteshaus in Ostpolen wieder restauriert und für den Gottesdienst freigegeben wurde. Es kann jedoch nur Wallfahrtzwecken dienen, da in seinem Umfeld kaum noch ukrainische Katholiken sind. In der Regel stellt ihnen jetzt die römisch-katholische Kirche ihre Gotteshäuser zur Verfügung. Ebenso wird ihr Priesternachwuchs an römisch-katholischen Priesterseminaren herangebildet. Es gibt in Polen wieder drei weibliche und ein männliches Kloster dieses Ritus.

Und der heutige Primas von Polen, Kardinalerzbischof Józef Glemp, setzte je einen Generalvikar für diese Kirche mit Sitz in Warschau und Liegnitz (Schlesien) ein. Besonders gefördert werden die Mitglieder dieser Kirche durch den Breslauer Kardinalerzbischof Henryk Gulbinowicz, der mit ihnen öfters in ihrer Muttersprache die Hl. Messe feiert und ihnen Wallfahrten zu schlesischen Wallfahrtsorten, wie Wartha etc., genehmigt hat. Da mit Rücksicht auf die UdSSR der polnische Staat die Kirche offiziell nicht anerkennt, jedoch sie toleriert, darf vorerst auch kein Bischof dieses byzantinischen Ritus geweiht werden.

Auch für die mit Rom unierten armenischen Christen ist Polen so eine Art Oase. So erklärte der Probst der armenisch-katholischen Kirche mit Sitz im oberschlesischen Gleiwitz unlängst in Polens Medien, daß die offizielle Zahl seiner Gläubigen in Höhe von 5500 nicht mehr stimmt: Immer mehr junge „Zuwanderer“ kämen neuerdings aus der Sowjetunion.

Dazu: Gleich nach der Etablierung der Sowjetmacht in den 20er Jahren flohen armenische Christen u. a. massenweise in das benachbarte Polen. Und fast ausnahmslos ließen sie sich in Galizien nieder, wo es bereits eine armenische Minderheit gab, die primär unter der Intelligenz zu suchen war. Viele nahmen später als polnische Offiziere am polnisch-sowjetischen Krieg 1939 teil. Nicht wenige landeten später bei den nationalpolnischen Streitkräften im Westen. Andere oder deren Familien setzten sich beim zweiten Nahen der Front im Jahre 1944 in die Region Krakau oder gar in die einstigen deutschen Ostgebiete ab. Es gibt heute starke Gemeinden in Krakau, Danzig und Gleiwitz. Auch für ihren Ritus nominierte Primas Glemp jetzt einen Generalvikar mit Sitz in Danzig. Ihr Priesternachwuchs wird zuerst an polnischen Priesterseminaren, dann in Rom herangebildet.

Santiago/Chile

Parroquia nuestra Senora de los Dolores

Liebe Freunde in Deutschland!

Vielen Dank für alle Grüße und Briefe und alle Zeichen der Verbundenheit und Unterstützung, die ich erhalten habe.

Ich hatte versprochen, einen Rundbrief zu Weihnachten zu schreiben, und nun fürchte ich, daß der Brief mit Verspätung ankommen wird. Der Grund liegt darin, daß ich vom 12. bis 15. Dezember an der Vollversammlung der chilenischen Bischöfe teilnehmen mußte. Ich sollte Sekretär von einer der Arbeitsgruppen sein und dachte, daß ich zwischendurch diesen Brief schreiben könnte. Das war aber kaum möglich, weil wir mußten dauernd Zusammenfassungen schreiben, oft bis spät in der Nacht.

Es war aber eine sehr interessante Erfahrung, und man lernt sehr viel dabei. Man gewinnt neue Kenntnis der Persönlichkeiten der Bischöfe und von der Art und Weise, wie sie arbeiten.

Diese Vollversammlung hatte ein großes Programm mit vielen wichtigen Themen: Die Erarbeitung der neuen Richtlinien für die pastorale Arbeit in den nächsten 5 Jahren, eine

kritische Bilanz der Katechese in Chile, eine Auseinandersetzung mit einem Dokument von Rom über die Rolle der Bischofskonferenzen und einen Austausch über die politische Situation des Landes.

Zu Gast weilte auch ein paar Tage der neue Nuntius, der einen sehr guten Eindruck unter den Bischöfen machte.

Wie war nun das Jahr 1988 für uns? Voll von Arbeit und Überraschungen und in vielen Hinsichten ein Jahr des Wachstums:

Die Pfarrei hat ihren Rhythmus und läßt sich von meinen ständigen Abwesenheiten nicht stören. Wir haben sehr gute Mitarbeiter, so daß die Katechese und Vorbereitung auf die Sakramente immer gut läuft. Wir werden die Kirche vergrößern müssen, und dafür müssen wir uns das Nachbar-Gelände kaufen. Die ganze Gemeinde hat schon angefangen, dafür Geld zu sammeln, und das Erzbistum wird uns das Geld leihen, weil der Kauf im Februar erfolgen muß.

Eine schöne Überraschung in diesem Jahr war die gute Arbeit in unserem Rehabilitationszentrum für drogen- und alkoholabhängige Jugendliche.

Ich konnte mich dort nur ein paar Mal blicken lassen, und die ganze Arbeit wurde von drei Psychologen gemacht. Vor kurzem kamen 3 Jugendliche aus der Gruppe mit einer Einladung. Sie wollten feiern, weil sie selber ein Buch mit der Erfahrung, die sie gemacht hatten, geschrieben und herausgegeben haben.

Sehr gut und immer besser arbeiteten in diesem Jahr die „Strickerinnen Marias“, auch diese Gruppe hat sich schon fast ganz selbständig gemacht. Einmal im Monat haben wir eine Hl. Messe und eine Feier. Inzwischen verdient jede Frau durch diese Arbeit ca. DM 30 pro Woche. Alle sind sehr begeistert von der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe. Zweimal im Jahr durften wir auch einen Ausflug machen, und am 23. werden wir Weihnachten feiern. Bei der Gelegenheit werden 15 Frauen die Erstkommunion und 30 die Firmung erhalten. Eine aus der Gruppe wird sich nach langen Jahren Zivilehe kirchlich trauen lassen.

Die Arbeit mit der Kinderspeisung geht auch weiter. Wir hatten in diesem Jahr 380 Kinder in 5 verschiedenen Speisesälen verteilt. Am 24. Dezember haben wir am Nachmittag die Weihnachtsfeier. Die Geschenke sind schon verpackt. Auch in diesem Jahr werden die Kinder eine lebendige Darstellung der Krippe machen (sogar mit Esel!).

Am 1. Januar fahren wir zur Küste, wo sie einige Tage Ferien verbringen dürfen. In Papudo habe ich eine ganze Schule gemietet, die von Ordensschwestern geleitet wird. Hoffentlich geschieht nichts und keiner wird krank! 10 Tage werden sie dort verbringen! Für diese 10 Tage übernehme ich die Pfarrei von Papudo, weil der Pfarrer Urlaub macht.

Meine Arbeit an der Katholischen Universität und im Priesterseminar mache ich auch weiter, bedeutet mir aber nicht viel Anstrengung, weil jedes Semester sind die Studenten verschiedene, so daß ich ohne weiteres immer wieder den Stoff wiederholen kann.

In diesem Jahr war ich auch oft unterwegs in den verschiedenen Diözesen, dafür haben

wir jetzt hier im Büro ein Auto zur Verfügung. Ein VW aus Brasilien, der ganz gut und vor allem schnell läuft.

Die politische Situation hat sich nun etwas beruhigt. Zur Zeit gibt es schon überall Sommer- und Urlaubsstimmung. Bis März wird sich nicht viel abspielen. Jetzt soll die Opposition, die ja am 5. Oktober gewonnen hat, einen Kandidaten ernennen. Dies wird nicht einfach sein. Wahrscheinlich wird es ein Christdemokrat sein, aber sie sind im Augenblick bei der Diskussion sehr gespalten. Dies gibt bei der Öffentlichkeit einen schlechten Eindruck. Noch schwieriger wird es bei der Erarbeitung des Programms sein. Mal abwarten...!

Nun, liebe Freunde, möchte ich allen ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen und alles Gute zum kommenden Jahr 1989!

Möge das Christkind sie alle reichlich beschenken!

Mit freundlichen Grüßen

P. Eduardo Cano

Sam Nujoma ante portas

Der Weg für die neuen Herren in Windhoek ist frei

Karl Breyer

Unter den Augen der Vereinten Nationen unterzeichneten zwei Tage vor Weihnachten Angola, Kuba und Südafrika das in Brazzaville, der Hauptstadt des Kongo, vereinbarte Dreier-Protokoll über die friedliche Lösung des Namibiaproblems, das u. a. den Rückzug der kubanischen Truppen aus Westafrika beinhaltet. Damit sind die Weichen für den Weg in die Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika endgültig gestellt, es sei denn, es käme noch einmal zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Kubanern, Angolanern und Südafrikanern an der Grenze des umstrittenen Gebietes. Der etappenweise vereinbarte Rückzug des kubanischen Expeditionskorps in Afrika und der südafrikanischen Streitkräfte bedeutet das Ende einer 73 Jahre langen Herrschaft Pretorias über ein Gebiet, das fast viermal so groß wie die Bundesrepublik ist.

Noch ist damit der Frieden im südlichen Afrika nicht gesichert. In der Burenrepublik wird es genügend Menschen geben, die die Vereinbarung mit gemischten Gefühlen betrachten. Sie werden argumentieren, daß Pretoria Milliarden Rand für die Verwaltung und die Verteidigung der ehemaligen deutschen Kolonie und späteren Mandatsgebietes zur Verfügung stellt und daß Tausende von Menschen — darunter zahlreiche junge südafrikanische Soldaten — für einen sinnlosen Krieg starben. Am Ende dieses blutigen Weges steht — so meinen sie — ein neues marxistisches Zimbabwe. Rund zwanzig Jahre dauerte die schmutzige Auseinandersetzung zwischen der SWAPO-Guerilla-Organisation und der überlegenen Armee Pretorias, die Sam Nujomas Terroristen nie gewinnen konnten. Dennoch ist heute so gut wie sicher, daß die kommenden Wahlen unter der etwa 1,2

Millionen zählenden Bevölkerung zu einem Sieg Sam Nujomas führen werden. Niemand zweifelt daran, daß die stärkste ethnische Gruppe des Landes, die mehr als 600 000 Ovambos, sich für die SWAPO entscheiden wird. Man muß annehmen, daß zu Weihnachten des nächsten Jahres im sogenannten Tintenpalast — dem von der deutschen Kolonialverwaltung gebauten Gouverneurssitz — neue Herrscher regieren werden, die den Marxismus-Leninismus auf ihre Fahnen geschrieben haben. Der Oranjefluß, der die Grenze zwischen der südafrikanischen Republik und dem neuen unabhängigen Staat bilden wird, könnte der Schauplatz neuer Auseinandersetzungen zwischen Schwarzafrikas Radikalen und den Buren werden.

Fest steht, daß die Regierung Botha sich zu der Auffassung durchgerungen hat, daß sie eventuell mit einer SWAPO-Regierung in Windhoek unter Führung Sam Nujomas leben kann. Bereits am 22. Januar wird eine Kommission, zusammengestellt aus fünf Nationen, mit den vorbereitenden Arbeiten in Südwesafrika beginnen. Etwa zur gleichen Zeit wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York den Vertrag der beteiligten Länder akzeptieren und den Befehl geben, die ersten Blauhelme der UNO nach Windhoek zu fliegen. Es wird angenommen, daß 7 500 Mann eingesetzt werden sollen, um die Grenze mit Angola zu kontrollieren und zu verhindern, daß SWAPO-Guerillas nach Namibia eingeschleust werden. Außerdem werden zivile Verwaltungsbeamte der Weltorganisation die Vorbereitungen für die kommende Wahlen, die Übernahme des Verwaltungsapparates und den Rückzug der Südafrikaner treffen. Ausgerechnet zum 1. April des kommenden Jahres soll die UNO-Resolution 435 in Kraft treten. Bis dahin müssen 3 000 Kubaner Angola verlassen haben. Die übrigen kubanischen Streitkräfte — etwa 50 000 Mann — müssen sich bis dahin hinter den 15. Breitengrad zurückgezogen haben. Vier Monate nach der Unabhängigkeitsphase Namibias sollen die übrigen Kubaner Positionen nördlich des 13. Breitengrades einnehmen um dann schließlich nach 27 Monaten Angola vollständig geräumt zu haben.

Mit dem 1. April beginnt auch der Rückzug der Südafrikaner. Von den etwa 50 000 Mann der südafrikanischen Armee müssen bis zum 11. Juni nur noch achttausend Soldaten in Namibia übrigbleiben. Bis dahin sollen sie alle Militärbasen entlang der Grenze und im nördlichen Operationsgebiet geräumt haben. Waffen und Munition werden in Depots abgeliefert und von Einheiten der UNTAG kontrolliert werden. Der Beauftragte der Vereinten Nationen, der Finne Maarti Ahtisaari, wird dann Ende Juni 1989 offiziell die Wahlkampagne ankündigen, die vier Monate dauern soll und mit den eigentlichen Wahlen am 1. November 1989 beendet wird. Noch glauben einige Mitglieder der Übergangsregierung in Windhoek, daß sie bei den kommenden Wahlen eine Chance gegen die SWAPO haben. Es kommt sicher darauf an, wie sie die drei Monate dauernde Wahlkampagne nutzen werden.

Für Namibia bedeutet das Ende des Krieges in Angola und an der Ovambogrenze jedenfalls ein Ende des wirtschaftlichen Siechtums. Kurzfristig werden die 7 500 UNO-Soldaten mit ihrem administrativen Troß einen gewissen Wohlstand mit sich bringen. Jetzt schon verhandelt man über interessante Geschäfte wie den Ankauf von 200 000 Zelten, die ur-

springlich für den Papstbesuch in Lesotho verwendet werden sollten. Bis zu den Wahlen müssen 25 000 Kubaner das Land verlassen haben und alle südafrikanischen Einheiten zurückgezogen sein. Der Rückzug der Kubaner wird sich bis etwa März 1991 hinziehen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird Namibia dann wohl endgültig unabhängig sein. Die Kosten der ganzen Prozedur werden bisher nach vorsichtigen Schätzungen bei etwa 1,5 Milliarden US-Dollar liegen. Noch ist nicht geklärt, wer diesen Kostenaufwand tragen soll und wer auch die Zahlung der bisherigen Zuschüsse Pretorias übernimmt. Auch die Haltung der weißen Bevölkerung (etwa 100 000 Menschen) ist noch ungeklärt. Von den rund 18 000 Deutschstämmigen haben viele ihren bundesdeutschen Paß erhalten. Sie erwarten, daß Bonn ihnen zu Hilfe kommt, wenn die Entwicklung einen negativen Verlauf nimmt. Manche überlegen sich, ob sie einfach nach Südafrika umziehen. Heute schon gibt es zahlreiche Namibia-Deutsche, die in Kapstadt und in den Weingegenden der Kapprovinz ihren Zweitsitz haben.

Die Unterzeichnung des „Friedensprotokolls“ scheint das Ende der UNITA-Bewegung des Dr. Jonas Savimbi herbeizuführen oder zumindest zu beschleunigen. Noch ist niemand bereit, diese Tatsache zu akzeptieren. Aber bereits vor Wochen kontaktierte der Staatspräsident Gabuns, Omar Bongo, den marokkanischen König Hassan mit einem nahezu unglaublichen und sensationellen Vorschlag. Beide Staatsmänner galten bisher als Freunde des Guerillaführers Jonas Savimbi. Bongo übermittelte ein Angebot der MPLA-Regierung in Luanda, wonach Savimbi mehrere Millionen Dollar erhalten sollte, falls er sich aus dem politischen Geschehen zurückziehen und sich in einer von König Hassan bereitgestellten Villa am Mittelmeer niederlassen würde. Der plötzlich unbequem gewordene Guerillaführer im angolanischen Busch sollte ins „Goldene marokkanische Exil“ katalpultiert werden. Wider Erwarten reagierte Savimbi jedoch äußerst wütend und verärgert. Er brach Gespräche mit dem Kongo-Präsidenten Denis Sassou-Nguesso ab, verwarf jeden weiteren Vermittlungsversuch Bongos und warnte außerdem über seinen Vertreter in den USA, Jeremias Chitunda, daß Amerikas Unterhändler Chester Crocker dabei sei, Namibia an die Marxisten zu verkaufen.

Durch einen geschickten Schachzug Kubas und Angolas wurde die UNITA von Anfang an von den Friedensgesprächen ausgeschlossen. Dr. Jonas Savimbi, der über Jahre hinweg gegen die Kubaner und die SWAPO-Guerillas gekämpft und den Südafrikanern die Treue gehalten hatte, stand plötzlich draußen vor der Tür. Seine Warnungen, daß die Kubaner ein falsches Spiel spielen, daß die Anzahl der kubanischen Truppen in Angola weitaus höher ist und daß etwa 30 000 Kubaner die angolanische Staatsbürgerschaft akzeptiert haben und daher als „Wehrbauern“ im Lande bleiben werden, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Auch der Versuch, direkt mit der MPLA in Luanda zu verhandeln, war erfolglos. Die jetzige angolanische Regierung bezeichnet Savimbi nach wie vor als einen Verräter und antwortete jetzt mit einem Amnestie-Angebot an alle UNITA-Guerillas, die sich ergeben.

Das Schicksal der UNITA-Guerillas ist also nach Brazaville ungewisser denn je. Dr. Jonas Savimbi wird sicher nicht bereit sein, seine rechtmäßige Rolle als einer der maßgebenden

Politiker des südlichen Afrika für vage „vergoldete“ Angebote zu tauschen. Auch die Amnestie-Versprechen Luandas, die einen Keil zwischen Führung und Soldaten treiben sollen, haben bisher wenig an der kämpferischen Entschlossenheit der UNITA ändern können. Nur wenn Washington und Pretoria ihren Bundesgenossen im Busch im Stich lassen, wäre das Ende der Guerilla-Organisation nicht mehr aufzuhalten. Der Tod der UNITA wäre sicher ein neues fragwürdiges Kapitel westlicher Ignoranz und Kaltschnäuzigkeit in der tragischen Geschichte des modernen Afrikas.

Südafrika wird sich des militärischen und finanziellen Drucks entledigen können. Dennoch ist mit weiteren Sanktionen gegen Pretoria — die vor allem von den Demokraten in den USA und den Gewerkschaften in Westeuropa gefordert werden — zu rechnen. Auch ist anzunehmen, daß die Falken unter den Frontstaaten keine Ruhe geben werden. Im Gegenteil: Mit Sam Nujoma wird die Republik am Kap einen weiteren Unruhestifter und potentiellen Gegner dazu bekommen. Und im Lande selbst werden die Konservativen weiterhin behaupten, daß Pretoria dabei ist, die Weißen zu verkaufen, während die schwarzen Radikalen noch energischer als vorher ihre Befreiung fordern werden. Aber noch ist viel Zeit bis zum 1. April 1989. Die Durchschnittssüdafrikaner und Namibianer sind noch in weihnachtlicher Stimmung und Urlaubslaune und haben andere Sorgen. „Brazzaville? UNTAG? Resolution 435? Was sollen diese Fragen? Jetzt fahren wir erst einmal nach Swakopmund in Urlaub. Im neuen Jahr reden wir weiter. Und abgesehen davon: Warum sollen wir uns aufregen? Vielleicht ist alles wirklich nur ein Aprilscherz.“

Polen: Wer die Jugend hat, hat die Welt

Joachim G. Görlich

Wer die Jugend hat, hat die Welt, hat einmal Josef W. Stalin gesagt. Wenn dem so ist, kann Polens katholische Kirche beruhigt sein. Das polnische „Zentrale Meinungsforschungsinstitut“ unter dem persönlichen Berater von Staats- und KP-Chef Armee(Viersterne)general Wojciech W. Jaruzelski, Oberst Dr. Stanislaw Kwiatkowski, stellte kürzlich aufgrund einer Umfrage fest, daß 98 Prozent der Gymnasiasten fest zur Kirche halten. Und sogar zwei Prozent der 98 Prozent, die sich als nichtgläubig bezeichneten, gehen zur Kirche. Um nicht aufzufallen oder dem Wunsche der Eltern zu folgen. Bei den Berufsschülern und bei den Studenten sieht es nicht schlechter aus.

Die „Katechetischen Punkte“, in denen außerschulisch Religion unterrichtet wird, werden von bis zu 95 Prozent der schulpflichtigen Jugend besucht. Für nahezu alle Studentinnen und Studenten ist die kirchliche Trauung und die Taufe ihrer Kinder selbstverständlich. 80 Prozent glauben an eine „ausgleichende göttliche Gerechtigkeit. Jesus Christus ist für sie einwandfrei Gottessohn, und ihr Glaube an kirchliche Dogmen ist unbetrübt, schreibt die Zeitung „Odglosy“. An Wunder glauben 57 Prozent aller Jugendlichen.

Heute gehören nur zwölf Prozent der polnischen Jugendlichen irgendeiner Jugendorganisation an. Der Großteil verfolgt dabei persönliche Interessen, wie Stipendien und Ferienaufenthalte zum Fast-Null-Tarif etc.

Bis in die 80er Jahre gingen polnische Wehrdienstleistende in Galauniform und mit Orden behangen zur Trauung in die Kirche. Das hat nur deswegen nachgelassen, weil das Ansehen der Armee nach ihrer Beteiligung am „Kriegszustand“ (13.12.1981) gesunken ist. Wenn sich aber die neue illegale Offiziers- und Fähnrichszeitung „Ehre und Vaterland“ (Honor i Ojczyzna) darauf beruft, daß sich viele Berufssoldaten am „polnischen Papst“ orientieren, so kann man davon ausgehen, daß der Prozentsatz der Gläubigen unter den Berufssoldaten nicht gering sein kann.

Zudem: Die elf von Orden geführten Gymnasien plus eine Fachhochschule und zwei Berufsschulen nebst der Katholischen Universität Lublin haben — wegen ihres hohen Niveaus — enormen Zulauf, auch bei „roten“ Eltern. Und obwohl die meisten Schüler ein nicht unbedeutendes Schulgeld zahlen müssen.

Wie denkt die polnische Jugend über die Bundesrepublik? Nun, hier haben die Ferienjobs polnischer Studenten in den 70er Jahren und die Paketaktionen der Westdeutschen während des „Kriegszustandes“ einiges zum Besseren geändert. Der Direktor des Deutschkunde-Instituts in Warschau und Deutschlandexperte des ZKs der KP, Prof. Dr. Jerzy Tomaszewski, beklagte schon vor fünf Jahren, daß bei den Jungpolen das obligate Deutschlandbild vom Militarismus, Revisionismus und Revanchismus und der „guten“ DDR nicht mehr zieht. Bei einer Befragung mit einer Skala von fünf Plus-Punkten sollten die Jungpolen auch Noten an die Bundesrepublik vergeben. Sie bekam wie die USA, Großbritannien und Frankreich drei Sympathiepunkte. Auf die Frage, in welches Land sie am liebsten emigrieren möchten, gaben 20 Prozent der polnischen Jugendlichen die Bundesrepublik an, je elf die vorher genannten Länder.

Insgesamt 377000 Schüler lernen an mehr als 50 Gymnasien Deutsch. In der Beliebtheitskala hat Deutsch das traditionelle Französisch und auch das Englisch bereits eingeholt. Mehr als tausend Jungpolen studieren an acht Universitäten und zwei Pädagogischen Hochschulen Germanistik. Unlängst meldete eine polnische Zeitung, daß von den 80 privaten Eheanbahnungsinstituten die meisten im „Westdeutschland-Geschäft“ stehen. Wenn die legendäre polnische Ritterstochter Wanda sich noch in die Weichsel stürzte, um nicht einen deutschen Ritter heiraten zu müssen, „wolle jetzt fast jede Wanda ihren Fritz haben“. Versteht sich: aus der Bundesrepublik Deutschland.

Kirche und Medien

Freuden und Leiden?

Helmut Fettweis

Unsere Kirche tut sich schwer mit den Medien. Das ist eine leider beklagenswerte Tatsache.

Aber zunächst zu den Begriffen. Wer ist hier mit Kirche gemeint? Kirche ist umfassend als die Gemeinschaft der Glaubenden gesehen, die sich zur römisch-katholischen Kirche zählen. Dazu gehören das alte Mütterlein aus dem Bayerischen Wald ebenso wie Wissenschaftler, Gelehrte, Priester, Mönche, Nonnen, Bischöfe und Kardinäle, aber auch alle die, die durch ihren Beruf zu besonderen Aufgaben befähigt sind, die Laien. Dazu gehören auch Journalisten, Publizisten, Rundfunk- und Fernsehleute, Verleger und Autoren. Kurzum alles, was zum Volk Gottes zählt.

Was versteht man unter Medien?

Vom Buch über die Zeitschrift, Zeitung, Illustrierte, bis hin zu Fernsehen, Rundfunk, Video und was es an Kommunikationsmitteln noch geben wird.

Die Aufgaben

Die Kirche hat das Wort des Herren zu künden, die Sakramente treulich zu verwalten und alle Menschen an die Tatsache Gottes immer wieder zu erinnern, gelegen oder ungelegen. Dazu gibt es in der Kirche, die ja die Stiftung Christi ist, die verschiedenen Dienste.

Priester, Bischöfe und Papst wachen über die Reinhaltung des Wortes und weisen den Menschen den Weg zu Seinem Heil. Sie haben das hohe Amt, die Sakramente zu spenden und den Menschen als Wegzehrung zu reichen.

Alle aber, die getauft sind, haben die Aufgabe, Gott zu bezeugen. Sie sind in die Welt gesandt, um mit ihren speziellen Gaben den Glauben zu leben und lebendig werden zu lassen. Sie müssen Sauerteig in der Gesellschaft sein.

Und unter diesen Getauften sind einige, die haben das Talent zur Rede oder zum Schreiben mitbekommen. Sie haben also die Aufgabe, aus dem Glauben den Mitmenschen mitzuteilen, was sich um den Glauben tut.

Dabei haben sie die allgemeine Pflicht, die Wahrheit in besonderer Weise zu beachten. Mit diesen Gaben stellen sie ein hohes und nützliches Potential für die Kirche dar. Man muß sich seiner bedienen. Aber wie?

Diese Medien...

Es ist kein Geheimnis, daß es oftmals Spannungen gibt zwischen denen, die als Priester das Wort Gottes unverfälscht zu künden haben, und denen, die über die Kirche und aus dem Glauben schreiben. Dabei muß man sich über einen großen Unterschied klar werden:

Eine Rede ist keine Schreibe und umgekehrt. Und eine der schwierigsten Aufgaben z.B. ist es, eine fremde Rede halten zu müssen. Und wie oft kommt ein guter Aufsatz nicht an, weil er in einer Umgebung gelesen wird, die für die feinen „Töne“ des Wortes nicht geeignet ist. In der stillen Klausur des Gelehrten liest sich ein Artikel anders als in der U-Bahn. Nicht zu übersehen ist auch, daß jeder Mensch aus seiner persönlichen Situation heraus Dinge anders aufnimmt als sein Nachbar.

Auf alle diese Imponderabilien können die Medien nicht reagieren. Infolgedessen muß man sehen, daß man möglichst viele Menschen erreicht. So gibt es dann jene Dauerberieselung zwischen Beethoven und Heino, die so „klug“ ausgewählt ist, daß für die meisten Menschen etwas dabei ist. Was aber soll man mit dem Wort Gottes und seiner weisenden Auslegung durch die berufenen Hirten machen?

Gegebenheiten

Auch von den katholischen Christen gehen nur um die 20% regelmäßig in die Kirche. Religiöse Informationen in Elternhaus und Schule sind leider sehr dürtig geworden. Rund 10% ehemaliger Katholiken sind aus der Kirche ausgetreten. Die Kirche hat aber die Aufgabe, *allen* Menschen das Heil anzubieten.

Nun gibt es die Kirchenpresse in einer respektablen Vielfalt und Auflagenhöhe. Doch auch hier ist die Leserschaft geschwunden. Und wenn man Bezieher von Lesern trennen würde, dann sähe die Bilanz noch dunkler aus. Fast 14% mehr Katholiken als Gottesdienstbesucher halten noch eine kirchliche Zeitung. Somit steht fest, von den rd. 27 Millionen Katholiken in der Bundesrepublik werden vielleicht regelmäßig 30% — oder knapp 9 Millionen — vom Wort Gottes in irgendeiner Form erreicht. Ist damit der Auftrag Jesu, das Wort *allen* Menschen zu sagen, eigentlich noch erfüllt? Wird man nicht eines Tages feststellen müssen, daß sich der Glaube auf nur einige wenige reduziert hat? Nun gibt es natürlich Katholiken, die stolz darauf verweisen, daß an den und den hohen Feiertagen die Übertragung aus Rom mit dem Segen „urbi et orbi“ hohe Einschaltquoten erreicht hat. Man wird sagen, daß die Kirche durch ihre Repräsentanten in den Funk- und Fernsehredaktionen würdig vertreten sei und daß somit ein großer Teil mehr Menschen — Glaubende oder Nichtglaubende — erreicht wird.

Sicherlich, es stimmt, daß die zugestandenen Sendezeiten in Funk und Fernsehen durchweg einwandfrei eingehalten werden. Aber schon beim Inhalt sind einige Fragen sehr diskussionsreif. Aber was nutzt es, wenn vor und nach der Kirchensendung Sex, Gewalt, Scheidung und Brutalität das Programm garnieren? Was geschieht dem Hörer oder Seher, der nach der „edlen Mahnung“ der christlichen Kirchen gezeigt bekommt, daß das Leben doch ganz anders verläuft? Insbesondere auch junge Menschen kommen zu dem Schluß, daß das Christentum eine überholte, weltferne Sache sei. Und damit sinkt das Ansehen des Wortes weiter.

Aber es geht noch bunter zu. Überall sprießen private Sender aus dem Boden. Hier herrschen die strengen Bräuche des Geschäftes. Man wird sich von einigen Frömmeln doch

diese roten Zahlen nicht ins Haus holen! Und wenn man in gewissen Gegenden auf das gelebte Christentum noch Rücksicht nehmen muß, dann ist es nicht der Wille der Gestalter, sondern die „Angst“ vor dem Publikum.

Wenn es dann ein so fein ausgetüfteltes Gesetz für den lokalen Rundfunk wie in NRW gibt, dann scheint die Welt für die Kirchen beinahe strahlend in Ordnung. Aber mitnichten! Einmal ist das Gesetz durch seine Perfektion schon beinahe lebensuntüchtig. Die vielerlei Kompromisse zugunsten örtlicher Wirtschaftlichkeit und auch die gesuchte „Anlehnung“ an gewisse Programmteile der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zeigen bereits, daß es kein Programm christlicher Freude geben wird. Ebenso ist auch dabei nicht sicher, daß die Kirchen ausreichend zu Wort kommen, nämlich dann nicht, wenn sie keines zu bieten haben. Wenn jede Diözese glaubt, daß sie mit ihren privaten Rundfunkleuten schon klar kommt, dann mag das hier und dort stimmen, im gesamten Bundesgebiet jedoch nicht.

Und eines ist sicher, ein „Gegenprogramm“ ist leichter zu gestalten. Da die Programme überall mit der Werbung verbunden sind — man muß ja leben —, ist es sicher, daß die Schnulze als Verpackung höhere Einschaltquoten für den Werbespot bringt als ein feierliches Tedeum von Radio Vatikan.

Was sollte man tun?

Unsere Kirche muß sich nach einer vorurteilsfreien Analyse zu einer klaren und überschaubaren Medienpolitik durchringen. Aber wie?

Wir wissen, welche Schwierigkeiten mit dem gedruckten Wort bestehen. Eine Kirchenzeitung, in der auf der ersten Seite der Bischof, auf der zweiten und dritten die Weihbischöfe und dann Generalvikare, Prälaten usw. zu Wort kommen, würde in Kürze keinen Leser mehr finden. Es ist eine Kunst zu schreiben, und die beherrscht nicht jeder Amtsinhaber. Wie oft ist man schon enttäuscht gewesen von einer zu Herzen gehenden Predigt oder Rede beim Wiederlesen. Ein Beispiel aus dem profanen Bereich: Erinnern Sie sich an die Reden Adenauers. Obwohl er kein Demosthenes war, aber er konnte mit — teils auch humorvollen — Worten tief anrühren. Haben Sie diese Reden schon einmal gelesen?

Haben Sie schon einmal vor einem kleinen (oder auch größeren) Kreis gesprochen? Hatten Sie sich besonders gut vorbereitet, hatten alles aufgeschrieben und dann auch noch in korrekter Weise abgelesen — und der Beifall war dünner als das Mineralwasser auf dem Rednerpult. So kann auch das Wort des Bischofs, das im hohen Dom so ehrfurchtschend klingt, in der Zeitung gelesen, sehr viel weniger Wirkung auslösen. Und an dieser Nahtstelle steht eben der Journalist, der aus der Rede die Schreibe macht, die dann natürlich nicht mehr wörtlich übereinstimmt, aber die wichtigsten Fakten an den Mann — die Frau — bringt. Da wird es immer wieder Schwierigkeiten geben, geben müssen, wenn das Wort lebendig bleiben soll.

Aber noch schwieriger ist es dann mit Funk oder Fernsehen. Und leider gibt es nicht nur Männer, die wie unser Papst „live“ zu bringen sind.

Und im Hörfunk wird das nicht anders sein. Schließen Sie einmal die Augen, wenn eine charmante Ansagerin ihren Text spricht. Wirkt er dann noch in der gleichen Weise? Hören Sie doch einmal einen tüchtigen Schauspieler in einer Sprecherrolle.

All das darf man nicht vergessen, wenn man nun die Frage beantworten will, wie die Kirche in den Medien präsent und aussagekräftig bleiben will.

Die Antwort kann nur lauten: In dieser pluralen Gesellschaft muß die Kirche in allen Medien präsent sein.

Wie kann Präsenz aussehen?

Die Kirche muß in allen Diözesen kundige Sachbearbeiter einsetzen, die feststellen, in welcher Form die Kirche in den Privat-Medien einen Platz finden kann.

Dieses Suchen beinhaltet nicht nur ein Erkunden von Zeiträumen, sondern muß auch die Qualität des Umfeldes (Nachrichten, Werbung, Magazine, Hörspiele etc.) beachten.

Weiterhin müssen kirchlich geprägte Laien darauf vorbereitet werden, in diesen Medien aktiv zu werden. Diese Aufgabe ist nicht leicht und braucht einen langen Atem, wenn man professionell mithalten will. Und man muß es, sonst findet der Sendebeitrag keine Aufnahme bei der verantwortlichen Redaktion und erst recht nicht beim Hörer. Abschalten durch den Hörer ist aber für Privatfunk tödlich.

Nun gibt es jedoch in der Kirche Dinge, die bundesweit von Wichtigkeit sind.

Es wäre ein Treppwitz der Geschichte, wenn die Gestalt der Weltkirche in Kleinposmuckelsdorf an den Kirchtürmen aufhören würde. Auf die Dauer kann sich kein Bistum — oder gar ein Stadtdekanat — leisten, alle Informationen nur über das religiöse Geschehen in diesem schönen und geliebten Ort/Bereich zu bringen. Der Hauch der Weltkirche muß auch die örtliche Sendung durchziehen. Sonst zerfallen wir bald in eine kirchliche Kleinstaaterei, gegen die das Deutschland des 18. Jahrhunderts geradezu eine Weltmacht war.

Außerdem muß bedacht werden, daß fast 25 Millionen Bundesbürger im Jahr in das Ausland reisen, also eine ganz andere Informationserwartung haben als „katholisch klein — handgestrickt“.

Daneben leben wir in einer mobilen Gesellschaft. Der Computerfachmann in Stuttgart wird im nächsten Jahr nach München übersiedeln oder in 2—3 Jahren nach Hamburg in eine Diasporastadt.

Die Predigt seines Bischofs und auch die Kirchenzeitung seiner Heimatdiözese erreichen ihn nicht mehr. Und ob die Nachrichten aus Osnabrück im katholischen „Fenster“ Vechta ihm zusagen, dürfte nicht sicher sein.

Es besteht somit ein *bundesweites katholisches Informationsbedürfnis*. Denken wir aber auch an Bundesgrenzschutz und an die Soldaten der Bundeswehr. Für diese jungen Men-

schen dürfte oftmals mit religiösen Nachrichten aus der Heimat eine gewisse Verbindung angeregt werden.

Ist es nicht eigenartig, daß man den Papst in Rom ziemlich gut kennt, vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz aber fast nichts weiß? Ist es nicht traurig, daß man über die Wahl des Kölner Erzbischofs so viel Verwirrtes und Verwirrendes, Falsches und Abstruses über die Medien zu Gehör und zu Gesicht bekam, aber nicht einmal das unbeschnittene Wort kirchlicher Experten?

Und wäre es so schlecht, wenn man aus dem Programm von Radio Vatikan mehr zu hören bekäme, und das in einwandfreier Qualität? So ruft also die Zeit nach einem katholischen Sender für die Bundesrepublik.

Wie man diesen Gedanken verwirklichen kann, darüber muß man sich unterhalten. Aber wichtig ist, daß man einen Sender will. Denn man muß wissen, daß in einigen Jahren alles technisch so verplant ist, daß man dann eigene Ansprüche nur noch schwerlich durchsetzen kann.

Das Wie?

Ebenso wird es nicht leicht sein, eine Linie für den Sender zu finden. Aber der blitzge-scheite Einfall kommt nicht dadurch, daß man Entscheidungen vor sich herschiebt.

Man wird sicherlich keinen „Verkündigungssender“ aufbauen können, es sei denn, man würde ihn aus Kirchensteuermitteln bezahlen. Aber das wäre teuer und letztlich zum Scheitern verurteilt.

Man muß also eine Sendeform anstreben, die zwischen den Sendungen des Einhard-Verlages und Radio Vatikan (in heutiger Fassung) liegt. Man wird flotte Musik bringen müssen, aber auch auf die Kirche abgestimmte Töne.

Man kann das Ganze weder den Machern noch den Theologen in die Hand geben.

Vielmehr sollte man tüchtige katholische Laien, Fachleute von Rang, suchen und ihnen geistliche Berater zur Seite stellen. Die Wirtschaftsform, als Betreibergesellschaft, GmbH oder Verein oder in sonstiger Rechtsform, müßte ebenfalls noch erarbeitet werden.

So wäre ein privater katholischer Rundfunk denkbar, der beim Hörer ankommt und der getragen wird von der Gemeinschaft der Glaubenden — Verlegern, Journalisten, Rundfunkfachleuten, Priestern. Die Zeit scheint überreif.

Gedanken zu „Die Welle“ von Morton Rhue

Wilhelm Trost

Der Roman „Die Welle“ von Morton Rhue behandelt folgendes Geschehen: Der Lehrer Ben Ross zeigt in seinem Schwerpunktkurs Geschichte einen Film über die Verbrechen der Nazis. Die Klasse kann nicht begreifen, warum so viele Deutsche willenslose Mitläufer wurden, warum so viele Deutsche sich von einer Minderheit beherrschen ließen und war-

um so viele Deutsche einfach nichts wußten oder nichts wissen wollten. Mr. Ross versucht nun durch eine Veränderung der äußeren Bedingungen, durch Manipulation des Geistes und durch Druck einer Organisation die Schüler in eine Ausgangsposition zu bringen, die ähnlich der Situation ist, in der sich die Deutschen zur NS-Zeit befanden. Die Schüler gehen Ben Ross sofort auf den Leim, sie lassen sich nach Belieben von ihm manipulieren, wobei sie ihren eigenen Willen aufgeben und nur noch für sich denken lassen.

Genau in diesem Punkt wird die Bedeutung dieses Buches ganz deutlich. Das Buch zeigt auf, daß sich in den Grundzügen jederzeit und überall wiederholen kann, was in der NS-Zeit in Deutschland geschehen ist. Menschen lassen sich von einer Minderheit „unterjochen“: die Menschen geben ihren eigenen Willen auf, sie lassen ihr Denken ab- und ausschalten, sie richten ihr Handeln und Tun alle auf das gleiche Ziel aus, ansatzweise Zweifel, Kritik oder gar kritische Stimmen oder andere Meinungen zuzulassen oder zu zeigen. Daraus folgt, wie in der „Welle“ gezeigt, die Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, der totale Gehorsam, ein Übernehmen der Gedankenmuster auch in andere Bereiche hinein, eine totale Veränderung des Weltbildes des Menschen, selbsttätig durchgeführt nach den Grundideen der „Welle“ und die Umsetzung der Idee in die Tat. Und eben auf all diese Gefahren versucht Morton Rhue in seinem Buch „Die Welle“ aufmerksam zu machen und davor zu warnen. Darin liegt der große Wert dieses Buches. In einer Zeit, in der ein Jean Marie Le’Pen in Frankreich als Rechtsradikaler und erklärter Rassist bei den Wahlen zum Präsidenten mehr als 14% der Wählerstimmen bekommt, wo ein rechtsradikaler Abgeordneter in den Bremer Landtag durch Direktmandat einzieht, wo in der ganzen Welt die rassistischen Probleme überall zunehmen, z.B. in einem Land wie den USA die Häuserpreise fallen, wenn in eine Gegend Farbige einziehen, wo in Brasilien weit mehr als 15% der Bevölkerung, alles Farbige, keine Chance erhalten, sei es in Verwaltung, Polizei oder irgendwelchen anderen gehobenen Stellen, wo von 300 katholischen Bischöfen mal gerade 3 Schwarze sind, obwohl der Bevölkerungsanteil bei weit mehr als 10% liegt, wo die „Türken raus“-Propaganda in Deutschland mehr und mehr Anhänger findet, wo in der UdSSR Minderheiten wie die Krim-Tataren, die Armenier und nicht nur diese unterdrückt werden und nach Möglichkeit mundtot gemacht werden sollen, ist ein solches Buch mit seiner Aufklärung nicht hoch genug anzusetzen. Und besonders die Bedeutung für die Jugend ist unschätzbar. Zur Zeit haben rechtsradikale Jugendorganisationen wie „Wiking Jugend“, „Stahlhelm“ und „Borussenfront“ und viele mehr einen solchen Zulauf vor allem von Jugendlichen, die in dieser Konsumgesellschaft zwischen Fernseher, Videorecorder, CD-Player, Hifi-Anlage, Computer und Disco sich allein gelassen und einsam fühlen, die nach Geborgenheit und Gemeinschaft suchen und die irgendwo Anspannung und Leben vermissen und die in sich nicht immer diese Leere verspüren möchten. Diese Jugendlichen sind froh, wenn sie endlich zu einer Gemeinschaft gehören, in der sie eine Aufgabe haben und ihnen „blauer Dunst“ vorgemacht wird, in der sie die Möglichkeit haben, zu zeigen, was in ihnen steckt. Dazu kommt bei uns dann auch noch die deutsche Gründlichkeit! So werden aus diesen Jugendlichen schnell 150%ige Rechtsradikale. Diese Jugendlichen gehen nicht in Organisationen wie: „Deutsches Rotes Kreuz“, „Kolpingwerk“, „Malteser

Hilfsdienst“, „Johanniter-Unfallhilfe“ oder andere gemeinnützige, gesellschaftlich anerkannte Organisationen, denn sie sind von ihrer Erziehung, Situation und ihrem Charakter so, daß es ihnen nicht reicht, wenn man ihnen sagt, sie sollen sich an die moralischen und ethischen Grundsätze dieser Gesellschaft halten und danach leben, und wenn sie dies tun würden, so stehe ihnen das „Himmelreich“ offen und sie würden dadurch ein Pfeiler der Gesellschaft werden. Diese jungen Leute wollen mehr, sie wollen „Actio“, wie das die „tollen“ Idole auch alle machen, und so lassen sich die Jugendlichen leicht zu Wehrsportübungen und „Manövern“ „überreden“. Meistens sind es Jugendliche und Menschen, die außerhalb der Gesellschaft stehen.

Dazu gehören zu einem gewissen Teil Arbeitslose, die so einen Ausweg aus ihrer trostlosen und tristen Situation suchen, aber inzwischen sind es auch andere, „normale“ Menschen wie „du und ich“, die Parolen wie „Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein“, und ähnliche rufen. Nur gibt es in der Realität heute leider keinen Ben Ross, der das „Experiment“ abschließen und die Menschen aus ihrem Alptraumzustand erlösen könnte.

Gerade die Jugend ist auf Literatur wie dieses Buch angewiesen. Diese Art der Literatur zeigt ganz deutlich, wo es „lang-geht“, wie es gewesen ist und was uns bevorsteht denn auch einem Ben Ross ist sein Experiment entglitten, auch er hat sich von der Macht Korrumpieren und verführen lassen. Wie leicht kann der Ausländerhaß sich zu einer „Welle“ auswachsen, die zur Lawine wird und uns alle mitreißt, auch wenn wir es nicht wollen.

Ich bin der Meinung, daß dieses Buch in jedem Haushalt und Kinderzimmer stehen sollte, so wie in der NS-Zeit das Buch „Mein Kampf“ von Adolf Hitler, und so wie es früher in jedem Haus eine Bibel gab. Der Unterschied zur „Bibel“ und zu „Mein Kampf“ sollte darin bestehen, daß dieses Buch auch wirklich gelesen wird und nicht nur aus Prestigegründen im Regal steht. Ich glaube, daß, wenn alle Menschen dieses Buch lesen würden und selbstkritisch über sich nachdenken und dann gemeinsam über dieses Buch reden würden, so könnte vielleicht mehr Verständnis unter den Menschen füreinander herrschen. Dieses Einanderverstehen wäre wohl der erste Schritt auf dem Weg zum großen Ziel: dem Weltfrieden und der gegenseitigen Toleranz unter den Menschen zu einem Miteinander und nicht zu einem Gegeneinander.

Morton Rhue hat mit seinem Buch ein bedeutendes aufklärendes Mittel geschaffen. Das Buch ist nicht umsonst mit dem „Preis der Leseratten 1984“ ausgezeichnet worden, das liegt mit Sicherheit wohl daran, daß auch diese Menschen das Große hinter diesem Buch mit seiner Warnung sahen: den FRIEDEN.

Aus GKS und PGR

Regensburg

Akademiegespräch für Unteroffiziere und Feldwebel

Harald Schäfer

Am Dienstag lud der kath. Wehrbereichsdekan im Wehrbereich IV Peter Rafoth sowie der kath. Standortpfarrer Militärdekan P. Roland Stemmler zu einem zweimal jährlich stattfindenden Akademiegespräch für Unteroffiziere und Feldwebel ins Kolpinghaus. In Vertretung des Wehrbereichsdekans begrüßte der stellv. Wehrbereichsdekan Dr. Wolfgang Habel die anwesenden Soldaten und deren Ehefrauen und stellte dabei kurz den Referenten vor.

Referent war der in diesem Kreis nicht unbekannte Ordinarius für Pastoraltheologie an der hiesigen Universität Prof. Dr. Konrad Baumgartner.

Der 1965 in Passau geweihte und in München promovierte Pastoraltheologe war zunächst 4 Jahre Professor in Eichstätt, bevor er 1980 dem Ruf nach Regensburg folgte.

Das Thema „Tod und Auferstehung — was dürfen wir hoffen?“ ist gerade auch in Soldatenkreisen von größter Bedeutung, was sich auch in dem großen Zuhörererkreis von 370 Anwesenden zeigte.

Normalerweise, so Baumgartner, bleibt man bei diesem Themenkreis gerne auf Distanz. Sterben, Tod, Trauer und Friedhof sind Angstthemen, mit denen man sich nicht gerne beschäftigt. Verdrängung schafft hier aber keine Bewältigung. Die Zeit der Lebensmitte ist als Wende- und Scheitelpunkt zu sehen, um sich auf das Altern und das Sterben vorzubereiten. Das Christsein steht und fällt mit der Hoffnung, daß das Leben nach dem Tod nicht zu Ende ist, sondern in Christus gewandelt wird. Dies versuchte Prof. Baumgartner anhand verschiedener Hoffnungsbilder zu belegen. Er stellte die Sterbeforscherin Kübler-Ross vor, die das Leben nach dem Tod erfüllt mit Licht, Wärme und Seligkeit sieht. Eine weitere Hoffnung, die sich aber trügerisch erweist, ist die Reinkarnationslehre, an die mittlerweile bis zu 30 % der Westeuropäer glauben. „Die Reinkarnationslehre ist nicht mit dem Christentum zu vereinbaren.“ Der christliche Glaube, so Baumgartner, zeichnet sich durch eine neue Einstellung zum Tod aus, die getragen ist vom Vertrauen auf Gottes Liebe und Güte. Die verschiedenen Ansichten vom Tod zeigte er zunächst anhand der platonischen Philosophie, die von einer Leib-Seele-Trennung nach dem Tod und damit von einer Unvergänglichkeit der Seele ausgeht. Sodann die alttestamentliche Sicht, die den Menschen als ganzes, ungeteiltes Wesen sieht. Eine Hoffnung entsteht nur durch eine ganzheitliche Wiedererweckung durch die Macht Gottes auf Erden.

Im Anschluß an diesen Themenkreis stellte er die christl. Bilder von Himmel, Hölle und Fegefeuer vor.

Der Himmel, so Baumgartner, fängt dort an, wo Menschen füreinander da sind; Hölle entsteht als bewußte Verneinung vor Gott und ist überall dort, wo Haß zu finden ist. Das Fegefeuer ist als eine sich im Tod ereignende Begegnung mit dem Feuer der Liebe Gottes zu sehen. Nicht als Ort oder Zustand, sondern es ist Gott selber in reinigender Macht.

In diesem Zusammenhang darf das Thema Meßopfer und Gebete für Verstorbene nie ein Alibi für zu Lebzeiten versäumte Liebesgaben sein.

Das Gebet für einen Verstorbenen ist Ausdruck für unser Vertrauen auf die Liebe und das Erbarmen Gottes.

Zusammenfassend erklärte der Ordinarius: Größer als die Angst vor Sterben und Tod muß uns Christen die Hoffnung auf Gott sein.

Auferstehung heißt im Namen Gottes Auftrag zur Veränderung des Lebens und der Welt, *Dienst am Frieden*, Aufstand gegen den Tod hier und heute.

Nach dem mit großem Applaus bedachten Vortrag schloß sich eine Diskussion an, die einzelne Themen noch besonders vertiefte.

Im Anschluß daran lud der stellv. Wehrbereichsdekan zu einem Bayerischen Büffet.

Poing

Auf der einsamsten Insel der Welt

„Es ist sinnvoll, sich mit der großen, weiten Gotteswelt zu beschäftigen“

Arthur Schopf

Über Einladung der Volkshochschule Vaterstetten/Poing hielt die Ethnologin Dr. Hildgard Matthäi, die als Wissenschaftlerin und Studien-Reiseleiterin weltweit tätig ist, einen Dia-Vortrag über die „Osterinsel“ im Süd-Pazifik.

Am Ostersonntag des Jahres 1722 wurde dieses Eiland, das den südöstlichen Punkt des sogenannten polynesischen Dreiecks bildet, von dem holländischen Seefahrer J. Roggeveen entdeckt. Bis 500 n. Chr. war die Insel unbewohnt, ehe polynesische Stämme von ihr Besitz ergriffen. Seit 1988 gehört „Rapa Nui“ oder „Isle de Pascua“ — wie die Insel von den Chilenen genannt wird — zu Chile und wird von rd. 2400 Menschen bewohnt.

Davon sind etwa die Hälfte Polynesier, die andere Hälfte Chilenen. Obwohl alle gute Katholiken sind, die von dem Münchner Kapuziner-Pater Bertram Riedl seelsorgerisch betreut werden, glauben die Polynesier insgeheim immer noch an gute und böse Geister.

Der erste Herrscher auf der Insel war König Hotomatua, der zehn Söhne besaß. Als Ausdruck der Ahnenverehrung sind auf der Insel viele gigantische — bis zu 10 m hohe — Steinkolosse zu finden, deren Bedeutung bis heute noch nicht restlos geklärt ist — Relikte einer versunkenen polynesischen Kultur. Captain James Cook unternahm in den Jahren 1769–1779 drei bedeutende Südseereisen und fand hierbei die Steinbüsten, die alle ein- und dasselbe Antlitz tragen, noch stehend vor. In den Bürgerkriegswirren einer späteren Zeit wurden alle umgestürzt. Um die Vormachtstellung auf der Insel gab es stets Kämpfe zwischen den beiden Parteien, der „West- und der Ostunion“. Um 1860 kamen peruianische Sklavenjäger und verschleppten etwa 1000 Osterinsulaner als Arbeitskräfte zu den Guanao-Inseln. Das war das Ende der Osterinsel-Kultur, und Rapa Nui war dann viele Jahre lang ein Tummelplatz für Abenteurer jeglicher Art.

Anhand von eindrucksvollen Farbbildern schilderte die Referentin die wechselvolle Geschichte der Insel, zeigte Land und Leute am „Ende der Welt“, denn die Osterinsel wird alljährlich nur von drei bis vier Versorgungsschiffen von Santiago aus angesteuert. Erst durch den neuen Flughafen wurde die Insel Ziel von Touristen und Globetrottern aus aller Welt, zudem die Insulaner für die Fremden ähnlich wie in Tahiti und auf anderen Südseeeinseln folkloristische Feste veranstalten.

Flensburg

Friedensdienst

Heinz Lorek

Der Wehrbeauftragte im Deutschen Bundestag Willi Weißkirch führt in seinem Jahresbericht 1988 u. a. aus, daß die allgemeine Abrüstungs-Euphorie die Stimmung gegen unsere Soldaten noch forciert. Ferner bemerkte er, die Überzeugung bei den Soldaten, besonders bei jungen Wehrpflichtigen, um die Notwendigkeit ihres Dienstes in den Streitkräften sei nicht mehr hinreichend vorhanden. Er forderte die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft auf, für Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft in unserem Lande zu sorgen.

Der Dienst unserer Soldaten ist Dienst für die Erhaltung von Frieden und Freiheit. Er ist Friedensdienst.

Auf diesen unverzichtbaren Dienst zur Sicherung des Friedens und der Freiheit kommt es an.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl betonte auf der Kommandeurtagung im letzten Dezember in Würzburg u. a., daß „auf die nukleare Komponente in der Verteidigungsstrategie der freien westlichen Welt nicht verzichtet werden kann“. Die deutsche Bundeswehr müsse aber auch im Bereich der konventionellen Bewaffnung die erforderlichen Mittel für die notwendige Modernisierung der Waffen vom Parlament bereitgestellt erhalten. Das Wichtigste aber sei der Mensch. Der Bundeskanzler richtete dabei das Wort gezielt an die anwesenden hohen und höheren Kommandeure, sich dem Untergebenen als Mensch mehr zu widmen. Dabei müsse dem Willen zur Verteidigungsbereitschaft, die Motivation der Soldaten ein hoher Rang eingeräumt werden.

Unsere Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik.

Nach Bundespräsident Richard von Weizsäcker „muß die Bundesrepublik Deutschland mit unseren Streitkräften eine wehrhafte Demokratie bleiben“.

Mit der Welt-Organisation der UNO in New York bemühen wir uns im Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt zusammen mit unseren Weltkirchen um Wahrung der Menschenrechte, um Friedenserhaltung.

Wollen wir mithelfen?

Regensburg

Auf den Spuren der ersten Christen

Mit der kath. Militärseelsorge nach Rom und Assisi — Audienz beim Papst

Harald Schäfer

Nach einer anstrengenden, aber erlebnisreichen Woche kehrten in der Nacht zum Sonntag 75 Soldaten und deren Ehefrauen von einer Pilgerfahrt der kath. Militärseelsorge nach Rom und Assisi zurück.

Unter der hervorragenden Pilgerleitung des kath. Militärdokans Pater Roland Stemmler OFM cap. führte die Reise zunächst nach Siena.

Dort kamen die Teilnehmer zum ersten Male mit dem Reichtum und der Schönheit italienischer Kirchenbauten in Berührung. Nach einer umfassenden Führung durch die mittel-

alterliche Stadt wurde die Pilgerreise mit einer Morgenandacht im Dom zu Siena eröffnet. Am Nachmittag reisten die Pilger dann nach Rom weiter, wo für die nächsten Tage Quartier bezogen wurde. Am Sonntagmorgen feierten die Rompilger in den Katakomben des Sebastian einen feierlichen Eröffnungsgottesdienst, der alle zutiefst beeindruckte.

Nach dem Angelus mit dem Heiligen Vater Papst Johannes Paul II. auf dem Petersplatz stand dann bei sommerlichen Temperaturen das antike und frühchristliche Rom auf dem Programm. Dem romantischen Rom huldigten die Teilnehmer am nächsten Tag.

An Allerheiligen führte ein Tagesausflug zu der Abtei Monte Cassino. Bei strahlendem Sonnenschein empfing uns der Klosterberg mit wohlthuender Ruhe. Gemeinsam mit dem Benediktinerkonvent konnten wir die Allerheiligenmesse mitfeiern. Der schlichte Gesang des gregorianischen Choral sowie der würdige Ort des Hl. Benedikt, und der Hl. Scholastika taten ein übriges, den Tag zum Höhepunkt werden zu lassen. Einige hatten dann noch die Gelegenheit zu einer kurzen Begegnung mit dem Abt von Monte Cassino, der 1944 als Sekretär des damaligen Abtes die Zerstörung der Abtei erleben mußte, der aber auch in seiner Amtszeit die Wiedererrichtung des Klosters miterleben durfte.

Am Nachmittag fanden die Pilger sich dann zu einer Gedenkandacht für die 20000 gefallenen deutschen Soldaten auf dem Soldatenfriedhof von Monte Cassino zusammen. Zunächst berichtete der für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge tätige Hauptmann Heini kurz über die Arbeit des Volksbundes. Eine kurze Ansprache des Militärdekan sowie die gemeinsam vorgetragene Bitte um den Frieden in der Welt schloß die Andacht ab. Bei einer spontanen Sammlung kam ein stattlicher Betrag für die Arbeit des VDK zusammen.

Der Allerseelentag war der Tag der Begegnung mit dem Papst. Konnten bei der Audienz alle Teilnehmer den Papst aus nächster Nähe erleben, so war es einigen Pilgern vergönnt, an der von Seiner Heiligkeit für seine verstorbenen Vorgänger zelebrierten Totenmesse am Petrusgrab teilzunehmen. Eine Totenmesse für die verstorbenen Angehörigen der Pilger sowie für die verstorbenen Soldaten dieses Jahres zelebrierte Pater Roland auf dem deutschen Friedhof im Vatikan.

Der Donnerstag galt der Kunst- und Kirchengeschichte. Man besuchte gemeinsam die vaticanischen Museen, wobei einige sogar die Gelegenheit hatten, die Nekropole unter dem Petersdom zu besichtigen. Unumstrittener Höhepunkt war in den Museen die von japanischen Wissenschaftlern renovierte Sixtinische Kapelle, der Ort der Papstwahl, mit seinen herrlichen Fresken.

Am Freitag vormittag verließ man nach einem letzten Besuch auf dem Petersplatz Rom um nach Assisi zu fahren, wo der Hl. Franz wirkte.

Nach einem Rundgang durch die Altstadt und dem Besuch der Wirkungsstätten des Hl. Franz beendete eine kurze Andacht mit einer Meditation über den Sonnengesang des Hl. Franz diesen Tag.

Vor der Rückreise am Samstag hatten die Soldatenfamilien die Gelegenheit, dem Treffen der Novizenmeister des Ordens des Hl. Franz beizuwohnen. Danach feierten die Pilger gemeinsam einen Abschlußgottesdienst in der Krypta der Kirche St. Maria degli Angeli, in der das kleine Portiunculakirchlein steht.

Munster

Fröhliche Kindtaufe in der St. Peter-Paul-Kirche zu Hermannsburg

Hans Stilbach

Sechs Kinder waren nach dem Gottesdienst am Sonntag zur Taufe vorgesehen. Der Pfarrer war genügend mit den Vorbereitungen und Taufgesprächen mit den Eltern in Anspruch genommen. — Zwei der etwa 4jährigen Täuflinge konnten bei der Taufe schon auf einem Fußbänkchen stehen.

Zur Feier in der großen Kirche waren mit den Paten und Verwandten auch eine Schar kleiner Geschwister der Täuflinge gekommen. Diese Kleinen konnten natürlich nicht still sitzen. Sie schwirrten immer wieder lachend und fröhlich springend um Altar und Taufbecken herum. Der beliebte Pfarrer, ab und zu nach den spielenden Kindern blickend, verlor auch bei Andacht und Taufe seine Würde nicht.

Er handelte nach dem Bibelwort: „Lasset die Kinder zu mir kommen!“

Flensburg

Thanksgiving — Erntedankfest

Thomas Thye

Mein Vater nebst Familie war eingeladen, also folgte ich ihm — ein wenig erwartungsvoll — zur Feier des Thanksgiving Day bei der 294th USA Artillery Group in Flensburg.

Freundlicher Empfang gleich beim Betreten des Offiziersheimes durch den Kommandeur der Artillery Group LTCOL Joiner, der auch gleichzeitig der amerikanische Vorsitzende der deutsch-amerikanischen Gesellschaft in Flensburg ist.

Nach dem Begrüßungstrunk wurden durch den First Sergeant die reservierten Plätze zugewiesen.

Neben den Honoratioren der Stadt wurden die Vertreter der Bundeswehr, Zoll, Polizei und der dänischen Armee besonders begrüßt.

Bevor man nun, diszipliniert, wie es sich für Soldaten gehört, zum Truthahnessen schritt, sprach der amerikanische Chaplain das Tischgebet. Doch spätestens jetzt, bei diesem besonders für diesen Tag typischen Essen, tauchte die Frage auf: Wie entstand dieser Feiertag, wo liegt der geschichtliche Hintergrund?

Im Jahre 1602 segelte Bartholomew Gosnold entlang der Küste von Neu England, erforschte das dortige Gebiet und gab der Landspitze den Namen Cape Cod. Fünf Jahre später zogen mehrere hundert Personen, die mit der Kirche von England nicht übereinstimmten, nach Leyden in Holland, wo sie bald darauf als Separatisten bekannt wurden. Bis 1609 siedelten sich weitere Aussiedler aus England kommend in Leyden an.

Die Küste von Neu England wurde im Jahre 1614 erneut erforscht, Kapitän John Willoughby Smith (geb. 6. 1. 1579 Lincolnshire/gest. 30. 6. 1631 London) segelte 1606 erstmalig mit englischen Auswanderern nach Amerika. Er war Mitbegründer der Kolonie Virginia (Jamestown) und brachte nach seiner erneuten Rückkehr nach Neu England mehrere Monate im Gebiet um Cape Cod zu.

Während dieser Zeit ließ er Indianer gefangennehmen und brachte einigen von ihnen die englische Sprache bei. Im Gebiet des Cape Cod gab es zwei Haupt-Indianerstämme: die

Patuxent Tribe (Stamm) und die Wampanoog Tribe. Während der Jahre 1614–1620 gab es in diesem Gebiet eine verheerende Epidemie, der fast alle Indianer zum Opfer fielen.

1620 das Jahr des Aufbruchs

Die Separatisten in Leyden, Holland, hörten von den ungeahnten Möglichkeiten in der Neuen Welt.

Die Virginia Company of London bot allen Arbeitswilligen folgendes an: Bei freier Überfahrt in die Neue Welt mußten sie sich verpflichten, für diese Firma sieben Jahre zu arbeiten und sämtliche Gewinne aus dem Verkauf von Fellen und gefundenen Metallen usw. als Gegenleistung abzugeben. Die Auswanderer bekamen ein Stück Land zwischen dem 40. und 38. Breitengrad, südlich des Hudson Flusses, besser bekannt als Virginia County, zugewiesen.

Am 7. August des gleichen Jahres fuhren 35 Separatisten mit der „Speedwell“ von Leyden nach England, um sich dort mit einer Gruppe von 65 Schuldnern und Kriminellen, die ebenfalls einen Vertrag mit der Virginia Company für die Neue Welt geschlossen hatten, zu treffen.

Die „Speedwell“ und die „Mayflower“ setzten am 15. August 1620 die Segel, mußten allerdings wieder umkehren, da die „Speedwell“ ein Leck aufwies. Drei Wochen später liefen die beiden Schiffe erneut aus, mußten jedoch erneut umkehren.

Die Passagiere der „Speedwell“ wurden auf die „Mayflower“ übergesetzt, und am 16. September startete die überfüllte „Mayflower“ (180 BRT) mit einer Besatzung von 47 Mann, 65 Passagieren, zusätzlich 35 Passagieren von der „Speedwell“ abermals in Richtung Neu England.

Während der Überfahrt starb eine Person, zwei wurden geboren, 101 Auswanderer kamen an.

Durch einen starken Sturm wurde das Schiff nach Norden getrieben und erreichte die Küste bei Princetown am 11. November 1620, anstatt in Virginia zu landen. Am 11. Dezember gingen die Pilger an Land. Am 25. Dezember 1620 wurde ein geeignetes Gelände ausgesucht, und der Bau eines Mehrzweckgebäudes konnte beginnen.

Land zu bebauen war relativ einfach, zumal aufgrund der bereits vier Jahre andauernden Epidemie die Zahl der Indianer erheblich zurückgegangen war und somit von dieser Seite kaum mit Widerstand zu rechnen war. Außerdem gab es große Flächen Land, die bereits von Indianern verlassen worden waren.

Einem Vertrag über die Regierungsform, „Mayflower Compact“ genannt, wurde von den 41 männlichen Bewohnern zugestimmt. Die „Regierung“ sollte nach dem Mehrheitsprinzip fungieren. Der Mayflower Compact war nach den Kriterien der Separatisten-Kirche zusammengestellt, wonach die Macht von allen Kirchgängern ausgeht. Der Mayflower Compact blieb bis 1691 die Basis der Plymouth Kolonie, bis diese ein Teil von Massachusetts wurde.

Im Winter 1620/21 starben über die Hälfte der Pilger. Dreizehn der vierundzwanzig Ehemänner und zwanzig von insgesamt vierundzwanzig Müttern starben. Ein hartes Leben und mehrere Epidemien folgten diesem Winter. Lungenentzündung, Skorbut und Schwindsucht waren die verbreitetsten Krankheiten.

Im Frühjahr 1621 gab es nur noch eine Handvoll Männer und Jungen, die die Saat ausbringen konnten. Unterstützt wurden sie von zwei Indianern bei ihrer Arbeit und bei der Jagd und lernten durch sie zu überleben. Squanto, einer der letzten Indianer vom Stamm der Patuxant, wurde ein guter Freund von William Bradford, dem zweiten Gouverneur der Kolonie. Samoset vom Stamm der Wampanoog war wie auch Squanto Gefangener unter Kapitän John Smith gewesen. Er sprach recht gut Englisch und war eine ebenso große Hilfe für die Pilger.

Nachdem der erste Gouverneur dieser Kolonie, John Carver, im Frühjahr 1621 verstorben war, wurde W. Bradford in dieses Amt gewählt.

Die Mayflower verließ im April 1621 Neu England, bis dahin wurde sie als Hospital, aber auch als Wohnraum benutzt. Die Mayflower überquerte noch viele Male den Atlantik.

Das erste Erntedankfest war eine große religiöse Veranstaltung, an der die Separatisten, Schuldner, Kriminelle und Indianer teilnahmen, alle, die die Epidemien überlebt hatten. Sie alle wollten Gott dem Allmächtigen danken für das Überleben und für die Ernte, die sie durch den Winter bringen sollte. Die Mahlzeit bei diesem Fest bestand aus: wildem Truthahn, mehreren Rehen und verschiedenen Sorten Gemüse, unter anderem Mais. Die Indianer trugen ihr Teil in Form von Maisbrot, Kuchen, Kürbis, Fisch, Schnecken, Austern, Nüssen und Preiselbeeren bei.

1789 rief George Washington einen Tag zum Erntedankfest aus, um den Tag der Verfassung zu ehren. Dieser Gedenktag erreicht seine besondere Anerkennung durch die Festlegung auf den letzten Donnerstag im November. 1859 hatten 30 Staaten der USA diesen Tag anerkannt. Präsident Abraham Lincoln beschloß am 3. Oktober 1863 diesen Donnerstag in den „Tag des Dankes“ umzubenennen. Franklin D. Roosevelt bestätigte 1939 den 4. Donnerstag im November als Tag des Erntedankfestes.

1957 wurde in England eine Kopie der Mayflower gebaut. Sie fuhr in die USA und ist seither vor dem Plymouth Rock zu besichtigen.

In Gottesdiensten wird auch in unserem Land für die eingebrachte Ernte Gott gedankt. Der Brauch, Altäre mit Ähren und Garben, Früchten und Blumen zu schmücken, besteht heute noch bei beiden christlichen Konfessionen. Seit etwa 1770 wurde mit der Forderung von weltlichen Ernteschlußfesten auch ein kirchliches Erntefest behördlich empfohlen.

Dem weltlichen Fest des „Thanksgiving Day“ bei der USA Artillery Group schloß sich abends der Gottesdienst an.

Wehrbereich V

Kloster Heiligkreuztal

Georg Strobl

„Das Gebot, Gott zuerst und dann den Menschen zu lieben, meint Liebe zum Leben. Alles Werden und Leben ist ein Einschwingen in den großen Zusammenhang des Lebens. Leben ist ein Geschenk. Laßt uns deshalb gegen die Verwilderung der Herzen angehen“ (Originalzitate von MDekan Lechner).

Die Herbstarbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan V befaßte sich unter Leitung des Militärdokans Pater Fridolin Lechner SAC und des Moderators Major Nitsch

mit dem Thema „Christ sein im Alltag“. Auch die Neuwahl des Vorstandes der GKS im Wehrbereich V stand auf dem Programm.

Als Gäste waren Oberst Wolf mit Gattin vom österreichischen Bundesheer und der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant i.G. Schulz, mit Familie angereist. Sie wurden besonders herzlich begrüßt wie auch die Teilnehmer, welche zum ersten Mal an der Konferenz teilnahmen.

Dr. Reinhard Abeln aus Stuttgart sprach in seinem Referat: „Christ sein im Alltag. Auf dein Ja kommt es an!“ in eindrucksvoller Weise über die sieben Tugenden, welche die Grundhaltung eines Christen bestimmen:

1. Die Liebe
Ohne Liebe wird die Welt zum Chaos.
2. Die Vergebung/Verzeihung
Im Verzeihen liegt die wahre Größe der Liebe.
3. Die Ehrlichkeit
Gebot der Stunde. Ohne Ehrlichkeit kann kein Gemeinwesen bestehen. Ehrlichkeit kann nicht beschrieben werden; sie muß erlebt werden.
4. Die Dankbarkeit
Danken kommt vom Denken. Denken mit dem Herzen.
5. Die Geduld
Geduld üben, auch mit dem schweigenden Gott. Die Geduld des Christen ist eine geballte Kraft von Vertrauen und Glauben. Die Geduld ist erlernbar, aber nicht bei den Eseln in die Schule gehen.
6. Das Suchen nach Stille
In der Stille kann einem ein Licht aufgeben. Zeit haben, Schwerpunkte setzen. Der Stille ist der Erfahrene.
7. Der Glauben/Das Gottvertrauen
Gott nimmt uns das Kreuz nicht ab, aber er gibt uns die Kraft, es zu ertragen (Newmann). Wir leben in keiner heilen Welt. Letzte Hilfe ist das Gebet.

Mit den Worten des Religionsphilosophen Kierkegaard faßte Dr. Abeln den hohen Anspruch, Christ zu sein, zusammen: „Das größte Examen, dem sich ein Mensch zu unterziehen hat, ist Christ werden und Christ sein.“

Allen Teilnehmern hat dieser Vortrag Mut gegeben für ihre weitere Arbeit in den Gemeinden und Kreisen.

Die Gemeinschaft der Katholischen Soldaten im Wehrbereich V wählte zum neuen Vorstand:

1. Oberstleutnant Wolfgang Weise, Stuttgart.
2. Oberstabsfeldwebel Otto Murgas, Stetten a.k.M.
3. Hauptfeldwebel Friedrich Brockmeier, Karlsruhe.

In einer kurzen Ansprache nach der Wahl äußerte Weise zwei Wünsche: Schützen Sie Ihre Kirche wo immer möglich, im Beruf, im Alltag, in der Familie, bei Freunden und Fremden. Vergessen Sie dabei die Freude nicht. Sie schützt uns und macht uns stark für alle Unbilden des Lebens.

Die Berichte des bisherigen Vorsitzenden der GKS im WB V und des Moderators der Konferenz über wesentliche Geschehnisse im Berichtsjahr und über die Schwerpunkte der Arbeit des kommenden Jahres, angereichert durch die persönlichen Aussagen des Bundesvorsitzenden GKS, rundeten das Programm ab. Die Fülle der Fragen wurde in der gemütlichen Runde im Gästehaus der Stefanusgemeinde bei einem guten Tropfen weiterbesprochen.

Unser Dekan nahm zum Abschluß der Konferenz während des Gottesdienstes nochmals den Faden auf zum Thema „Christ sein im Alltag“. Er entließ uns mit der Aufforderung: „Geduld ist die äußerste Form der Tapferkeit. Geht gegen die Verwüstung der Herzen an!“

Die Opfergabe bei der hl. Messe wurde für die „Portugalhilfe“ an das Militärbischofsamt überwiesen.

Unna/Iserlohn

Paris ist eine Reise wert oder Wie entdecke ich Paris?

Karl-Heinz Denzin

Katholische Soldatenfamilien aus den Standorten UNNA und ISERLOHN waren vom 16. bis 22. Oktober 1988 mit dem Christopherus-Reisedienst, Münster, in Paris unterwegs.

Wir starteten am Sonntag, dem 16. Oktober, 8.00 Uhr vor der Hellweg-Kaserne in Unna. 29 Personen sollten es sein, aber plötzlich waren es 31 Teilnehmer; und dies kam so: Unser Militärdekan hatte am Samstag, dem 15. Oktober eine Trauung vollzogen. Ein Oberstabsarzt heiratete seine Angebetete. Bei Kaffee und Kuchen, zu dem Dekan Nowinski eingeladen war, stellte sich heraus, daß das Brautpaar eine Hochzeitsreise ins Blaue unternehmen wollte. Mit wenigen Worten waren sie überredet, und die Hochzeitsreise ging nach Paris. So waren wir nun 31 Personen in unserer Runde.

Nach ca. 8 Stunden Fahrt, einschließlich der Pausen, waren wir am Ziel. Schnell waren die Zimmer „besetzt“, und man ging auf Erkundung. Wo war die nächste Metro-Station?

Ganz so neu war die Metro und Paris nicht für uns, denn wir hatten eine hervorragende Einweisung durch G 1 der 7. Panzerdivision, Oberstleutnant Maginot, der einmal stellv. Militärattaché in Paris war.

Aber trotz hervorragendem „Metro-Netz“ waren wir am ersten Tag mit unserem Bus unterwegs; eine Stadtrundfahrt in größerem Ausmaße. Das historische Paris stand auf dem Programm:

Place Vendôme, Place des Victoires, Ile de la Cité, Notre Dame (Besichtigung der Kathedrale), le Marais, Place de la Bastille, Saint Germain des Prés, Moschee, Quartier Latin, Ecole des Beaux-Arts (Schule der schönen Künste).

Am Nachmittag Stadtrundfahrt mit Schwerpunkt „Modernes Paris“: Place de la Concorde, Champs-Élysées, Arc de Triomphe, Palais le Chaillot, Eiffelturm, Invalidendom, Faubourg Saint-Honoré, Madeleine, Montmartre, S. Coeur.

Aber Höhepunkt der „Irrfahrten“ durch Paris war gleich zu Beginn eine Messe in der „Kapelle der Priester der Kongregation der Mission des Hl. Vinzenz von Paul“.

Dekan Nowinski hielt die Messe. Anschließend folgte eine Besichtigung der wunderschönen Kirche. Hoch über dem Altar liegt der hl. Vinzenz von Paul in einem mit Gold und Silber verzierten Schrein.

Wer war dieser Heilige?

Vinzenz von Paul wurde am 24. April 1581 in Pouy bei Dax (Landes) geboren und am 23. September 1600 in Château-l'Évêque (Dordogne) zum Priester geweiht. Als Priester setzte er seine Studien fort. Auf einer Seereise wurde er von Räubern gefangengenommen, wie er selbst berichtete, und als Sklave in Tunis verkauft. Nachdem er seinen Herrn bekehrt hatte, gelang ihm die Flucht. Er kam nach Avignon, von dort nach Rom und 1608 nach Paris. Er wurde Almosenverteiler der Königin Margarete von Valois, dann Pfarrer in Chlichy (Paris) und schließlich Hauslehrer in der einflußreichen Familie de Gondy. Auf den Landgütern der de Gondy sah er die geistliche Not und Verlassenheit der Bauern.

Gott griff durch zwei Ereignisse in sein Leben ein.

1. Am 25. Januar 1617 hielt er in Folleville bei Amiens eine Predigt, die der Beginn der „Kongregation der Mission“ werden sollte, eine Gründung zur Predigt von Volksmissionen und zur Heranbildung der Priester in Frankreich und anderen Ländern. Die Priester und Brüder der Kongregation der Mission sind heute bekannt unter dem Namen „Lazaristen“, den sie durch ihr erstes Mutterhaus, St. Lazarus, erhielten.

2. Im August des gleichen Jahres — 1617 — gründete St. Vinzenz angesichts des materiellen Elends der Landbevölkerung in Châtillon-les-Dombes die erste „Bruderschaft der Caritas“.

Die Zahl der Bruderschaften wuchs. Einige Jahre später (1635) folgte die Gründung der Genossenschaft der Töchter der christlichen Liebe (Vinzentinerinnen).

Als geschätzter Berater der Regierenden seiner Zeit regte „Herr Vinzenz“, wie man ihn nannte, die Aktivitäten Frankreichs zur Abhilfe von Armut an und leitete sie.

Er sandte Missionspriester nach Italien, Irland, Schottland, nach Tunis, Algerien, Madagaskar, ebenso nach Polen. Dorthin folgten ihnen bald auch Vinzentinerinnen. Er sammelte zahlreiche Mitarbeiter, Priester und Laien, die er im Namen seines Meisters und Vorbildes Jesus Christus in den Dienst der leidenden Menschen stellte. Bei seinem Tod am 27. Sept. 1660 hatte schon eine unermessliche Zahl von Leidenden seine liebende Hilfe erfahren. Herr Vinzenz wurde am 16. Juni 1737 von Papst Klemens XII. heiliggesprochen.

Sein Fest wird am 27. September begangen, dem Jahrestag seines Todes.

Beim Betreten der Kapelle wird der Blick zum Schrein gelenkt, worin der Leib des hl. Vinzenz ruht. Von den Seitenschiffen aus kann man zum Schrein emporsteigen. Der Leib des Heiligen ruht dort in Priesterkleidung. Antlitz und Hände sind mit einer Wachshülle bedeckt. Das Herz des Heiligen wurde dem Körper entnommen und wird in der Kapelle der Vinzentinerinnen, Rue du Bac 140, verehrt. Das Kreuz in den Händen des Heiligen ist wahrscheinlich das gleiche, womit er König Ludwig XIII. im Sterben beistand.

Nach der Französischen Revolution gab man den Missionspriestern als Ersatz für das zerstörte Priorat St. Lazarus (es lag in der Nähe des heutigen Nord- und Ost-Bahnhofes) das Haus Nr. 95, Rue de Sèvres.

In dankbarer Liebe zu St. Vinzenz stiftete die Pariser Bevölkerung den Reliquienschrein, den der damalige Erzbischof vom Goldschmied Odier herstellen ließ und der am 25. April 1830 aufgestellt wurde. Der Schrein mißt 2,25 m Länge, 65 cm Tiefe, 1,05 m Höhe. Die figürlichen Darstellungen auf dem Schrein stellen St. Vinzenz dar, wie er in den Himmel eingeht, von 4 Engeln umgeben mit den Symbolen von Glaube, Hoffnung und Liebe.

Die Kapelle ist sonntags und werktags zur Eucharistiefeier und zum stillen Gebet geöffnet.

Einen weiteren Höhepunkt erlebten wir vor den Toren der französischen Hauptstadt; Versailles stand auf unserem Programm, das berühmte Königsschloß, das von Ludwig XIV. im 17. Jahrhundert erbaut wurde.

Nachdem wir all die herrlichen Räume und Säle besichtigt hatten, führte uns am frühen Nachmittag unser Weg nach Chartres zum Besuch der dortigen Kathedrale, die im 12. und 13. Jahrhundert erbaut wurde.

In der Kirche St. Jean Baptiste, in der wir auch eine Messe mit unserem Dekan Nowinski feierten, besuchten wir die letzte Ruhestätte des deutschen Priesters Abbé Stock, der vor 40 Jahren in Paris starb. Er bemühte sich in aufopfernder Weise um deutsche Kriegsgefangene in Paris. Er erlangte bei den deutschen Gefangenen sowie bei den französischen Behörden hohes Ansehen, weil er sich unermüdlich um Vermittlungen bemühte, die zum Wohle der Kriegsgefangenen dienten.

Abbé Stock war ein Priester aus dem Erzbistum Paderborn.

Wir waren zwar gewarnt... aber trotzdem sind wir „reingefallen“.

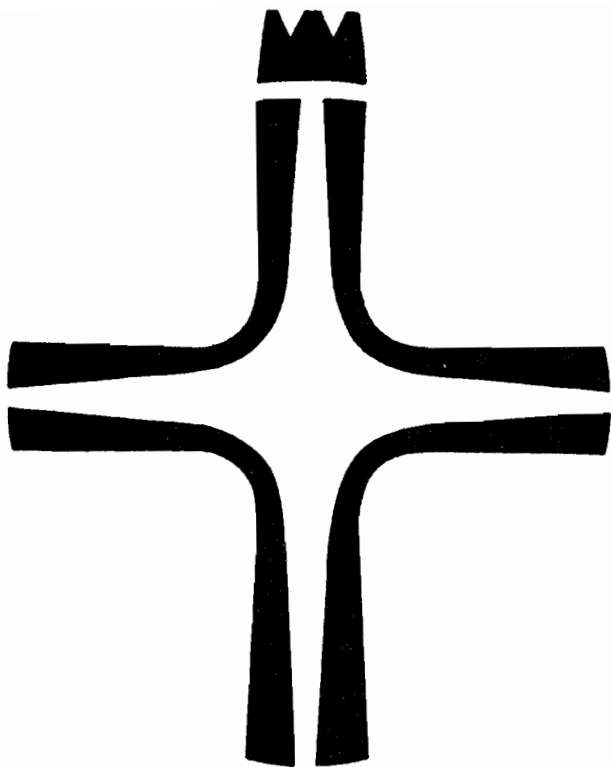
Bei einem Abendspaziergang, es war für Oktober sehr warm, hatten viele unserer „Wandergruppe“ großen Durst. Stühle im Freien, mit kleinen Tischchen dazwischen, luden uns vor einem kleinen Café/Restaurant zum Hinsetzen ein. Es wurde „grande“ Bier bestellt. Aber das Erwachen war fürchterlich. Ein Bier kostete DM 21,60. Schnell wurde uns bewußt, wo wir Platz genommen hatten. Champs Elysées heißt die Prachtstraße mit den „Prachtpreisen“. Nachdem wir unseren ersten Schock überstanden hatten, nahm schnell der Humor wieder seinen Platz bei uns ein. Ein Bierchen in Ehren auf der „Champs“ kann uns niemand mehr nehmen.

Den Abschluß unserer Parisreise bildete am Reisetag ein Besuch des berühmten Pariser Flohmarktes. Zwei Stunden standen uns zur Verfügung, um Antiquitäten zu erstehen.

Dann machten wir uns auf den Heimweg. Gegen 19.00 Uhr am 22. 10. 88 waren wir wieder in Unna vor der Hellweg-Kaserne. Viele unserer Gruppe wurden von ihren nächsten Verwandten abgeholt. Die einhellige Meinung der Heimgekehrten zeigte, daß die Parisreise ein voller Erfolg und ein unvergeßliches Erlebnis war. Viele sprachen von einer Wiederholung.

Ein geplanter Bilder- und Dia-Abend am 8. 12. 88 wird wieder viele Erinnerungen wachrufen, und die sechs Tage in Paris werden uns aufs neue erfreuen.

Diese Reise kann zur Nachahmung empfohlen werden.



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmuth Festweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Wolfram Lehmkämpfer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmuth R. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck: auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen: gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.